

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonne oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Anstalts-Druck: Nr. 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Sonnabend, den 24. März 1900. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Kampf!

Wehr dem je ist ein ernsthaftes politisches Blatt, das zur Kultur der Zukunft den Weg weist, eine dringende Notwendigkeit. Der gewaltige Menschheitskampf, den die Socialdemokratie mit steigendem Erfolg führt, bildet das einzige Element einer klar bewussten und vernünftig strebenden Kraft inmitten der allgemeinen Wirrnis.
 Während die Socialdemokratie unbeirrt ihr Ziel verfolgt und mit der steigenden Macht der Aufklärung die Massen immer fester und zahlreicher um sich schart, suchen sich die herrschenden Klassen im taumelnden Hin und Her das politische Dasein zu erhalten.
 Die Sammelpolitik des Jidzackurdes ist zum Spott geworden, zu einer Bloßstellung der geistigen und moralischen Ohnmacht. Es ist eine Versuchspolitik, die Scherben sammelt. Nichts gelingt mehr. Marx kommt aus den Anfängen nicht mehr heraus, die nach stürmischen Beginn in Nichts verschwinden. Ueberall setzt man ein, man erhit die Gemüter, um schließlich mit jämmerlichem Plaiso die großen Aktionen zu beschließen. Man hält so viel Eisen im Feuer, daß man gar nicht zum Schmieden kommt. Je mehr sich die Gegensätze zwischen dem agrarischen Junkertum und dem liberalen Industrialismus zuspitzen, um so hilfloser wird diese Regierungspolitik des Ausgleichs, die dem rücksichtsigen Agrarstaat, dem sich gewaltig entfaltenden Großkapitalismus und auch dem kurrernden Mittelstand gleichermaßen zu dienen und zu helfen beflissen ist.
 Während die Interessens-Gegner auf Leben und Tod miteinander ringen, will die Regierung mit süßen Worten Versöhnung stiften.
 So ist es denn nicht verwunderlich, daß man bei dieser utopischen Sammelerei einen fortwährenden Schwerezustand schafft. Wir gehen in die Osterferien, ohne einen der gesetzgeberischen Versuche, die in Angriff genommen sind, zur Erledigung gebracht zu haben. Man hofft von der Zeit das Wunder, daß diese in sich selbst unmögliche Politik sich aus der würgenden Schlinge zu ziehen vermöchte.

Die Agrarier haben einen Raubzug unternommen, indem sie aus dem ursprünglich sanitären Zwecken dienenden **Fleischbeschau-Gesetz** ein Fleischwucher-Gesetz modelten, das zugleich bestimmt sein soll, den Abschluß von Handelsverträgen zu vereiteln. Nach Ostern hofft die Regierung den Konflikt lösen zu können.
 Auf der andern Seite begehrt die Großindustrie den **Millardenauftrag der großen Flotte** für den die Geschäftskreise Unsummen zu einer wilden Agitation ausgießt. Eine obentouristische Welpolitik, die sich an romantischem Größenwahn und an einer nebelhaft schwärmenden historischen Mission erhebt, leistet dem Profitinteresse freiwillig und unbefonnen Stuppeldienste. Und diese ebenso gefährliche wie unsinnige Politik der Wunder wirken auf allen Meeren schwimmenden Nickelstahlplatte soll aus den Mitteln des hart arbeitenden Volks unterhalten werden. Nach Ostern hofft die Regierung auch diesen Knoten zu entwirren.

An dem energischen Widerstand der Socialdemokratie ist das von der Liberal-Liberalen Reaktion versuchte Attentat auf die Geistesfreiheit und die Unabhängigkeit der Kunst einwillen gescheitert. Nach Ostern soll das Gespenst der

loz Heinz
 wieder umgehen und von neuem das Lebendige schrecken.
 Nach Ostern — so klingt immer wieder der gequälte Ausruf der in unentimmbaren Nöten verstrickten Regierungen und bürgerlichen Parteien, als ob ein Aufschub, eine bloße Galgenfrist das Unmögliche bewirken könnte: eine principielle, klare, einheitliche Politik!

Nach Ostern aber wird das Proletariat wie vorher, ruhig und besonnen, seine Arbeit fortsetzen, und unermüdet und ohne Schwanken die ihm auferlegte große Aufgabe der Lösung näher führen. Die Socialdemokratie braucht in dem Kampf gegen die kulturfeindlichen Pläne, in der Abwehr der in der Wirrnis sich häufenden Gefahren keine erlösende Verzagung zu Hilfe zu rufen. Sie weiß, was sie will, und sie will, was sie weiß.

Der „Vorwärts“ aber wird fortfahren, so viel er vermag, als Scheinwerfer die Zustände und Strömungen der Zeit zur Erkenntnis zu bringen. Seine Kraft und sein Einfluß ruht in denen, die ihn als Lehrer, Freunde und Genossen fördern und stützen. Je weiter der Kreis sich ausdehnt, in dem und aus dem er wirkt, um so tiefer und vollkommener wird er die Pflichten erfüllen, um bereitzustellen er existiert.

Mit dem 1. April eröffnen wir ein neues Abonnement auf den **„Vorwärts“** mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden **Unterhaltungsblatt** und der **Sonntags-Beilage** **„Die Neue Welt“**.

Im Unterhaltungsblatt bringen wir **Leo Tolstoj's** neuen Roman **„Auferstehung“**.
 Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von **1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus**.
 Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von **3 Mark 30 Pfennig** für die Monate April, Mai, Juni entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7971.) Die Redaktion des „Vorwärts“.

Aus England.

London, den 20. März.

Es ist das gewöhnliche Schicksal neuer geschichtlicher Schöpfungen, für das Seitenstück älterer und selbst verlebter Formen des gesellschaftlichen Lebens versehen zu werden, denen sie eingermäßen ähnlich sehen.“ An diesen Satz von Marx wird man unwillkürlich erinnert, wenn man die Kommentare über die imperialistischen Tendenzen im heutigen England liest. Welches Wort hat einen ominöseren Klang als das Wort Imperialismus? Man denkt dabei an Rom und seine Cäsaren, vielleicht auch an den ersten Napoleon, und da es dem britischen Weltreich nicht an Jügen fehlt, die denen des römischen und napoleonischen Reichs „eingermäßen ähnlich“ sehen, so sind die Schlussfolgerungen von selbst gegeben: Der Imperialismus ist Gewalt, Reaktion und Cäsarismus.
 Unlängbar treten in der imperialistischen Bewegung Englands Tendenzen dieser Art zu Tage, und mit besonderer Stärke in Krisen wie die gegenwärtige. Der Krieg treibt die edelsten und die niedrigsten Instinkte auf die Spitze, und selbst der wärmste Parteigänger Englands wird sich von dem selbstgerechten Hochmut angewidert fühlen, wie ihn ein Teil der Presse und des Publikums jetzt zur Schau trägt. Jedes dieses Jingoismus und der moderne Imperialismus sind nicht ein und dasselbe. Was den letzteren mit dem ersteren in bedenkliche Nähe bringt, ist älteren Datums als er, ist das Erbstück, das er bei seiner Entstehung mit übernommen mußte. Wie das römische Weltreich, beruht auch das britische auf Eroberungen. Der erobernde Imperialismus Englands ist uralte, und seine Verwandtschaft mit dem cäsarischen trat am drastischsten zu Tage, als Mitte der siebziger Jahre Disraeli der Königin Victoria die indische Kaiserkrone ans Haupt drückte. Aber so wenig Victoria damit zur Messalina oder Theodora wurde, so wenig wurde England damit zum Rom der Cäsaren.

Eher traf Disraeli den modernen und lebensfähigen Zug im Imperialismus, als er etwas später das Wort fallen ließ: Reich und Freiheit — Imperium et Libertas. Nun sind solche Worte zwar dehnbar genug. Tatsache ist aber, daß der Versuch, das britische Weltreich zu konsolidieren, außer in seinen asiatischen Teilen nur in dem Maße gelungen ist, als er von der Schaffung oder Anerkennung freier Einrichtungen begleitet war. Nicht Präfecten und ihre Kreaturen, sondern selbstgewählte Vertreter und Vollziehungsbehörden haben der centralisatorischen Tendenz in den von Europäern bewohnten britischen Kolonien ein Ende gemacht. Mit andern Worten, nur auf der Grundlage demokratischer Selbstverwaltung und föderalistischer Gliederung konnte die Einheit mit dem Mutterlande gesichert werden.

Wie fast immer in England, vollzog sich diese Entwicklung schrittweise und unsystematisch, sozusagen losend von Fall zu Fall. Die Liberalen leisteten ihr jeden Vorstoß, aber mehr aus Principienbezug, als im Hinblick auf ein bestimmtes Ziel. Erst in verhältnismäßig neuerer Zeit hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß es sich dabei nicht um allmähliche sämmerliche Annäherung der Kolonien, sondern um die Erreichung einer Neubildung handelte, eine Ueberlegung des Imperialismus ins Liberale. Der Erste, der diesen Gedanken systematisch erfaßte, war Sir Charles Dilke, einer der begabtesten Vertreter des englischen Radikalismus, den aber ein Standalprozeß auf lange hinaus regierungsunfähig gemacht hatte. Einen andern Adepten fand der liberale Imperialismus in Lord Rosebery. Ihm ist es gelungen, einen großen Teil der liberalen Partei für die neue Lehre zu gewinnen. Aber das Aufstupsen imperialistischer Sehnsüchte auf den liberalen Stamm ging nicht ohne Anzeichen an die Achse des Imperialismus. Und dazu hatte ein anderer Teil der Liberalen keine Lust. Daher erbitterter Kampf hinter und vor den Coulissen, der schließlich dahin geführt hat, daß Lord Rosebery jede offizielle Verbindung mit der Partei gelöst hat, diese aber trotzdem in entscheidenden Momenten im Fahrwasser des Imperialismus plätscherte. Ihr derzeitiger Führer will und darf es mit keiner Sektion verderben, und so treibt das Schiff ohne Kompaß dahin, wo die stärkere Strömung geht. Und das ist heute die imperialistische. Es liegt jedoch auf der Hand, daß solche passive Haltung die einen entfreundet und die andern nicht veröhnt. Wer behändig laviert, macht keine Prosoliten.

In diesem Bewußtsein steht ein Teil der Liberalen mit ziemlicher Belohnung der Zeit entgegen, wo die Regierung zur Parlaments-Auflösung schreitet. Man befürchtet, daß sie nach siegreicher Beendigung des Feldzugs, an der nun niemand mehr zweifelt, alsbald die Erneuerung des Parlaments auszusprechen wird, um die patriotische Stimmung auch dadurch auszunutzen. Die Wahl des Zeitpunkt liegt ganz in ihrer Hand. Das Gesetz gewährt dem Parlament eine siebenjährige Lebenszeit, aber die Praxis in den letzten Jahrzehnten war, diese Frist nicht ablaufen zu lassen. Es wäre also nichts Ungewöhnliches, das jetzige Parlament nach fünfjähriger Existenz — es wurde 1895 gewählt — aufzulösen. Nach dem Ausfall der in den letzten Monaten stattgehabten Nachwahlen zu urteilen, würde das Land womöglich eine noch stärkere unionistische Mehrheit zurücksenden. Die konservativ-unionistische Regierung hat viel Schinden auf dem Kernholz, aber die zerfahrene Haltung der Liberalen in der auswärtigen Politik würde sie alle verpeffen machen.

Die Ironie der Situation ist, daß den Führern der Konservativen nichts mißzufälliger wäre, als eine weitere Schwächung der Liberalen. Eine starke Opposition ist Lebensbedingung des englischen Parlamentarismus, eine stillschweigend vorausgesetzte Stütze des britischen Verfassungslebens. Sie hält die Regierungsmehrheit diszipliniert und verleiht den sonst so tristen Parlamentsdebatten Interesse. Außerdem hieße ein weiterer Rückgang der liberalen Parlamentsvertretung auch Fortschritt der Bewegung der Partei. Und da fürchten die weiterbildenden Politiker auf der andern Seite, daß nichts Gutes nachkommen werde. Sie sind so zwischen zwei Klippen gestellt. Sie wollen es natürlich nicht darauf ankommen lassen, daß die Wahlen zu einer Zeit stattfinden, wo die Wähler keine Gefahr in einer liberalen Mehrheit erblicken, und wenn sie den für sich günstigen Moment wählen, riskieren sie einen Zusammenbruch auf der andern Seite, von dessen möglichen Wirkungen ihnen fast noch mehr graut.

Was die Ausichten der Socialisten und sonstigen Arbeiterkandidaten an der nächsten Wahl betrifft, so darf man sie nicht zu optimistisch ansahen. Das neulich geschaffene Arbeitervertretungs-Komitee ist viel zu jung und gebietet über zu wenig Mittel, schon jetzt einen nennenswerten Einfluß auszuüben, auch spielen in der Arbeiterschaft vielfach noch ähnliche Gegensätze wie im

liberalen Lager. Die relative Schwäche der Friedensbewegung ist Beweis dafür. Trotzdem die große Mehrheit der bekannteren englischen Genossen sich auf die Seite der radikalen Friedenspartei gestellt haben, ist es dieser nicht gelungen, eine Volksbewegung zu Gunsten eines Friedens in ihrem Sinne zu Stande zu bringen. Nur in wenigen Fällen hat sie erfolgreiche Meetings abhalten können.

In den meisten Städten wurde es den Gegnern leicht, größere Gegendemonstrationen zu Stande zu bringen, und vielfach kam es zu wüsten Störungen der Friedensversammlungen. Und die Störer haben vorderhand ihren Zweck erreicht. Die Friedensmeetings sind seitdem fast sämtlich abgesagt. Hier und da sogar von den Lokalbehörden auf Grund von Petitionen, die Gegendemonstrationen anklagten, untersagt worden. Die Störer, bezw. die Blätter, welche ihnen die Stange halten, behaupten, daß die Meetings nur die Boeren in der Verlängerung des Kriegs und der Hochschraubung ihrer Forderungen ermutigen würden. Andererseits haben das letzte Manifest von Krüger und Stejn, sowie die sonstigen Erklärungen des letzteren und des Boerenbevollmächtigten Montagu White selbst in den Reihen der hiesigen Boerenfreunde sehr ungünstige Beurteilung erfahren.

Die Ankündigung der Reise der Königin nach Irland und die Freigabe des Shamrod Tragens hat in den Kreisen der irischen Nationalisten sehr verschiedene Aufnahme gefunden. Daß die Irländer auf diese keinen Hoffnungen hin gleich ihre Front ändern würden, hat natürlich niemand erwartet. Aber während die einen sie als eine Art Tribut an Irland mit Genugthuung registriert haben, haben andre einen um so trostigeren Ton angeschlagen und den Shamrod als für „entehrt“ erklärt. Zu diesen letzteren hat sich u. a. John Dillon gesellt, der als Vertreter eines von armen Kleinrentnern bewohnten Distrikts in West-Irland überhaupt immer mehr als Sprachrohr der äußersten Linken der Partei auftritt. Dagegen hat der neugewählte Führer der Fraktion, John Redmond, einen Mittelkurs gewählt. Er hat zwar dagegen protestiert, daß der Gemeinderat von Dublin, dem er angehört, eine Begrüßungsadresse an die Königin beschlossen hat, und hat als Ausdruck dieses Protestes sein städtisches Mandat niedergelegt, aber sonst seine Ausdrücke so höflich wie nur möglich gewählt. In einem Brief an das „New Yorker Journal“ spricht sich Redmond über die Gestaltung der Dinge in Süd-Irland sehr bekümmert aus. Die Notwendigkeit, dort ein Definitivum zu schaffen, bringe die Frage des Reichthums wieder auf die Tagesordnung, und dabei werde Irland nicht übergangen werden können. Wenn es auch übertrieben optimistisch sei, davon gleich Homerale zu erwarten, so würde die irische Fraktion die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, die Frage in den Vordergrund zu drängen.

Diese Aeußerung hat in einigen liberalen Blättern großen Beifall gefunden. Der Reichsverband — Selbstregierung aller Einzelländer und Kolonien mit einem gemeinsamen Reichsparlament, ist ja das Ideal, das Endziel des liberalen Imperialismus. Jedem Redmond an diese Idee anzuknüpft, stellt er sich auf einen Boden, der eine neue Korporation zwischen Liberalen und Nationalisten ermöglicht. Und da Redmond bei anderer Gelegenheit schon erklärt hat, das irische Interesse gebiete, die englischen Parteien in amähernd gleicher Stärke zu halten, d. h. also jetzt die Liberalen zu unterstützen, so befreit man die Entscheidung, daß mit der Würde Barnells auch sein staatsmännischer Geist auf John Redmonds übergegangen ist.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 23. März.

Der Reichstag

verwandte am Freitag den größten Teil seiner Sitzung auf die Beratung der Petition um Wiedereinführung der Prügelstrafe.

Zuvor wurden ziemlich prompt die beiden Gesetze über die Patentanwälte und die Bestrafung der Entwendung die elektrischer Arbeit erledigt. Gegen das erstgenannte Gesetz stimmte unsere Fraktion, weil — wie Genosse Schmidt-Frankfurt ausdrierte — wir kein Interesse daran haben, eine neue privilegierte Klasse zu schaffen, wenn wir auch nicht verkommen, daß die Beschlüsse zweiter Lesung eine bedeutende Verbesserung gegenüber der ursprünglichen Vorlage bedeuten. Die Redner der übrigen Parteien, Möller-Duisburg namens der Rationalisten, Kirsch im Namen des Centrums, Hoffmeister für die Freisinnigen und Liebermann v. Sonnenberg für die Antisemiten, sowie Dr. Dertel als Sprecher der Konservativen erklärten sich trotz einiger „Bedenken“ für das Gesetz; doch konnte Herr Dertel nicht den Kerger darüber verheizen, daß man durch die Annahme des von uns und dem Centrum beantragten Zusatzantrag der politischen Chikanierung der Patentanwälte einen Kiegel vorgefahren hat.

Kunmehr kam die Prügelstrafen-Petition zur Verhandlung, die neulich nicht zur Erledigung gelangt war. Wie unsren Lesern erinnerlich sein wird, hatte die Kommission beantragt, die Bittschrift der Prügelanten unter der einfachen Tagesordnung ein verdienter unrühmliches Grab zu bereiten; dagegen hatte Knuten-Dertel als Geschäftsführer der Junker den Antrag gestellt, die Petition dem Reichstanzler als Material für Aenderung der Gesetzgebung zu überweisen, das heißt, ihr den höchsten Ehrenplatz zuzuwenden, der überhaupt einer Petition zu teil werden kann.

Der Abg. Beck-Koburg wandte sich mit großer Entschiedenheit gegen die ekelhafte Prügelstrafe, wie er sie mit Recht bezeichnete. Ihm trat der konservative Amtsrichter Simburg entgegen. Seine Ausführungen gipfelten in der mehr als lächerlichen Behauptung, daß die Socialdemokratie die Prügelstrafe gegen die höheren Klassen anwenden wolle, und in dem frommen Wunsch, daß die Technik alsbald die Welt mit einer Prügelmachine beschenken möge. Natürlich fehlte es nicht an Ausfällen gegen die „Theoretiker“ und an Verbengungen vor den

Neben Waffenbrüdern von der lex Heinze her, den Centrumsmännern, denen Herr Hinburg gern von seiner Brügelschwärmerie mitteilen möchte. Für unsre Partei sprach Genosse Vebel. Seine Rede war die wirkungsvollste der ganzen Debatte, um sie kristallisierte sich denn auch die ganze noch folgende Diskussion. Genosse Vebel konnte in seiner Bekämpfung des barbarischen Strafmittels mit gutem Material dienen. Stehen doch die hervorragendsten Fachleute des Strafvollzugs auf seine Seite. Fast alle Direktoren und Leiter der großen Strafanstalten Nord- und Süddeutschlands haben die Prügelstrafe als eine ebenso barbarische wie zwecklose bezeichnet. Namen wie Krohne und Wirth stehen auf der Liste der Prügelgegner. Vebel beleuchtete zunächst das ganze dunkle Gebiet der Strafvollziehung. Auf Grund seiner leider sehr reichen Erfahrung trat er den vielverbreiteten Märgen entgegen, als sei die gegenwärtige Art des Strafvollzugs zu milde. Er schilderte mit überzeugender Kraft die seelischen und körperlichen Qualen der ihrer Freiheit beraubten Gefängnis-Inhassen. Die Zunahme der Missethäter führte er auf die immer schärfer werdenden socialen Gegensätze zurück.

Herr Oertel suchte vergebens seine verlorene Sache zu retten. Er begann mit frömmelnden Redensarten, die ihm sehr schlecht zu Gesicht stehen, und endete mit saden Witzeln, die ihn viel besser kleiden. Ein paar Junker, Graf Stolberg und Herr von Kardorff, ersten ihrem bürgerlichen Gesinnungsgegenossen zu Hilfe. Aber selbst Herr von Kardorff vermochte eine gewisse Verlegenheit nicht zu unterdrücken. Freunde der Prügelstrafe sind natürlich auch die Antisemiten. Herr Gräber vom Centrum, auf den vorher von der Rechten fortgesetzt gestrichelt worden war, erwiderte den Prügelgegnern aber eine energische Abjage.

Gegen die Stimmen der Rechten einschließlich der Antisemiten wurde der Antrag Oertel abgelehnt und der Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Die Beratung der übrigen Petitionen, soweit dieselben heute erledigt wurden, bot nichts Bemerkenswerthes. Die Petitionen um Sicherung des Weltfriedens wurden dem Reichskanzler zur Kenntnissnahme, die Petitionen um wirksameren Schutz der Kuckvögel wurden zur Berücksichtigung überwiesen.

Sonnabend fällt die Sitzung aus. Am Montag stehen die erste Lesung der Seemannsordnung und die dritte Lesung des Stats auf der Tagesordnung.

Ein Stoßsenker Hohenlohes.

Unser Reichskanzler muß sich durch die reaktionären Ausbrüche der junkerlich-kerikalischen Mehrheit doch ein wenig bedrückt fühlen. Die konservativ-ultramontanen Erzeffe, wie sie in den Fleischwucher-Beschlüssen und dem Heinze-Skandal zu Tage getreten sind, haben sogar den Glauben des alten Herrn an den Fortschritt der Menschheit erschüttert.

In einem Trinkspruch, den Fürst Hohenlohe bei dem Festmahl der Akademie der Wissenschaften ausgebracht, hat er diesen Besorgnissen einen eigentümlichen Ausdruck verliehen. Er sagte nach dem „Verl. Reuest. Nachr.“:

„Ich freue mich, Gelegenheit zu haben, der königlichen Akademie der Wissenschaften öffentlich meinen Dank für die ehrenvolle Auszeichnung auszusprechen, die sie mir bei ihrer zweihundertjährigen Jubelfeier hat zu teil werden lassen. Selbstverständlich verdanke ich diese Ehre nicht wissenschaftlichen Leistungen, sondern dem Interesse, das ich der Wissenschaft im allgemeinen gewidmet habe, und der Fürsorge für dieselbe, zu der ich in meinen verschiedenen amtlichen Stellungen berufen war.“

Diese Verührung mit der Wissenschaft gehört zu dem besten Teil meiner amtlichen Thätigkeit; ihr verdanke ich heute die Ehre und die Freude, hervorragende Gelehrte um mich zu versammeln und die Männer zu begrüßen, die aus der Ferne herbeigeeilt sind, um mit uns das Jubelfest zu feiern.

Diese ansehnliche Vereinigung hat für mich eine besondere Bedeutung. Meine Herren! Ich bin oft geworden in dem Glauben an den Fortschritt der Menschheit, an den aufsteigenden Fortschritt. Nun gestehe ich, daß mein Glaube in den letzten Jahren etwas erschüttert worden ist. Der naturnotwendige Kampf ums Dasein hat in neuerer Zeit eine Richtung, eine Form angenommen, die an Vorgänge in der Tierwelt erinnert und die einen Fortschritt in absteigender Linie befruchtet läßt. Da ist es denn wohlthuend, zahlreiche hervorragende Vertreter der Wissenschaft, die Geozen der Geistesarbeit hier versammelt zu sehen und daraus die tröstende Ueberzeugung zu schöpfen, daß noch genügend geistige Kraft und Macht vorhanden ist, um die drohende Flut der materiellen Interessen auf ihr richtiges Maß zurückzubringen.

Wäre Ihnen die Lösung dieser Aufgabe auch ferner gelingen. Ich trinke auf die Wissenschaft und ihre Vertreter!

Die Verstimmung Hohenlohes, die aus dieser durch ihre Bescheidenheit angenehm berührenden Rede hervorfließt, läßt sich gerade angesichts der letzten Vorgänge wohl verstehen. Die Rüglosigkeit der Rückwärtserei, die Maßlosigkeit der materiellen, geistigen Kraft und Macht verhöhnenden Besitz- und Erwerbsehnsucht, die in jenen gefeggeberischen Absichten und namentlich auch in dem widerlichen Flottenrummel der Großindustrie hervortrat, mag wohl solche trüben Gedanken über den Niedergang der Kultur erwecken. Dennoch ist der Pessimismus Hohenlohes grundlos. Die geistige Kraft und Macht der Socialdemokratie wird es verhindern, daß wir in die Barbarei zurücksinken, daß das Volk der niedrigen Selbstsucht einer Anzahl kapitalistischer Ausbeuter ausgeliefert werde.

In einem auffälligen Gegensatz steht der Trinkspruch des Reichskanzlers zu der Akademierede des Kaisers insofern, als Fürst Hohenlohe in den Männern der Wissenschaft Kämpfer gegen die herabziehenden reaktionären Mächte des politischen Lebens begrüßt, während Wilhelm II. den Akademikern ihren Platz abseits der Händel dieser Welt anwies.

Verhütung von Hochwassergefahren in Schlesien.

Das preussische Abgeordnetenhaus beriet am Freitag eine Vorlage, die, abgesehen von einer Provinz, die jedoch von Interesse für den gesamten Staat ist: die Vorlage betr. Maßnahmen zur Verhütung von Hochwassergefahren in Schlesien. Schon vor längerer Jahren hatte die Regierung dem Landtage einen Gesetzentwurf betr. die Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse der Provinz Schlesien unterbreitet. Der Entwurf kam jedoch nicht zur Verabschiedung, hauptsächlich weil keine Einigung darüber erzielt werden konnte, was, auf wessen Kosten und in welcher Weise die Regulierung und der Ausbau der in Betracht kommenden Wasserläufe erfolgen sollte. Als dann 1897 die

Provinz Schlesien durch die verheerenden Hochwasserkatastrophen schwer heimgesucht wurde, bewilligte die Regierung Staatsmittel zur Verheiligung der Schäden. Sie erklärte aber damals gleich, daß sie sich hieran nicht genügen lassen, sondern auch Maßnahmen ergreifen werde, um, soweit dies möglich sei, der Wiederkehr von Hochwasser-gefahren vorzubeugen.

Der vorliegende Entwurf nun bedeutet die Erfüllung des von der Regierung 1897 abgegebenen Versprechens. Er bezieht sich aber nicht auf alle schlesischen Flüsse; die Kosten für den erstmaligen Ausbau soll zu 1/3, jedoch nur bis zum Höchstbetrage von 31 812 000 M. der Staat, zu 1/3, jedoch nur bis zum Höchstbetrage von 7 828 000 M., die Provinz tragen. Nach Fertigstellung der Regulierung sollen die Interessenten die gesamten Unterhaltungskosten übernehmen.

Die Vorlage fand bei allen Parteien Zustimmung. Im einzelnen jedoch wurden mancherlei Bedenken laut. So wurde von verschiedenen Seiten auch eine Regulierung der mittleren Oder gefordert. Finanzminister Dr. v. Biquel versprach, diese Forderung zu erfüllen, bezeichnete aber keinen Termin dafür. Im übrigen warnte der Minister, dem offenbar das für eine Kulturfrage aus- geworfene Geld schon wieder leid thut, davor, etwa aus dieser Vorlage ein Präjudiz für künftige Fälle zu machen. Unter den Bedenken, die von konservativer Seite erhoben wurden, steht oben an das Bedenken gegen die Bestimmung, daß nach Vollendung der Flußbauten die Interessenten die weiteren Unterhaltungskosten tragen sollen. Die Herren Grundbesitzer wollen sich auch diese Ausgabe vom Staate erstatten lassen.

Die Vorlage wurde schließlich einer Kommission von 23 Mitgliedern überwiesen.

In der nächsten Sitzung, die erst am Montag stattfindet, stehen nur kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

Welfenfonds-Erinnerungen.

Gegen unsre auf guter Quelle beruhenden Mitteilungen über die Herkunft der großen Summen, für welche die konservativ-antisemitische Berliner Bewegung wiederholt ganz Berlin zu Freibier und Mistil einlad, sich keine Stimme des Widerspruchs erhoben. Damit hat man hat nicht nur die Thatsache selbst zugegeben, sondern auch zugestanden, daß diese Thatsache trotz aller Vorsicht, trotz dem man keine Quittungen ausstellen ließ, eventuell gerichtlich wenigstens insofern nachzuweisen wäre, als die Hauptbeteiligten nicht im Zweifel darüber gewesen sind, daß die 100 000 M. aus dem Welfenfonds gestohlen waren und daß der ganze Idee, Berlin auf diese Weise zu beleihen, von dem Fürsten Bismarck herkam, der einmal gesagt hat, der Arbeiter Stimmen und Trachten sei darauf gerichtet, im freien Bier zu trinken und Mistil zu hören. Sobald Fürst Bismarck einsehen mußte, daß seine Spekulation auf Berlin eine Tharheit sei, erlahmte auch Rudolph Herzogs Munificenz, die sich bis dahin noch in dem Unterhalt des Herrn Liebermann von Sonnenberg und seiner Zeitung bewährt hatte. Einzelne „Führer“ zweiten Ranges hatten später Mähe, gelegentlich ein Bettelgeld von 1000 M. für die Berliner Bewegung bei Puttkamer loszuweisen, Graf Herbert Bismarck war ganz merkwürdig zah mit den Coupons des Welfenfonds, obgleich dieser doch über zwei Millionen Mark Jinsen abwarf. Der Minister des Innern hatte keine Verfügung über die Erträge; vielmehr mußten Mehreinsparungen aus früheren Jahren durch „Spararmen“ gedeckt werden. Denn im Anfang der achtziger Jahre wurde fast die ganze konservative Provinzialpresse aus dem Welfenfonds unterhalten, wurden auch die konservativen Wahlkosten fast ganz aus demselben Fonds bestritten; die Geldopfer der konservativen Kreise im Lande waren minimal; man muß es dem Bund der Landwirte lassen, daß er für seine „reellen“ Absichten auch die Gelder mobil zu machen verstanden hat, deshalb tritt er auch so ganz anders auf, als man es von konservativen Parlamentariern gewohnt war.

Als der Welfenfonds endlich ausgeleert wurde, brachten welfische Mütter eine geheimnißvolle Andeutung, daß der Herzog von Cumberland dabei Coulanz zu beweisen nötig gehabt habe. Auf den Nachweis der Zinsen konnte sich das unmöglich beziehen, denn zu ihrer Veranschlagung ohne Rechnungslage hatte ja Bismarck sich autorisieren lassen. Es muß also noch sonst irgend etwas nicht in Ordnung gewesen sein. Auffallen muß es, daß Bismarck in seinen Memoiren über diese Fragen so schweigsam, und das, was er von der welfischen Legion sagt, insofern falsch ist, als die Anhänger dieser Thorheit nachgewiesenermaßen vom Fürsten Bismarck erkaufte Spitzel waren, auf die Georg der Blinde hineingefallen ist. Sicher werden die Schwärzer gegen die Person des Fürsten Bismarck zu richtenden Angriffe aus den Kreisen um Kopenhagen und Gmunden und aus dem Sumpf des Welfenfonds ans Licht kommen. Das mußte auch Bismarck voraussehen. Trotzdem schweigt er sich aus in dem Buche, das übrigens bestimmt ist, ihn selbst und seine Politik zu revidieren, und durch die Charakteristik der Politik unter Friedrich Wilhelm IV. die gegenwärtigen Inhaber der Macht indirekt zu treffen. Wer den ersten Band der Memoiren aufmerksam liest, kennt auch den Inhalt des dritten Bandes, der jetzt als eine Art Waffe in der Hand des Fürsten Herbert Bismarck erscheint und durch sonderbare Zeitungsnotizen von Zeit zu Zeit in Erinnerung gebracht wird.

Deutsches Reich.

Konservative und Wahlrecht. Erst am Freitag versuchte der Abg. Oertel die konservative Feindschaft gegen das beschlossene Reichstags-Wahlrecht zu vertuschen. Es wurden dem Herrn allerdings sofort gewisse Aussprüche konservativer Wahlrechts-Rogierere in Erinnerung gerufen. In derjenigen Nummer der „Kreuz-Zeitung“ aber, die erst zur selben Stunde erschien, als Herr Oertel seinen mißglückten Abwegungsversuch unternahm, findet sich der Bericht über die Hauptversammlung des konservativen Vereins der Provinz Brandenburg in Frankfurt a./O., in der Herr Reichstags-Abgeordneter Professor Kropatsch als Hauptredner auftrat, und in diesem Bericht findet sich folgende Stelle: „General der Infanterie z. D. v. Rastow-Frankfurt betonte zur Bekämpfung des Pessimismus die Pflicht der Dankbarkeit gegen Gott und unser Herrscherhaus und regt dann die Dinaufhebung der Wahlfähigkeit von 25 auf 30 Jahre an. — Professor Kropatsch hält eine Reform des Wahlrechts ebenfalls für dringend wünschenswert, glaubt aber nicht, daß eine Dinaufhebung des Alters der Wahlfähigkeit jetzt durchzuführen und wenn auch, von der erhofften Wirkung sei.“

Welcherlei Wirkungen Herr Kropatsch von der Wahlreform erhofft, die er im Sinn hat, das läßt sich ersehen, wenn man sieht, daß die gesamten Verhandlungen der konservativen Hauptversammlung in Frankfurt beherzt wurden von der Aergernis über die fortschreitende Entwürdigung der Socialdemokratie. Herr Kropatsch selbst sagte in Frankfurt: „Eigentlich regiert und herrscht im Reichstag schon jetzt die Socialdemokratie.“

Wir wissen nicht, ob Herr Kropatsch näheres über seine Wahlrechts-Reformpläne geäußert hat. Der Bericht verrät vorsichtigerweise nichts davon. Immerhin läßt auch das Wenige, was der Chefredacteur der „Kreuz-Zeitung“ gesagt hat, „Hief bilden“.

Die amtliche „Berliner Korrespondenz“ macht den Versuch, die Offentlichkeit für die demnächst beginnende Beratung der Flottenvorlage in der Budgetkommission zu interessieren. Die Absicht der Offiziösen ist verständlich, denn die künstlich empfindliche Weigerung ist längst verdammt. Doch das Mittel, das die „Verl. Korresp.“ anwendet, verspricht ganz und gar keinen Erfolg. Sie weiß nämlich nichts weiter zur Wiederbelebung der Flottenagitation vorzuweisen, als ein läppisches Raport aus den Reden der Minister im Dezember vorigen Jahres und bei der ersten Lesung der Vorlage im Februar. Nachdem diese Reden dazu geführt haben, die Chancen der Flottenvorlage von Woche zu Woche zu verschlechtern, scheint es, als gehe die wahre Absicht der „Verl. Korresp.“ dahin, die Vor-

lage durch möglichst mangelhafte Verteidigung vollends zu diskreditieren. —

Arbeiter als Flottenbesitzer. Wie man in der Arbeiterschaft Flottenfreunde fabriziert, dafür ein Beispiel. In einer Mannheimer Fabrik wurden die Arbeiter einzeln zur Unterzeichnung einer Petition für die Flottenvorlage aufgefordert. Diese Petition lag im Zimmer eines Meisters aus!

Und dann renommirt man mit den auf diese Weise erprehten Unterschriften. —

Sehr schwer von Begriffen ist die katholische „Germania“. Keulich führte sie die Gothaer Kundendebatte gegen unfre Haltung in der lex Heinze an, ohne daß sie zu kopieren vermochte, wie dadurch nur unfre Aufschauung unterliegt wird: Die Kunst soll dem öffentlichen Geschmack, nicht dem Staatsanwalt unterstehen.

Zeit citiert die „Germania“ gar Vebels „Frau“ und hält triumphierend u. a. folgende Bemerkung in die Höhe:

„Der wider natürlichen Bestriedigung, namentlich des weiblichen Geschlechts, wird vielfach in der schamlosesten Weise Vorschub geleistet. . . Hand in Hand mit diesen schamlosen Aufwindungen geht die auf beide Geschlechter berechnete Anpreisung obscener Bilder (momentlich ganzer Serien Photographien) von Poesien und profanischen Werken ähnlichen Gehaltes, deren Ziel schon auf die geschlechtliche Erregung berechnet sind und die Verfolgung der Polizei und Staatsanwälte heraufschaffen. Aber diese haben zu viel mit der „Kultur, Ehe und Familie“ zersetzenden Socialdemokratie zu thun, um diesem Treiben volle Aufmerksamkeit schenken zu können. Ein Teil unserer Romanliteratur arbeitet in derselben Richtung. Da müßte es Wunder nehmen, wenn die geschlechtlichen Ausschweifungen auch noch künstlich erregt nicht . . .“

Wenn das so weiter geht, werden wir nächstens von der „Germania“ zu hören bekommen, daß ja gerade der „Vorwärts“ ein Beweis für die lex Heinze sei, weil er — im Gegensatz zu bürgerlichen Blättern — seinen Inseratenteil von schmutzigen Anzeigen reinhält. Reich die Intelligenz des katholischen Centralorgans wirklich nicht dazu aus, um zu verstehen, daß Vebel nicht von künstlerischen Erzeugnissen, sondern von jenen ungewissen Schweinereien spricht, die heute bereits unter den 184 fallen und über dessen Nichtanwendung Vebel gerade höhnt. Diese massenhaft verbreiteten Produkte werden ebenso behördlich geduldet, wie die verdorbenen Bunde, und das wird auch so bleiben, wenn die lex Heinze Gesetz werden würde. Erstgütige Kunstwerke würden durch das Gesetz drangsalirt werden können, jene von Vebel erwähnten Mißbräute geschäftlicher Spekulation würden nach wie vor unter den Augen des Gesetzes äppig wuchern. Kein Zweifel, daß, wenn das konservativ-kerikale Attentat, wie zu fürchten ist, gelingt, gerade die bedeutungsvollsten, kräftigsten Bestätigungen des künstlerischen Genies bedroht werden, daß insbesondere auch die herbe, wahrhaftige Gesellschaftsatmosphäre schwerer Gefahren ausgeliefert wird. Die lichtseue Ungunst geschäftsmäßiger Afterkunst wird in rentablen Geheimhandel auch fürderhin blühen; die weiß sich allen geschlichen Säranten zu entziehen. Aber die ehrlche, offene Kunst wird ein Opfer des Bürgerkriegs werden.“ Diese Sätze schrieb der „Vorwärts“ bereits in seiner Nummer vom 23. Februar d. J. Begeißelt die „Germania“ nun, daß die Vebelsche Keuchung, von der das Blatt verurteilt, daß wir sie untern Letzten nicht mitzuteilen wagen würden, unfre Stellung zur lex Heinze nicht widerspricht, sondern sie vielmehr rechtfertigt? —

Genosse v. Vollmar erhielt folgendes Dankeschreiben der Münchener Künstler:

Sehr geehrter Herr! Wir beehren und hiermit, Ihnen unsern verbindlichsten Dank auszusprechen für Ihr ebenso mannhaftes wie verständnisvolles Eintreten zu Gunsten von Kunst und Wissenschaft, das Sie während der letzten Reichstagskämpfe mit so großem Erfolg bestritten haben. Das Verdienst, das Sie sich damit um Kunst und Wissenschaft erworben haben, wird Ihnen unvergessen bleiben. Seien Sie unser herzlichsten Sympathien auch in dem ferneren Kampf gegen die kunst- und freilichfeindlichen Paragraphen der lex Heinze versichert.

Noch freie Kunst und Wissenschaft!
Zu vorzüglicher Hochachtung
Der Goethe-Bund zum Schutz freier Kunst und Wissenschaft.
J. K.: Dr. Max Halbe.

In München fand am Mittwochabend eine Protestversammlung gegen die lex Heinze statt. Vollmar sprach über „die lex Heinze, die Verfolgung der Kunst und die Socialdemokratie“. Die bürgerliche Blätter berichten, war der größte Raum Münchens, der Saal der Kind-Druckerei, von 6000 Personen dicht gefüllt. —

Die agrarische Flottenfeindschaft muß sich gehörig ausgedehnt haben. Die „Kreuz-Zeitung“ läßt sich von ihrem marxistischen Special-Beitragler, dem Grafen Gebrecht v. Dürckheim, zwei lauge Artikel liefern, die nicht etwa den unpatriotischen Marinefeinden der Links-Parteien zu Leide rücken, sondern inständige Mahnungen richten an die konservative Bauern- und Gutsbesitzer-schaft, daß sie sich nicht zur Flottenfeindschaft hureihen lasse. Die Artikel des Grafen Gebrecht v. Dürckheim, der bisher jede Marinevorlage der Regierung in Vausch und Wogen verteidigt hat, bringen keinerlei Neues zu der Frage bei, sie beweisen nur, daß die „Kreuz-Zeitung“-Konservative es nicht mit dem Hofe verderben wollen. —

Eine höhere Liebesgabe für die ostpreussischen Herdegezüchter, so wird uns aus Ostpreußen geschrieben, ist das Hauptblatt der Agrarier für Ostpreußen, die „Ostpr. Zig.“ angulindigen in der Lage. Die Preise, welche die Regierung für Remontepferde zahlt, sollen bedeutend erhöht werden. Wir hörten aus dem Munde von Herdegezüchtern, daß schon die jetzt gezahlten Preise als eine Art Liebesgabe zu betrachten sind. Es werden für Remonten zwischen 700 und 1000 M. gezahlt, höhere Preise sind selten, kommen aber vor. Durchaus gute Pferde, die von der Remontenkommission zurückgewiesen werden, weil das Angebot zu groß ist oder aus irgend welchen andern Gründen, bringen selten mehr als 400 M.

Rum hat die Regierung, welche für ihren Bedarf an Armeepferden zum großen Teil auf Ostpreußen angewiesen ist, ein Interesse daran, nämlich ein gutes Material zu erhalten, durch Zahlung hoher Preise für Herdegezüchter anzuregen. Begehrlich, wie die ostpreussischen Agrarier sind, genügen ihnen die jetzigen hohen Preise aber nicht. Ihre Wortführer forderten kürzlich im Reichstag höhere Preise für die Remonten. Wie bei dem Entgegenkommen der Regierung für agrarische Wünsche fast selbstverständlich ist, wurde ihnen wohlwollende Berücksichtigung ihrer Wünsche in Aussicht gestellt. Damit aber noch nicht zufrieden, hat der Abgeordnete für den ostpreussischen Kreis Labian-Behlen, Oberst a. D. v. Rastow, selbst ein Herdegezüchter, den Kriegsminister noch besonders durch Vorweisung von Material über die Rentabilität der Remontenzucht bearbeitet. Nach der „Ostpr. Zig.“ hat Herr v. Rastow den Minister davon zu überzeugen gewußt, daß die Wünsche der Herdegezüchter in jedem Betracht berechtigt sind. Infolgedessen wird, wie das Blatt freudig mitteilt, eine viel größere Erhöhung der Preise für Remontepferde, als sie anfänglich in Aussicht genommen war, eintreten.

Vorteile von dieser, auf Kosten der Steuerzahler den Agrariern gemachten Zuwendungen, haben wieder fast ausschließlich die Großgrundbesitzer. —

München, 22. März. (Fig. Ver.) Der vereinigte erste und dritte Ausschuss der Reichsratskammer verhandelte heute über das Vergesetz. Nach einem kurzen Referat des Reichsrats v. Gschwandtner wurde Artikel 78, welcher die Arbeitszeit auf täglich acht Stunden normiert, einstimmig abgelehnt. An dessen Stelle wurde beschlossen: Für solche Betriebe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit für Gesundheit der Arbeiter ge-

fährt wird, kann das Ober-Vergant Dauer, Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorschreiben und die zur Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen erlassen. Stimmt das Plenum der Reichsratskammer diesem Beschlusse zu, was mit Sicherheit zu erwarten ist, dann ist der **Achtstundentag im Vergessenen beseitigt**. Der Gesetzentwurf geht dann wieder an die Abgeordnetenkammer zurück, wo unsere Genossen selbstverständlich energisch für Aufrechterhaltung des Achtstundentags eintreten werden. Wie aber die Verhältnisse liegen, ist nicht zu hoffen, daß der Achtstundentag erhalten bleibt.

Polnische „Revolutionäre“. Dortmund, 22. März. In der Untersuchungs-Sache gegen den Buchdrucker Mateorowicz und den Schneider Colenda ist die Voruntersuchung geschlossen, die beiden werden nach Leipzig abgeführt werden, um vor das Reichsgericht gestellt zu werden. Die Angeklagten sind beschuldigt, für einen polnischen Revolutionsfonds in Wapperschwil in der Schweiz gesammelt zu haben. Der Buchdrucker hat sich früher in der Schweiz aufgehalten; er siedelte dann hierher über und errichtete eine Druckerei, in der er arbeitet, insbesondere für polnische Vereine herstellte. Hier hat er den Colenda kennen gelernt, der sich ihm anschloß. Die Sammlungen haben die Angeklagten in den polnischen Vereinen vorgenommen, in denen sie verkehrten.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Aus Eberswalde wird berichtet: Der Handelsmann Otto Meppin, welcher sich durch einen Prüf-Ruß, begangen in einer Volksversammlung unter freiem Himmel, im Oktober vorigen Jahres, in welcher über die Zuchthausvorlage referiert wurde, einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben soll, wurde von der Eberswalder Strafkammer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde am 20. März vor der Strafkammer in Schweidnitz gegen den domizilllosen Maurer Friedrich B. wegen Majestätsbeleidigung verhandelt. Der Angeklagte sollte sich des betreffenden Vergehens mehrmals in der Zeit vom Oktober 1899 bis zum vorigen Monat schuldig gemacht haben. Das Gericht stellte wiederholt schwere Majestätsbeleidigung fest und erkannte auf eine Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr sechs Monate Gefängnis beantragt.

Aus den deutschen Kolonien. In Kamerun hat eine deutsche militärische Expedition schwere Verluste erlitten. Es wird aus Kamerun vom Donnerstag telegraphiert:

Bei der Expedition des Hauptmanns v. Besser im Norden des Schutzgebietes wurden sämtliche Offiziere, Hauptmann v. Besser und die Lieutenants Suddeberg und v. Petersdorff, sowie der Truppenarzt Dr. Dittmer, letzterer schwer, verwundet. Hier ist Major v. Sager am Hüftschlag gestorben.

Die viel Mannschaften bei dem vermutlich stattgefundenen Massacre verwundet oder getötet worden sind, ist noch nicht bekannt.

Es handelte sich bei dem Truppenteile um eine Strafexpedition, die mit dem Auftrag ausgezogen war, die Vulkankammer für die Emordnung des Lieutenants v. Luedt und des Kaufmanns Conrau zu räumen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die **Versandigungs-Konferenz** ist vorläufig geschlossen worden. Der Ministerpräsident v. Körber dankte in der letzten Sitzung den Mitgliedern für die eingehende sachliche Beratung und sprach die Hoffnung aus, daß es beim nächsten Zusammentritt der Konferenz gelingen werde, auch über die noch nicht vollständig abgeschlossenen Fragen eine Uebereinkunft zu erzielen. Die Verhandlungen zu erzielen, die Regierung werde hierfür gewiß bemüht sein, alles zur Erhaltung der verfassungsmäßigen Stimmung beizutragen, um endlich den nationalen Frieden im Lande zu begründen. Vergelt dankte im Namen der Deutschen, Graf Polffy im Namen der böhmischen Mitglieder der Konferenz der Regierung für ihre Initiative und sprach in warmen Worten den Wunsch nach endlicher Herstellung eines dauernden nationalen Friedens aus.

Die österreichische Presse ist über das bisherige Ergebnis der Verhandlungskommision außerordentlich zufrieden und stellt fest, daß die Aussichten für eine schließliche Verständigung sehr günstig sind.

Neutralität im Borenkrieg. Wien, 23. März. Gestern befürwortete ein Gutachten von 22 Säggen 45 Gesandte aus der Armaturen- und Geschützfabrik der Firma Skoda in Pilsen nach Triest, wo die Gesandte für die englische Armee nach Afrika eingeschifft werden sollen. Der deutsch-nationale Räte der Reichsrats-Abgeordnete Dr. Demisch richtete aus der Station St. Veit an der Glan nach dem Vorfieren des Zugs sofort eine telegraphische Aufforderung an die Regierung, die Abwendung der Gesandte von Triest zu sistieren.

Schweiz.

Goldwährung in der Schweiz. Bern, 23. März. Im Nationalrat stellte Joss-Schaffhausen einen Antrag auf Revision des Münzgesetzes im Sinne der Einführung der Goldwährung.

Frankreich.

Begnadigung. Präsident Loubet hat, wie der „Figaro“ meldet, den Grafen Christian begnadigt. Das betreffende Scherfsstück soll am nächsten Dienstag mit etwa 50 andern Gnaden-erlassen unterzeichnet werden.

Italien.

Rom, 23. März. Deputiertenkammer. Nach langer Debatte wird der Antrag des sozialistischen Deputierten Ferri, betreffend die Vorfrage zum zweiten Teil des Antrags Cambray-Digny, welcher sich auf das Inkrafttreten der Abänderung der Geschäftsordnung bezieht, in namentlicher Abstimmung mit 232 gegen 116 Stimmen abgelehnt.

Pantano beantragt die Zurückstellung der Vorlage und begründet seinen Antrag in längerer Ausführungen. Es entsteht ein lebhafter Zwischenfall, als er eine motivierte Tagesordnung beantragt und die Einberufung der Konstituante zur Reform der Verfassung verlangt. (Die Majorität erhebt großen Lärm, während die äußerste Linke Verfassungsänderungen laut werden läßt.) Der Präsident entzieht also dem Pantano das Wort. Pantano spricht gegen das Vorgehen des Präsidenten und verlangt die Entscheidung der Kammer, welche durch Aufheben und Eigenbleiben das Verhalten des Präsidenten billigt. (Beifall im Centrum und auf der Rechten, Lärm und Protestrufe auf der äußersten Linken.)

Nach der Abstimmung, die Pantano das Wort entzieht, entsteht ein abermaliger, sehr lebhafter Zwischenfall dadurch, daß die äußerste Linke gegen die Giltigkeit der Abstimmung Einspruch erhebt, da der Antrag der äußersten Linken auf vorherige Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses unbedeutend geblieben sei. Pantano will aufs neue sprechen. Der Präsident untersagt den Stenographen die Aufnahme seiner Rede. Pantano aber fährt unter dem Beifall der äußersten Linken und dem Widerspruch des übrigen Hauses unbehindert zu reden fort. Daraufhin unterbricht der Präsident unter dem lebhaftesten Beifall der Rechten und des Centrums die Sitzung.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung fordert der Präsident den Abgeordneten Pantano auf, den Beschluß der Kammer zu achten und den regelmäßigen Gang der Verhandlung nicht zu stören. Pantano besteht unter dem Beifall der äußersten Linken und großen Lärm des Centrums und der Rechten darauf, sprechen zu wollen. Der Präsident selbst hob darauf unter lebhaftem Beifall der Rechten und des Centrums und unter großer Erregung der Linken die Sitzung auf und erklärt neuerlich und feierlich vor dem Lande, daß das Verhalten der äußersten Linken den regelmäßigen Geschäftsgang der Kammer störe.

Türkei.

Konstantinopel, 23. März. Der armenische Patriarch Ormanian überreichte der Pforte seine Demission, weil sein in Betreff des Wahls des Katholikos in Sid eingebrachter Protest erfolglos geblieben ist.

Asien.

Der gesuchte Reformers, auf dessen Kopf von der Kaiserin-Lante eine hohe Prämie gesetzt wurde, ist gefunden. Nach einem Telegramm der „Times“ aus Singapore ist der chinesische Reformers Kiang-hu-wei, der vor einem Monat nach London abgereist sein sollte, heimlich in einem Vooienboot nach Singapore zurückgekehrt und hält sich, von einer Schutzwache von Sid-Polizisten umgeben, in einem Landhause auf. Diese Entdeckung erregt unter den in Singapore ansässigen Chinesen große Aufregung.

Partei-Nachrichten.

Partei-Presse. In Augsburg erscheint vom 1. April an ein neues selbständiges Parteiorgan unter dem Titel „Augsburger Volkszeitung“ unter der verantwortlichen Redaktion des Genossen G. Kollweger. Das Blatt erscheint wöchentlich zweimal.

In die Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Dresden tritt, wie in der „Leipziger Volkszeitung“ berichtet wird, am 1. Juli Dr. Sidelum ein, der bisher den politischen Teil der „Sächsischen Tagespost“ redigiert hat. Genosse Sidelum tritt an die Stelle des zu dieser Zeit aus der Redaktion ausscheidenden Genossen Ledebour. Die „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ berichtet allerdings noch nichts darüber.

Um die Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund wieder in das Eigentum der dortigen Parteigenossen zu überführen, wie eine Kreisaußenbesprechung beschlossen hatte, ist eine Kommission von fünf Parteigenossen gebildet worden. Die Kommission gerät jetzt zur Aufbringung der erforderlichen Mittel Anteilscheine in Höhe von 2 M. aus, um deren Erwerbung sie die Parteigenossen des Wahlkreises ersucht.

Gemeindevahlen. In Brundorf bei Halle und in Dietstedt bei Wiedebaden wurde je ein Parteigenosse in den Gemeinderat gewählt.

Totenliste der Partei. In Plauen i. V. starb ein alter und opferwilliger Parteigenosse, der Gastwirt August Krautz. Der Verstorbene war im ganzen Vogtland bekannt und einer der populärsten Gastwirte. Er hat namentlich unter dem Socialistengetreue mit Eifer für die Partei gearbeitet.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Polizei und Arbeiterbewegung in W. Gladbach.** Die junge, kräftig aufstrebende Arbeiterbewegung in W. Gladbach muß jetzt die alte Erfahrung machen, die die Arbeiterbewegung aller Orten in ihrer Entstehung machen mußte und weiter machen wird: sie muß alle Maßregeln der Polizei über sich ergehen lassen, die diese von Irthümer Zeiten her auf Lager hat und, unbedeutend und bekehrbar, immer wieder von neuem anwendet, wo sich eine oppositionelle Volksbewegung geltend macht. Immer natürlich mit dem gleichen Erfolge, das Gegenteil dessen zu erreichen, was sie beabsichtigt.

Fabrikversammlungen, die die Arbeiter eines Fabrik unter sich abhielten, sollten anmeldungspflichtige Versammlungen sein; die Einberufer erhielten polizeiliche Strafmandate, das Gericht mußte freisprechen. Sechs Arbeiter sollten durch Streikpostenstreiken großen Unruhe verübt haben und dafür je 10 M. Polizeistraf zahlen; vom Gericht wurden sie freigesprochen. Der Verurtheilte der Formel sollte 50 M. Geldstrafe bezahlen, weil er kein Mitgliederverzeichnis der als Verein bezeichneten Gesellschaft des Centralverbandes der Formel einreichte. Wiederum mußte das Gericht auf Freisprechung erkennen. In einem andern Fall hatte die Polizei leider Glück. Zwei Parteigenossen sollen je 10 M. Geldstrafe bezahlen, weil sie des Sonntags zwischen 9 und 11 Uhr vormittags Kalkulationsblätter verbreitet haben. Diese Strafen wurden vom Schwurgericht bestätigt. Die Verurtheilten rufen das Landgericht an. Eine Anzahl Klagen sind eben noch wegen Beleidigung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung. Ein Genosse hat eine Anklage, weil er sich aus einer aufgelösten Versammlung nicht sofort entfernt haben soll. Eine ganze Anzahl Strafmandate wurden wegen Streikelder-Sammlungen erlassen. Schließlich schwebt eine Klage auf Schließung der Filiale des deutschen Regilarbeiter-Verbands. Die Polizei bezichtigte die Filiale als einen politischen Verein und verlangte die Ausschließung der Frauen und Mädchen, deren Mitgliedschaft für Regilarbeiter-Organisationen geradezu eine Lebensbedingung ist. Da sich die Ortsverwaltung weigert, dem Verlangen nachzugeben, wurde die Klage eingeleitet. Damit wollen wir diese Blätterlese schließen. Heßen werden der Polizei diese Maßregeln nichts.

Ein Meineidsprozeß.

Der in seiner Art ganz an die Affaire erinnert, durch welche vor einigen Jahren in Essen mehrere brave Arbeiter in namenloses Unglück gebracht wurden, hat sich dieser Tage in Güstrow abgespielt.

Am 17. März d. J. verurteilte das Schwurgericht zu Güstrow den Parteigenossen Goltz, der Mitglied des dortigen Völkervereinigungskomitees ist, wegen wissenschaftlichen Meineids zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Der Anklage lag folgender Thatbestand zu Grunde: Am 6. August 1899 hatte ein Tanzvergnügen der Gewerkschaft der Maurer in dem Roberischen Lokal „Zur Panja“ in Wismar stattgefunden. Zwei Polizeibeamte, Krämer und Schäffli, welche zur Beobachtung des Lokals abgeordnet waren, sollen durch Juruse der Richter Wollenberg und Steinbrügger verhöhnt worden sein. Der Angeklagte Goltz beschwor vor dem Wismarer Schwurgericht, daß er nur die Juruse Steinbrügger gehört habe. Auf Grund dieser Aussage lautete das Urteil gegen Steinbrügger auf 20 M. Geldstrafe und gegen Wollenberg auf Freispruch. Gegen das Urteil legte der Staatsanwalt Verurteilung ein. Die Strafkammer verurteilte beide Richter zu je einer Woche Gefängnis und verhängte über den Angeklagten Goltz die Unternehmungshaft wegen Meineids.

Der Angeklagte wurde vom Gerichtsvorsitzenden befragt, ob er der socialdemokratischen Partei angehöre, und mit der befragten Frage angefahren, ob er taub sei, als er diese Frage nicht gleich unumwunden beantwortete. Goltz erklärte, er sei Socialdemokrat. Am fraglichen Tage (6. August 1899) habe er sich in seiner Eigenschaft als Mitglied des Bürgerausschusses davon überzeugen wollen, ob die obervierenden Polizeibeamten wieder Civilbildung trügen, trotzdem ihnen Unwissenheit bewilligt worden seien. Die Genossen seien durch die Unwissenheit der Polizei erregt gewesen, und um dieselben vor Mißthelligkeiten zu bewahren, habe er sie gebeten, ruhig nach Hause zu gehen. In diesem Bittwort habe er nur, wie bereits bezeugt, die Juruse Steinbrügger und keine andern gehört.

Als Hauptbelastungszeuge trat der Polizeigenosse Schulz aus Wismar auf. Dieser Beamte stellte den Vorgang wesentlich anders hin und führte weiter an, Steinbrügger und Wollenberg seien hervorragende Redner der Socialdemokratie; bei beiden hätte er schon Hausdurchsuchungen gehalten. Trotzdem der Zeuge dieses unter seinem Eide aussagte, müßte er auf Vorstellungen des Verteidigers Dr. Herzfeld-Berlin zugeden, daß er selber von der Bedenkschaft aus eigener Erfahrung nichts wisse und hinsichtlich der Hausdurchsuchung bei Wollenberg sich geirrt habe. (1) Bei alledem wurde dem Zeugen Schulz das günstigste Zeugnis von dem Polizei-Senator Dr. König in Wismar ausgestellt.

Der erste Staatsanwalt Dr. Hersehanu-Güstrow hielt den Beweis, daß der Angeklagte Goltz einen wissenschaftlichen Meineid vor dem Schwurgericht in Wismar und vor der Strafkammer in Schwerin abgelegt habe, für voll erbracht. Er glaubte, die Geschworenen besonders vor Augen halten zu dürfen, daß der Angeklagte aus „schamhaftem Partei-Interesse gehandelt“ und den Genossen auf Kosten der Polizei vor Gericht herangeflogen habe. Der anscheinende Versuch der Vertheidigung, die Rede der Frechheit die Krone auf und sei nur ein schlauberches Manöver, um sich eventuell den Rücken zu decken. Der geleistete Meineid sei ein besonders frecher, geleistet zur Verhöhnung der Polizei. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Herzfeld-Berlin, geißelte die Rede des Staatsanwalts, sowie die Ungeschicklichkeit des Herrn, die Politik in den Gerichtssaal hineinzutragen, und wies darauf hin, daß gerade durch die eidlische Aussage des Angeklagten dessen Freund und Parteigenosse Steinbrügger verurteilt worden sei, während Wollenberg als Parteigenosse weit weniger in Betracht komme.

Nach kurzer Beratung erkannten die Geschworenen auf Schuldig und das Urteil lautete, wie oben erwähnt, auf drei Jahre Zuchthaus.

Für Anzeigung dieser Verurteilung führt die „Westf. Volkszeitung“ noch folgendes an:

Am Abend nach der Verhandlung sprach sich einer der Geschworenen auf der Eisenbahnfahrt von Güstrow nach Rostock zu Mitreisenden ganz offen dahin aus, daß aus den diesbezüglichen Ausführungen des Staatsanwalts es ja jedem völlig klar geworden sei, daß die eigentliche Triebabfeder des Angeklagten zu seiner That in dem Gegentheil zu suchen sei, der in Wismar zwischen Polizei und Socialdemokratie bestände. Und so sind denn die Geschworenen zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Angeklagte trotz seines Schwurs keine Lüge gehört habe. Keine zehn Minuten bedurften die Geschworenen, um den Stab über den unglücklichen Angeklagten zu brechen. Einem alten bewährten Amtsrichter, der der Verhandlung beizuohnte, kam die Schamlosigkeit überraschend, mit der die Geschworenen über den Thatbestand zur Gewissheit gekommen waren, er bemerkte beim Verlassen des Gerichtssaals: Ich gebrauche längere Zeit, um über eine einfache Schöffensache ein Urteil zu fällen! —

Gerichtliche Urteile, wie in jenem Essener und wie in diesem Wismarer Falle sind im höchsten Grade geeignet, wie ein Wetterstrahl die Rechtsverhältnisse zu beleuchten, wie sie von den heute Herrschenden beliebt werden. Solche Gerichtsurteile müssen aber darum auch mit Notwendigkeit in den weitesten Volkskreisen den Widerspruch gegen die bestehenden Zustände auslösen, ja geradezu herausfordern. Wer die politische Macht heute in Händen hat, die Konserbativen und die Liberalen: sie mögen sich freuen des heiligen Rechts und der Rechtsprüche, welche es zeltigt! Aber wir Socialdemokraten, die wir die politische Macht gewinnen wollen, um im Besitz dieser Macht andre, bessere und gerechtere Zustände als die heutigen zur Grundlage alles öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens zu machen, wir lassen uns nicht durch Rechtssprüche unsere Herzen bereitwillig durchströmen von einem kräftigen Gefühl heigen Unwillens, welches uns anspornt, alle Kraft an die Organisation des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse zu setzen, damit der Sieg der Socialdemokratie besiegelt werde.

Die Aussperrung in der Berliner Holzindustrie.

Wie aus dem Bericht in voriger Nummer schon zu ersehen war, ist die Aussicht auf einen Abbruch der Aussperrung geringer geworden. Vor allem ist durch die Auslegung der Beschlüsse in der Meisterversammlung unter den Streikenden die Mißstimmung gestiegen, und wenn nicht eine Änderung in der Haltung der Meister eintritt, ist an ein Ende des Kampfs nicht zu denken. Jedoch sieht zu erwarten, daß die Unternehmer den Konflikt nicht auf die Spitze treiben. Wenigstens erklärten die Unternehmer gestern bei einer Klageprobe auf dem Gewerbegericht, daß sie für die Aufhebung des Beschlusses wirken wollen, der für die nächsten 14 Tage Entlassungsgeld für Arbeiter einzufrieren sollte. Der Vertreter der Arbeiter, Theodor Glode, hatte erklärt, daß bei einem Festhalten an den Entlassungsgeldern die Arbeit nicht aufgenommen werden könne. Es kamen dann weiter die in der Auslegung kritischen Punkte zur Besprechung. Hier ging die Meinung dahin, daß, wo die Arbeiter eine Einigung mit den Meistern erzielen, selbstverständlich die Mißstimmung nicht in Funktion tritt. Wo aber größere Lohnanforderungen nach den getroffenen Vereinbarungen notwendig werden, müsse im Streitfall die Kommission um ihre Entscheidung angegangen werden. In diesem Fall gelten die erhöhten Preise für alle nach dem Streik aufgenommenen Arbeiter, haben also rückwirkende Kraft. Auch über die vielfach mißverständliche Bestimmung, welche die Maschinenarbeit regelt, wurde von den Unternehmern zugegeben, es werde natürlich von den Arbeitern nicht verlangt, daß sie bei den Hodelarbeiten und beim Schneiden alles überwachen sollen, sondern nur da zur Hand gehen, wo komplizierte Arbeiten verlangt werden, wie es auch bisher schon erforderlich war. Die Unternehmer erklärten dann, daß sie die Vereinbarungen annehmen. Von den Arbeitern konnte diese Erklärung noch nicht abgegeben werden, die Entscheidung wird am Sonntag die Organisation treffen.

Die **Möbelpolierer**, die gestern, Freitag, eine starkbesuchte Versammlung bei Breuer, Franzfurterstraße, abhielten, um zu den Vergleichsvorschlägen des Einigungsamts Stellung zu nehmen, haben beschlossen, in Bezug auf die Wiederaufnahme der Arbeit sich völlig den Beschlüssen des Holzarbeiter-Verbands anzupassen. Falls die Generalversammlung des Holzarbeiter-Verbands am Sonntag die Einigungsvorschläge anerkennet, so soll am Montag gemeinsam mit den Arbeitern die Arbeit aufgenommen werden, wenn nicht, so werden auch die Möbelpolierer solidarisch im Ausstande verharren. Außerdem wurde beschlossen, sich an der geplanten Mißstimmungskommission nicht zu beteiligen und ebenso wie die Maschinenarbeiter und aus denselben Gründen keinen Vertreter in die Kommission zu entsenden.

Aus der Frauenbewegung.

Au die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse des Nordens!

Eine Versammlung des Vereins der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse findet Montag, den 26. März, im „Koblenberger Salon“, Kolbergerstr. 23, statt. Vortrag von Frau Sally Pieper über: „Die Frau und das öffentliche Leben“.

Vielfach werden die Schwierigkeiten unterzählt, welche die Frauenvereine des werthvollen Volks zu überwinden haben. Sie wurzeln sämtlich in jener verhängnisvollen Auslegung des Vereinsgesetzes, welche alles Politische nennt, was sich in irgend einer Weise mit dem öffentlichen Leben berührt. Die Unberechenbarkeit dieser uns Belieben der Behörden gestellten Erweiterung des „Politischen“ läßt

nach den meisten Richtungen hin die Tätigkeit eines Vereins, welchem bei jeder frischen Lebensäußerung das Gespenst der Auflösung drohend aus der Ferne winkt.

Wenn unser Verein diesen Hindernissen zum Trotz ein so lebhaftes Interesse in den Reihen unserer Frauen gefunden hat, so dankt er dies der Energie, mit welcher er die beiden Punkte erkaufte und festgehalten hat, an denen zu wirken ihm nicht verwehrt werden kann: die Erziehung und Bildung. Alle Fragen der Erziehung und Bildung, der Gesundheit, der Sittlichkeit im echten und wahren Sinne werden in verständlicher und klarer Weise zur Sprache gebracht. Alles, was uns befähigt, dem kommenden Geschlecht den Schatz der erworbenen Bildung und Ueberzeugung zu überliefern, findet sorgfältige Pflege. Alles, was die Frau anspornen, sich und ihr Kind dem Ideal einer besseren Zukunft zu weihen, lebt in der Gemeinschaft Gleichgesinnter freudig in dem Herzen auf. Aber wie viele, die mit uns gehen sollten, stehen noch gleichgültig fern!

Dem lebhaften Wunsche der Mitglieder aus dem Norden entgegenzukommen, wird die Versammlung in dieser Stadtgegend abgehalten. Mögen unsere dortigen Mitglieder sich tüchtig rühren, um uns Freunde, Mitglieder zu werben.

Nicht nur die Frauen, auch ihre Töchter hoffen wir bei uns zu sehen. Wir bedürfen des heranwachsenden Geschlechts, um die ernstlichen Fragen, die uns bewegen, der Lösung entgegenzubringen. Die jungen Mädchen aus dem Arbeiterstande finden bei uns ihren Platz zu frohen Festen und heiteren Unterhaltungen, nicht minder aber zu ernstem Nachdenken über sich und ihren Beruf als treue Töchter des Proletariats. Mögen sie nur kommen!

Die nächste Mitgliederversammlung findet in den Arminkassen am 2. April statt und wird Herr Dr. Waschko über die Prostitution sprechen.

An der Frauenabteilung der Internationalen Frauenanstalt in Zürich ist eine Frau, Dr. Leonore Fildin, eine Deutsche, als Assistentin angestellt worden. Die Dame hat in Zürich studiert und promoviert.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Wahlen zur Handwerkskammer in Berlin.

Die Vorsitzenden der Gesellen-Ausschüsse von denselben Zünften, welche den Wahlabteilungen II, III und IX angehören, werden ersucht, sich zu einer Versammlung über die Wahl am Sonntag, vormittags 9 Uhr, in den Arminkassen, Kommandantenstraße 20, einzufinden. Die Kommission.

An die Hiesigen und Maurer! Kollegen! Die Hiesigen Berlin und der Umgegend sind am 22. März zur Erringung eines Stundenlohns von 70 Pf. in einen Ausstand getreten. Schon im Jahre 1899 wurde von uns ein Tarif aufgestellt, in welchem ein Minimallohn von 70 Pf. gefordert wurde. Wir waren damals, gezwungen, auf Vereinbarungen einzugehen, die einen Massenlohn von 65 bis 67 1/2 und 70 Pf. pro Stunde festlegten. Nun wurde aber von Seiten der Unternehmer der vereinbarte Tarif nicht eingehalten, weshalb jetzt die Hiesigen sich veranlaßt sehen, den Minimallohn von 70 Pf. zur Durchföhrung zu bringen.

Wir appellieren an das Solidaritätsgefühl unserer Kollegen und bitten sie, den Zugzug nach Berlin fernzuhalten.

Achtung, Kleber (Tapezierer)! Für sämtliche Kleber Berlins und der Umgegend erfolgt der Stempel in der Streifenart heute, Sonnabend, den 23. d. M., im Bureau, Schützenstr. 18/19. Für Kleber gesperrt ist die Firma B. Schmidt, Schönebergerstr. 8. Die Lohnkommission.

Die Lohnbewegung der Tapezierer. Bis jetzt haben 136 Firmen mit annähernd 700 Arbeitern bewilligt. Die Verhandlungen mit den Firmen Trum u. Co. und Dittmar führten zu keinem befriedigenden Resultat. Bei ersterer Firma wurden zwar die Forderungen als gerechtfertigt anerkannt und die Anerkennung derselben zugesagt, doch sollen von den Ausständigen nur einige wieder eingestellt werden. Diese Firma bleibt also bis auf weiteres gesperrt.

Bei Dittmar, wo 85 Kollegen ausständig sind, hat der Chef die Verhandlungen mit der Kommission zwar eingeleitet, aber ein Mitglied der Kommission abgelehnt. Aus welchen Gründen dies geschah, blieb unerklärt. Ein Resultat ist nicht zu erwarten, da Herr Labemann den Forderungen nur in geringem Maße entgegenkam. Bei der Firma A. S. Ball sind die Differenzen beigelegt.

Die Lohnkommission der Bauarbeiter richtet an ihre Kollegen die Aufforderung, daß sie in Anbetracht der langen Aussperrung resp. Streiks der Holzarbeiter Berlin sich recht regen an den Sammlungen für dieselben beteiligen. Sie mögen aber darauf sehen, daß die Listen alle den Stempel der Gewerkschaftskommission tragen. Alle anderen Listen sind zurückzuweisen. Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Die Profite der sächsischen Kohlenbarone. Als im Februar Ausstände unter den sächsischen Bergarbeitern ausbrachen, infolge der drückenden Ablehnung ihrer bescheidenen Forderungen, da mühten sich die Kohlenbarone und ihre gesägigen Prestebanden im Schweiße des Angesichts ab, das Publikum glauben zu machen, daß die Erträge der Kohlenwerke keine günstigen seien, und die Unternehmer geradezu an den Rand des Abgrunds gebracht würden, wenn sie die Forderungen der Bergarbeiter bewilligten. Gegenwärtig werden nun die Geschäftsberichte sächsischer Kohlenwerke veröffentlicht, und in diesen Berichten lautet das Resultat ganz anders. In den Berichten wird zur innigsten Freude der Aktionäre und Wertbesitzer frohlockend konstatiert, daß das abgelaufene Geschäftsjahr in jeder Hinsicht ein sehr günstiges war. Und sie haben alle Ursache zu jubeln, denn es sind gewaltige Profite, die unbelos eingestrichelt werden können. Es liegen die Berichte von drei Gesellschaften vor, die folgende Abichtliche beinahe geben: Der Steinkohlenbauverein Hohndorf schließt mit einem Reingewinn von 307 402 M. ab, der Verdorfer Steinkohlenbauverein verteilt je nach der Vergrößerung eine Dividende von 13 bis 24 1/2 Proz. und gibt einen Reingewinn von 598 269 M. an, und der Steinkohlenbauverein Konordia zu Oelschitz konstatiert eine finanziell bessere Geschäftslage, die einen Reingewinn von 139 041 M. ergab.

Die Bergarbeiter des Ruhrreviers werden in mehreren Versammlungen Stellung zu ihren Forderungen nehmen. Am Sonntag fand die erste beratende Versammlung statt. Zunächst war es die Besprechung von Ministerial I und II, welche bereits über die vom alten Verband und die christlichen Gewerkschaften gestellten Forderungen hinausging, indem sie eine Lohnerböhung für die Tagelöhner und Erhöhung des Schichtlohns für unterirdische Arbeiter mit fordert. Man hat den Rechnungswahlungen vier Wochen Zeit gegeben, um sich die Sache zu überlegen.

Soziale Rechtspflege.

Wie gewisse Unternehmer sich vor den Pflichten drücken, die ihnen die soziale Gesetzgebung auferlegt, zeigt folgender Fall: Seinen Anteil am Accordverdienst beanspruchte der Püher B. durch eine Klage, die er gegen den Kolonnenführer Köppen beim Gewerbegericht angestrengt hatte. Der Kläger machte geltend, man habe ihn vor der Fertigstellung des Accordes aus der Kolonne verdrängt, um das Geld für die bessere Arbeit allein zu verdienen. Man habe ihn erst einige Tage aussetzen lassen und ihn dann noch nicht beschäftigt. Hierdurch sei er

zu der Klage veranlaßt worden. Der Kläger konnte nachweisen, daß der Beklagte 64 M. zurückbehalten hatte, die schon verdient worden waren, als B. noch in der Kolonne mitarbeitete. Auf die Fragen eines Weiskers ergab sich, daß die Firma Püher u. Co., die Bauunternehmerin, nicht die auf den Arbeitgeber entfallenden Beiträge zur Kranken- und Alters- und Invalidenversicherung für die Kolonnenmitglieder gezahlt hat. Der mit dem Kolonnenführer abgeschlossene Accordvertrag enthält sogar die Bestimmung, daß der Kolonnenführer verpflichtet sei, nur solche Mitarbeiter anzunehmen, die einer freien Hilfsklasse angehören. Widrigensfalls sollte er die Mehrkosten auf sich nehmen. Das Gericht sprach dem Kläger 50 M. zu. Der Beklagte verpflichtete sich dann freiwillig, das Geld binnen 24 Stunden an B. einzufenden.

Widerwärtige Umstände für den „nichtfachkundigen“ Arbeiter. Die Elektrotechniker Köhler und Steinide hatten dem Maler H. 13,85 M. Lohn einbehalten, weil er angeblich beim Abnehmen einer Gasrohrleitung das Rohr sowie die T-Stücke deselben unbrauchbar gemacht hatte. H. verklagte die Herren Köhler und Steinide beim Gewerbegericht und betonte, er hätte das Rohr nur entfernen können, indem er die T-Stücke zerstückte. Uebrigens handle es sich um eine längst außer Betrieb gesetzte Rohrleitung. Die Kammer III stellte sich auf den Standpunkt, daß die einbehaltenen Summe als Entschädigung für mehrere Meter Gasrohr im vorliegenden Falle besonders deshalb zu hoch sei, weil die fragliche Arbeit einem nicht fachkundigen Arbeiter übertragen worden wäre, der nicht voll verantwortlich gemacht werden könne. Der Vertreter der Beklagten zahlte dann im Vergleichswege an den Kläger 6,75 Mark.

Ein mangelhafter Vertragsabschluss. Die Püher A. und M. hatten den Maurermeister Andros beim Gewerbegericht verklagt und verlangten von ihm je 32 M. für die letzten 4 Tage, die sie an einem Bau in der Ulrechtstraße thätig gewesen waren. Es handelte sich um Accordarbeit, die der Püher Neumann übernommen hatte. Die Kläger hatten immer je 8 M. Vorschuß pro Tag erhalten. Herr Andros lehnte jede Verpflichtung ab, da er nur mit Neumann zu thun hätte, und ein Zeugnis beklundete, die geleisteten Vorküsse hätten die Höhe der Accordsumme erreicht. Festgestellt wurde ferner, daß Neumann den Maurermeister nicht verpflichtet hatte, die Tagesätze von 8 M. auch dann bis zuletzt zu zahlen, wenn der Accordpreis nicht ausreichen sollte. Den Klägern wurde mit Rücksicht hierauf geraten, sich an Neumann zu halten und ihn eventuell zu verklagen. Sie zogen es jedoch vor, die Klage mit den Worten zurückzunehmen, daß von Neumann doch nichts zu holen wäre.

Eine in doppelter Hinsicht wichtige Entscheidung fällt die Kammer III des Gewerbegerichts. Ein als Bauwächter beschäftigter Arbeiter war im August 1898 wegen angeblichen Diebstahls entlassen worden. Das Gericht hat den Arbeiter wegen mangelnden Rechtsbewußtseins freigesprochen. Nachgewiesen ist, daß er einige Stücke faules Holz von der Baustelle mit nach Hause genommen hatte. Der Arbeiter hatte Klage auf 14tägige Lohnentschädigung erhoben, welche bis zur Entscheidung des Strafverfahrens ausgesetzt wurde. Vor dem Gewerbegericht wurde folgendes festgestellt: Als der Kläger eingekerkert wurde, sagte man ihm: „Wenn die Arbeit alle ist, ist sie alle.“ Es handelte sich ursprünglich nur um den Ausbau einer Wohnung. Im Lauf dieser Arbeit stellte sich heraus, daß auch die übrigen Wohnungen des betreffenden Hauses wegen Trockenfäule umgebaut werden mußten. Als der Kläger entlassen wurde, war diese Arbeit noch nicht vollendet. Das Gericht verurteilte den Beklagten dem Antrage gemäß, indem es sich auf den Standpunkt stellte, daß bei der Fertigstellung der ursprünglich vorhandenen gewöhnlichen Arbeit die Entlassung ohne weiteres hätte erfolgen können. Da dieses aber nicht geschah, sei das Arbeitsverhältnis ein dauerndes geworden bzw. sei ein neues Arbeitsverhältnis eingegangen. Hierbei sei aber Mündigungsabschluss nicht vereinbart worden und so mußte dem Anspruch des Klägers auf 14 Tage Lohnentschädigung stattgegeben werden.

Zur Kennzeichnung gewisser Vertrauensärzte der Berufs-gesellschaften kann folgender Fall dienen: Der Kreisälteste der Sopp hatte sich im Bettende eine einen Centimeter breit auseinanderklaffende und neun Centimeter lange Schnittwunde an der rechten Innenhand zugezogen und erhielt dafür zuletzt von der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft 30 Proz. der Vollrente für Unfallverletzte. Der Genossenschaftsvorstand ließ S. am 14. Mai 1899 durch ihren Vertrauensarzt Dr. Vuffatis wieder untersuchen. Dieser Herr konstatierte, daß entzündungspflichtige Unfallfolgen nicht mehr beständen. Die Wunde sei gesund. Der Damm könne abgepreßt und in die Hand geschlagen werden und die Hand könne S. fast vollkommen schmerzlos. Der Verletzte erklärte allerdings noch, er könne wegen Schmerzen in der Hand nicht ausführen. Die von der Berufs-gesellschaft nach Schema P gestellte Frage: Liegt der Verdacht der Uebertreibung oder Simulation vor? beantwortete der Arzt mit Ja! Die Berufs-gesellschaft entzog nunmehr S. die Rente gänzlich und das Schiedsgericht als Berufungsinstanz billigte dies. Der Kläger legte dann Rekurs ein. Er ersuchte selbst zu der Verhandlung vor dem Reichs-Versicherungsausschuss und beklagte sich bitter über die Art, wie Dr. Vuffatis seine Feststellungen gemacht habe. Es sei nicht wahr, daß er den Damm richtig einschlagen könne. Das wäre nur möglich, wenn er mit der andern Hand nachhelfe. So habe denn auch Herr Dr. Vuffatis selber den Damm und die Finger in die Hand hineingeschlagen und sie nach außen herausgehoben. S. demonstrierte das dem Senat vor. Der Vertreter der Berufs-gesellschaft beantragte die Verwerfung des Rekurses. Das Reichs-Versicherungsausschuss unter dem Vorsitz des Geh. Regierungsrats Stolzmann beschloß jedoch, den Kläger erst noch einmal vom zuständigen Bezirkspophysikus untersuchen zu lassen.

Die Unfallversicherung und der Wert ärztlicher Gutachten. Der 65 Jahre alte Arbeiter Greth bezieht infolge eines Betriebsunfalls von der sächsisch-thüringischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft eine Unfallrente von 50 Proz. der Vollrente. Die Berufs-gesellschaft ließ sich nun vom Geheimen Medizinalrat Dr. Stelzner in Dresden schon vor längerer Zeit ein Gutachten über den Zustand des Verletzten erstatten, um zu sehen, ob sie nicht die Rente herabsetzen könne. Dr. Stelzner schätzte die Beschränkung der Erwerbsfähigkeit des alten Mannes auf nur 33 1/3 Proz. Die Berufs-gesellschaft wollte nunmehr die Rente entsprechend vermindern, sie ließ sich jedoch auf eine Eingabe Greths herbei, diesen von einem Dr. Wlatner untersuchen zu lassen. Dr. Wlatner konnte eine Besserung gegen früher nicht finden, und die Berufs-gesellschaft zahlte ihm denn auch die 50 Prozent vorerst weiter. Im Juni 1899 veranlaßte sie den Geheimen Medizinalrat Stelzner zu einem weiteren Gutachten und setzte darauf, seiner Schätzung gemäß, die Rente von 50 auf 20 Proz. herab. Greth legte Berufung ein. Das Schiedsgericht hörte darauf noch den Dr. Wlatner in Leipzig, und zwar ließ es Greth im Verhandlungstermin ärztlich untersuchen. Dr. Wlatner konstatierte zwar eine Besserung, aber keine wesentliche. Das Schiedsgericht hob deshalb den Herabsetzungsbescheid der Berufs-gesellschaft wieder auf und verurteilte die Beklagte, dem Kläger die 50 Proz. weiter zu gewähren. Die Berufs-gesellschaft legte Rekurs ein, indem sie sich auf das Gutachten des Dr. Stelzner berief; das Reichs-Versicherungsausschuss wies aber das Rechtsmittel als unbegründet zurück.

Sociales.

Arbeitslosigkeit in Budapest. Bei dem staatlichen Arbeitsvermittlungsdienst, das am 15. d. M. in Budapest eröffnet wurde, meldeten sich in den ersten drei Tagen 4617 Personen, die Arbeit wünschten. Das staatliche Vermittlungsbüro konnte für 63 davon Arbeit vermitteln. Gewiß eine grohmarne Leistung.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag von Max Spang in Berlin.

Der Krieg.

Im Boerenlager wurde große Aufregung verursacht durch das Gerücht, Olliviers Kommando habe in der Nachbarschaft von Vethulie einen Sieg über Gatacre errungen, den General samt seinem Stabe gefangen genommen und 12 Geschütze erbeutet. Das Gerücht von der Gefangenahme des Generals scheint sich indes nicht zu bestätigen.

Nördlich von Kimberley ist es zu Zusammenstößen mit den Boeren gekommen. Eine englische Batterie, die der Kavallerie beigegeben war, traf bei Warrenton bei einem Aufklärungsmarsch auf den Feind; es folgte ein ziemlich lebhafter Geschützkampf. Die vier Geschütze der Boeren richteten keinen Schaden an und wurden schließlich zum Schweigen gebracht. Am Donnerstag morgen begann das Geschützfeuer wieder; es war zunächst lebhaft, ließ aber dann nach.

Bei Warrenton überschreitet die von Kimberley nach Maseling führende Eisenbahn den Baasfluß. Die Boeren wollten wohl das Vordringen der Engländer über den Fluß verhindern.

Weiter bezeichnen wir noch die folgenden Meldungen aus dem Oranje-freistaat:

In den letzten Tagen zogen die Boeren mit einer sehr großen Menge von Wagen von Smithfield und Wepener in der Richtung auf Ladybrand. Es dürften dies die Streitkräfte sein, welche von Norvalspont, Vethulie und Stormberg zurückgingen und jetzt nordwärts ziehen.

Die Ablieferung der Waffen seitens der Aufständischen in Griqua-Land, westlich vom Oranje-freistaat, geht nur langsam vor sich. Man glaubt, sie werden dieselben. Der frühere Landdrost und seine Beamten sind unter Bedeckung nach Kapstadt gesandt worden.

In seiner Rede in Kronstadt erklärte Präsident Steijn, die Bürger des Freistaates hätten allen Anlaß, guten Muts zu sein angesichts der weiteren Fortführung des Krieges, besonders aber wegen der schweren Verluste auf Seiten der Engländer gegenüber denjenigen der Boerentruppe. Der ganze District hat nur einen Verlust von 800 Toten aufzuweisen.

Friedensmeeting in Brüssel.

Brüssel, 23. März. Sämtliche Komitees, welche sich zur Unterstützung der Boeren gebildet haben, organisierten für den Donnerstag ein großes Meeting, in welchem verschiedene hervorragende Redner sämtlicher politischer Parteien das Wort zu Gunsten des Friedens ergreifen werden. Das Meeting dürfte ungemein imposant werden, da Delegierte aller Provinzstädte daran teilnehmen werden.

Sturm auf gegen Millerand.

Paris, 23. März. Immer aufs neue verjüngen es die reaktionären Gegner des jetzigen französischen Ministeriums, daselbst noch vor Eröffnung der Ausstellung zu stürzen. In der Sitzung vom Freitag war der sozialistische Minister Millerand zur Zielscheibe der Angriffe angesetzt, ohne daß jedoch der Jwed, der Sturz des Ministeriums, erreicht wurde.

Der Antisemit Ferette hielt eine längere Rede, in welcher er versuchte, den Handelsminister Millerand zu kompromittieren wegen seines Verhältnisses zu den beiden französischen Handelskammern in Brüssel. Er stellte fest, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Delcassé und Millerand bestehen, weil der eine Roland besäufte und der andre Gerard unterstützte. Delcassé ergriff das Wort und erklärte, er habe der Handelskammer, welcher Roland präsidierte, die Unterstützung der französischen Regierung verweigert, weil diese nur eine solche den amtlichen Handelskammern gewähre. Millerand erklärte, eine Unterstützung der Regierung sei Roland unter der Bedingung versprochen worden, daß er seine Verleumdungskampagne gegen Gerard einstelle. Roland habe aber keine Unterstützung erhalten, weil er der Bedingung nicht nachgelassen sei. Die Interpellation sei also gegenstandslos. Die Mitglieder der französischen Kolonien befaßen im Auslande das Recht, mehrere Handelskammern zu gründen unter der Bedingung, daß sie den Vorschriften der Regierung nachkommen. Nach längerer Beratung, während welcher mehrere Abgeordnete den Vorsitzenden der 2. Brüsseler Handelskammer Roland gegen die Aufständigung Ferettes verteidigten, zog Ferette die Interpellation zurück.

Die Kammer begann alsdann die Beratung der Interpellation des Grafen Anlan über die mißbräuchliche Verleihung des Ordens der Ehrenlegion seitens Millerands an verschiedene Kaufleute und Industrielle, speciell an den Leiter der Schneiderfirma Poquin. Die Regierung erklärte, nur die einfache Tagesordnung annehmen zu können, welche dann auch mit 271 gegen 226 Stimmen zur Annahme gelangte. Eine weitere Interpellation über die Vorgänge auf Martinique wurde auf Montag vertagt.

In Erwiderung auf eine Interpellation betreffend die Deslorierung einiger Industriellen mit dem Kreuz der Ehrenlegion rechtfertigt der Handelsminister die von diesen Personen geleisteten Dienste und nimmt die einfache Tagesordnung an, welche darauf von der Kammer mit 271 gegen 226 Stimmen genehmigt wird.

Letzte Nachrichten und Deyeschen.

Amsterdam, 23. März. (V. G.) Das Kriegsschiff „Serbang“ hat in Quirita Marinetruppen gelandet. Die Eingeborenen Valcas erzählten, die Offiziere des Kriegsschiffs „General Vel“ seien gleich nach ihrer Gefangenahme ermordet worden. Ein Mörder wurde an Bord des „Serbang“ gebracht. — Wie der „Harlemer Kourier“ berichtet, seien die Offiziere von den Eingeborenen verzeht worden.

Petersburg, 23. März. (V. G.) Offizieller Mitteilung zufolge stehen Verhandlungen mit dem Kaiser betreffend die Ernennung eines katholischen Erzbischofs für Petersburg unmittelbar bevor.

Frankfurt a. M., 23. März. (V. G.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Kopenhagen: Die Verhandlungen zwischen Dänemark und den Vereinigten Staaten von Nordamerika wegen Verkaufes der westindischen Inseln Dänemarks an Amerika sind so weit vorgeschritten, daß eine diesbezügliche Vorlage demnächst unterbreitet werden kann.

Frankfurt a. M., 23. März. (V. G.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel: Der russische Vorkauf telegraphierte den Vorstand der Konvention, durch welche die Russen das ausschließliche Recht zum Bau von Eisenbahnen im nordöstlichen Klein-Asien erhalten, nach Petersburg und ersuchte um die Geltendmachung der Unterzeichnung der Konvention. Die Unterzeichnung soll gefehert erfolgt sein. — Der armenische Patriarch hat wieder einmal seine Demission eingegeben.

Reichstag.

175. Sitzung. Freitag, den 23. März, 1 Uhr. Am Bundesratssitz: Graf Pobjedonossk. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des

Gesetzes betreffend die Patentanwälte.

In der Generaldiskussion erhält das Wort

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.):

Bereits bei der ersten Lesung hat unser Vertreter, der Abg. Stadthagen erklärt, daß wir uns im großen und ganzen mit diesem Gesetzentwurf nicht einverstanden erklären können, nämlich mit der Schaffung gewissermaßen einer neuen privilegierten Klasse. Auch der Abg. Heine hat gestern eine ähnliche Erklärung abgegeben. Wir sind nun so entschieden gegen das Gesetz, als man es abgelehnt hat, eine Form zu schaffen, in der wenigstens die Selbstverwaltung des neu geschaffenen Berufs gewahrt werden würde, indem man die Schaffung einer Patentanwaltskammer ablehnt. Wenn ich persönlich einengenommen mit dem Gesetzentwurf ausgeführt bin, so liegt das zunächst daran, daß es gelungen ist, verschiedene Härten des Gesetzes zu mildern, namentlich insofern, als durch die neu geschaffenen Uebergangs-Bestimmungen für die betreffenden Interessenten gewisse Vorteile geschaffen sind; vor allem auch der Umstand, daß es uns gelungen ist, eine Bestimmung in das Gesetz hineinzubringen, wodurch der Begriff des unwürdigen Verhaltens näher bezeichnet ist. Es ist immerhin ersichtlich, daß eine solche Aus-lex Krone in diesem Gesetz gekommen ist. Wie gesagt, diese Umstände machen mir den Gedanken leichter erträglich, daß hier wieder eine neue privilegierte Klasse geschaffen wird. Bedauerlich ist nur, daß im § 18 nicht eine Bestimmung aufgenommen ist, wonach auch die Vorsteher von Patentbüros industrieller Firmen zur Vertretung zugelassen werden. Es ist allerdings von Seiten der Regierungsvertreter versichert worden, daß diese Vorsteher von Patentbüros industrieller Firmen auch fürderhin zugelassen werden sollen. Besser wäre es aber, wenn eine solche Bestimmung im Gesetz stände. Mit der Versicherung der Regierung müssen wir uns nun wohl begnügen. Schließlich möchte ich noch auf eine Anregung zurückkommen, die der Abg. Stadthagen bereits in der ersten Lesung gemacht hat, daß nämlich bei Patentämtern eine Stelle geschaffen werden solle, wo Anstufte an Arbeiter, die Erfindungen gemacht haben, erteilt werden. Bisher wurden die Arbeiter von den Personen, an die sie sich wenden mußten, stark ausgebeutet. Die Schaffung einer solchen Stelle wäre durchaus nicht schwierig. Man könnte ja eine mäßige Gebühr erheben. Allerdings könnte dieser Wunsch in dem vorliegenden Gesetz nicht zum Ausdruck gebracht werden. Ich hoffe aber, daß bei anderer Gelegenheit diese Bestimmung Gesetz werden wird. In dem Zustandekommen einer solchen Vorlage, die den Arbeitern wirkliche Vorteile brächte, würden wir gern mitarbeiten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kirck (L.):

Daß die Sozialdemokraten nicht gegen das Gesetz stimmen werden, habe ich schon daraus ersehen, daß der Herr Vorredner seinen Antrag gestellt hat dahingehend: Dies Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1900 in Kraft. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Meine politischen Freunde werden für das Gesetz stimmen. Der Zusatz zu § 2 mit der näheren Erläuterung des Begriffs „unwürdiges Verhalten“ gefällt mir zwar durchaus nicht, ich werde aber deswegen nicht gegen das Gesetz stimmen, hoffe aber, daß bei weiteren ähnlichen Gesetzen nicht wieder solche überflüssige Bestimmungen aufgenommen werden.

Abg. Müller-Tuisburg (nall.) erklärt, daß seine politischen Freunde für das Gesetz stimmen würden.

Abg. Hoffmeister (fr. Bg.):

Die Kommissionsfassung enthält wesentliche Verbesserungen gegenüber der Regierungsvorlage. Ihr Hauptmangel ist die Bestimmung des § 3 über die Vorbildung der Patentanwälte. Es wird verlangt die Abolvierung einer Staatsprüfung und der Nachweis eines mindestens dreijährigen praktischen Tätigkeits. Unter diesen Umständen werden die jungen Leute kaum vor 28-29 Jahren Patentanwalt werden können. Es wäre besser gewesen, mehr Wert auf die praktisch-technische als auf die theoretische Ausbildung zu legen. Doch werden meine Freunde für das Gesetz stimmen.

Abg. Dertel (L.):

Auch meine Freunde nehmen das Gesetz an, obwohl wir gegen einzelne Bestimmungen Bedenken haben. Was das Gesetz im ganzen betrifft, entspricht den Bedürfnissen der Patentanwälte und denen des Publikums. Die Erläuterung des Begriffs „unwürdiges Verhalten“ halten wir zwar für überflüssig, das ist aber für uns kein Grund, gegen das Gesetz zu stimmen. Sollte die Annahme der Vorlage durch die Regierung an diesem Punkte scheitern, so würden wir die Verantwortung denen zuschieben, die den Zusatz in das Gesetz gebracht haben.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Ant.):

Meine Freunde werden für das Gesetz stimmen. Herr Heine hat gestern auf einige meiner Bemerkungen hingewiesen, die im „Vorwärts“ veröffentlicht sind. Es sind aber nur Entwürfe, die aus dem Zusammenhang gerissen sind. Sie stammen aus einem „Wabel“ des letzten Cirkus und schildern die Sittenverhältnisse in Berlin zur Gründerzeit. Schon in der Wahl dieser Heberdrift liegt, daß man diese Zustände nicht billigt. Der Cirkus fällt mit den Worten: „Wo sie alle der Teufel holen!“ Mit diesem fremdlichen Wunsch schließe auch ich. (Große Heiterkeit.)

Damit schließt die Generaldiskussion. In der Specialdiskussion wird das Gesetz ohne weitere Debatte angenommen. Ebenso in der Gesamtstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Darauf wird der Gesetzentwurf betreffend die Bestrafung der Entziehung elektrischer Arbeit in dritter Lesung debattelos angenommen.

Es folgen Petitionen. Zunächst wird die seiner Zeit abgebrochene Diskussion über die Petition betr.

Wiedereinführung der Prügelstrafe

fortgesetzt. Die Kommission hatte Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Der Abg. Dertel (Soz.) dagegen beantragte, die Petition dem Reichstanzler als Material zur Änderung der Gesetzgebung zu überweisen.

Abg. Beck-Stoburg (fr. Bg.)

polemisiert gegen den Abg. Dr. Dertel. Die Mehrzahl der Theoretiker und Praktiker sind gegen die Prügelstrafe. Herr Dertel hält als früherer Lehrer dem Spruch: Ein tüchtiger Vater wirkt oft als Missethater. Etwas anderes ist es aber, ob man hier und da händeln möchte, oder ob man Prügel als allgemeine Strafe in ein Gesetzband schreibt. Herr Dertel will die Roheit verbreiten mit Prügelstrafen. Das heißt aber eine Roheit mit einer andern Roheit bekämpfen. Etwas anderes wie eine Roheit ist die Prügelstrafe nicht. Das deutsche Kolonialamt scheint diese Auffassung zu teilen, sie ist dabei, die Prügelstrafe in Afrika abzuschaffen. Was aber in Afrika abgeschafft wird, wollen wir nicht in Deutschland einführen. In England besteht ja noch die Prügelstrafe, wenn sie auch wenig angewendet wird. Aber hat sie dort zur Hebung der Sittlichkeit beigetragen? Mit nichten. Denken Sie doch an die Verbrechen von Jack, dem Bauchschlänger, an die Brutalitäten der Glasgower Studenten gegen den deutschen Professor Tille. Wenn die Prügelstrafe zur Ausführung kommt, wird sie ein Stück Klassenjustiz

bilden. Die Söhne des niederen Volks wird man mit Prügelstrafen, einen Generalssohn, einen Präsidentensohn wird man damit nicht belegen. (Sehr richtig! links.)

Die Prügelstrafe erodiert das Ehrgefühl. Früher sagten die Prügelmeister über ihre Delinquenten: Na, in sechs Wochen haben wir ihn wieder. Herr Dertel sagt, die praktischen Richter sind für die Prügelstrafe. Solch ein Satz ist leicht ausgesprochen. Man sagt, der und der hat eine Portion Prügel verdient. Etwas anderes ist es, diese Meinung zur Ausführung zu bringen. Soll denn die Prügelstrafe auch beim Militär wieder eingeführt werden? Man wird sich in den beteiligten Kreisen schónstens dafür bekant. Die Freiheitsstrafe ist schwer genug, sie bedeutet für die meisten Menschen ein geistiges und körperliches Martyrium. Als angehender Praktikant in den fünfziger Jahren mußte ich zweimal einer Prügelstrafe teilzuhaben. Etwas Ekstatisches, Abscheuliches habe ich nicht erlebt. Die Prügelstrafe ist eine Schande für die Zivilisation. Im Namen der Menschwürde bitte ich Sie, den Vorschlag der Kommission anzunehmen.

Abg. Simburg (L.):

Die Gegner der Prügelstrafe fassen die Sache zu theoretisch auf, sie nehmen die Menschen, wie sie sie sich denken, und nicht so wie sie sind. Nur wenn sie selbst Roheitsvergehen am eigenen Leibe erfahren, werden sie zu Anhängern der Prügelstrafe. Das Centrum steht, wie ich glaube, treu der menschlichen Rede der Herrn Gröber auf ihrem Standpunkt. Die Rede des Herrn Gröber klingt gar nicht sehr von Herzen kommend. (Oho! im Centrum.) Er mußte öderentlich nach Gründen suchen. Er sprach durchaus nicht mit der Kraft der Ueberzeugung wie bei der lex Heinze. (Heiterkeit.) Herr Müller meinte, es würde ihm schmerzlich sein, wenn Herr Dertel der erste wäre, der ein Opfer der Prügelstrafe würde. Nun ich glaube, daß wenn es überhaupt auf den parteipolitischen Standpunkt ankäme, zuerst die Feinde der Prügelstrafe in die Lage kommen würden. Die Stellung der Sozialdemokratie ist sehr schwankend gewesen. Der Abg. Liebermann hat sich seiner Zeit bedingt für die Prügelstrafe ausgesprochen und auch der Abg. Rebel sagte am 15. Dez. 1892 in Bezug auf junge Herren, die den Fabrikmädchen auslauerten, da wäre die mehrfach gewünschte Prügelstrafe sehr angebracht. Das ist noch bedingt, nachher hat er aber gesagt: doch wäre sie gerade hier im öffentlichen Interesse notwendig. Das ist nicht mehr bedingt. Die Stellung der Sozialdemokraten kann man kurz zusammenfassen in die Worte: Die Sozialdemokraten dürfen nicht gehauen werden. (Große Heiterkeit.) Ich behaupte, daß heutzutage die Mehrheit des Volks für die Prügelstrafe ist. (Lebhafte Widerspruch bei den Soz.) Natürlich muß man auch die verschämten Anhänger der Prügelstrafe dazu rechnen, von denen es eine große Zahl hier im Hause gibt. (Lachen links.) Das ist auch ganz natürlich bei der großen Zunahme der Roheitsvergehen, namentlich von launen erwachsenen Burken. Man sagt, die Prügelstrafe soll verrohend wirken auf den, der sie vollzieht. Bei der hochentwickelten Technik wird es nicht schwer sein, eine Prügelmaschine zu konstruieren. Die einzige Schwierigkeit liegt in der Exekution, darin, daß jeder die Portion des Schmerzes bekommt, die ihm vom Richter zugesandt ist. Ich schließe mit der Hoffnung, daß die Prügelstrafe bald kommt. Als ersten Schritt dazu bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Rebel (Soz.):

Ich weiß nicht, wie der Herr Vorredner dazu kommt, die Stellung der Sozialdemokraten gegenüber der Prügelstrafe als eine schwankende hinzustellen. Die Citate, die er von Liebermann und mir vorgebracht hat, belegen alles andre, als eine Zustimmung zur Prügelstrafe. Wenn wir uns gelegentlich so konditionell geäußert haben, so sollte das nur heißen, daß, wenn man von jener Seite die Einführung der Prügelstrafe verlangt, sie dann in erster Linie gegenüber den Vergehen gebraucht werden solle, die Herr Simburg angeführt hat, also in einem Sinne, den die Verteidiger der Prügelstrafe nicht beabsichtigen. Im übrigen ist meine Stellung ganz klar gegenüber der Prügelstrafe.

Es ist eine alte Erfahrung, daß wenn es sich darum handelt, Auswüchse in unserem öffentlichen sozialen Leben zu beseitigen, gerade die Herren da drüben immer für die schärfsten Gewaltmaßnahmen sind. Wenn heute noch in weiten Kreisen Deutschlands die Prügelstrafe sogar gegenüber erwachsenen Arbeitern angewendet wird, so sind es immer dieselben Kreise, aus denen jetzt die Petition für Wiedereinführung der Prügelstrafe kommt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Besonders wird die Wiedereinführung gewünscht im Osten, wo die Behandlung der Arbeiter noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, was ja auch zum guten Teil zu jener Landflucht beiträgt, über die Sie sich fortgesetzt beklagen. Die Leute wollen sich eben nicht die brutale Behandlung gefallen lassen, die ihre Begründung in der wunderbaren Diensthüter-Ordnung findet, die Sie da drüben so eifrig verteidigen. Sie waren die lautesten Schreier auch im Kulturkampf, Sie sind die lautesten Särcier in der Sozialistenverfolgung, Sie sind auch jetzt bei der Prügelstrafe die Muter im Streit. Nach Ihrer ganzen Stellung bisher wundert sich selbstverständlich kein Mensch darüber, Sie thun immer so, als ob die Prügelstrafe ganz und gar aus dem Strafvolkzug verschwinden wäre. Sie ist aber heute noch die Disciplinarkraft in den preussischen Gefängnissen und Anstalten. Wie stellen sich aber die Personen, die dazu berufen sind, die Prügelstrafe anzuwenden, zu dieser Frage? Herr Dertel hat selbst darauf hingewiesen, daß die große Mehrzahl der Strafvolkzugstheoretiker Gegner der Prügelstrafe sind, ebenso sind es aber auch die Praktiker. Ich verweise auf das Zeugnis von drei Persönlichkeiten, die zum Teil heute noch an der Spitze großer Strafanstalten stehen.

Der Direktor der Weisgauer großen Männer-Strafanstalt nennt die Prügelstrafe ein „barbarisches Mittel“, er sagt, „es kann Zucht und Sitten erwecken, aber in gleichem Maße wächst der Missethater“. Ich verweise weiter auf Geheimrat Birth, der schon seit Jahren an der Spitze des Plogemeer Gefängnisses steht. Er sagt: „Die Prügelstrafe ist in anderen deutschen Ländern abgeschafft, ohne daß die Disciplin dadurch geschädigt ist“, und weiter: „Wer jemals einer solchen Prügelstrafe beigewohnt hat, der wird niemals das Verlangen tragen, einer zweiten teilzuhaben.“ Behnlich äußert sich der Geheimrat Ober-Regierungsrat Krohne, der jahrelang an der Spitze des Justizhauses in Moabit stand. Er verweist darauf, wie ein Delinquent, der die Prügelstrafe ruhig über sich ergehen läßt, vor seinen Genossen als ein Held dasteht. „Der letzte Punkt von Ehrgefühl ist hinausgeräumt, der letzte Rest der Würde ist zerstört.“ Diejenigen Beamten, die öfter zu solchen Exekutionen kommandiert werden, sinken in der Achtung ihrer Kameraden und verrohen vollkommen.“ So äußert sich Krohne. — Die Herren von der Rechten stellen die Zustände in den Gefängnissen immer als so rosig dar, daß der Aufenthalt dort mehr eine Erholung als eine Strafe für die Verbrecher sei. Ich würde den Herren, die solche Behauptungen aufstellen, daß sie erst selbst einmal die Härten des Strafvolkzuges aus eigener Erfahrung kennen lernen. Ich meine auch, es sollte eigentlich niemand als Richter funktionieren dürfen, bevor er nicht zuvor einige Monate auf Probe in Gefängnis gefessen hat (Heiterkeit rechts.) Dann würden die Richter in vielen Fällen nicht so hart urteilen, wie es jetzt häufig geschieht. Ich habe selbst Erfahrungen genug auf diesem Gebiete gemacht. Herr Dertel hat z. B. auf die vorzügliche Kost in den Gefängnissen hingewiesen. Seitens der Gefängnisärzte wird aber der Gefängnisloft nur dasjenige Maß von Nahrungsmitteln zugeführt, das absolut notwendig ist, um den Gefangenen gesund zu erhalten, so daß er ein kräftiger Mann, der besonders nahrhafte Kost braucht, wie z. B. Herr Dertel, ganz entbehren an seiner Körperkonstitution Schaden nehmen muß. Ich selbst habe nicht ganz zwei Monate in Gefängnis zu Plogemeer zugebracht. Ich hatte das sog. Vorrecht, daß ich als körperlich schwacher Mensch die sog. Krankenloft an den Tagen bekam, wo das Essen der Gefangenen kein

Fleisch enthielt. Diese Fleischportion war übrigens so minimal, daß man sie mit der Luppe suchen mußte. (Hört! hört!) Nach Ablauf der zwei Monate hatte ich so bedeutend an Körpergewicht abgenommen, daß ich erschrak, als ich es beim Herauskommen feststellte. Es giebt eine ganze Anzahl von Gefangenen, die nach einer längeren Gefängnisstrafe mit dem Keim des Todes in sich herankommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe verschiedene solche Fälle erlebt bei Parteigenossen. Ein Parteigenosse, der wegen eines kleinen Vergehens unter dem Sozialistengesetz zu 1 1/2 Jahren verurteilt wurde und als ganz gesunder Mensch in das Gefängnis ging, kam als total ruinierter Mensch heraus und starb an chronischem Magenkatarrh. Ein anderer, der als gesunder blühender Mann wegen Majestätsbeleidigung auf längere Zeit ins Gefängnis mußte, kam im höchsten Grade schwindsüchtig heraus. Es ist eine feststehende Thatsache, daß durchschnittlich sechs Jahre Zuchthaus genügen, um einen Mann gesundheitslich zu Grunde zu richten.

Angefaßt solcher Thatsachen kann man wohl nicht über ein Wohlleben im Gefängnis reden. Daß dort eine gewisse Ordnung und Reinlichkeit herrscht, ist wahr, aber das ist auch ganz notwendig. Trotzdem ist die Zahl der Kranken und Toten in den Gefängnissen eine besonders große, und ebenso wird ein großer Prozentsatz der Gefangenen nach einiger Zeit geisteskrank. Das hängt ja auch schon damit zusammen, daß ein Teil der Gefangenen geistesdefekt war, als er in das Gefängnis kam. Aber auch viele, die geistig gesund waren, gehen infolge der Behandlung und des ganzen Betriebs, in dem sie sich bewegen müssen, allmählich geistig und körperlich zu Grunde. In den großen Gefängnissen herrscht ja, wie gesagt, eine gewisse Ordnung, aber in den kleinen liegen die Dinge ganz anders. In diesen kleinen Gefängnissen, den Amtsgerichts-Gefängnissen usw. liegt überhaupt ein großer Mangel. In diesen kleinen Gefängnissen herrscht vor allen Dingen nicht die strenge Ordnung und die Reinlichkeit, wie in den großen, es steht nicht genügend Personal zur Verfügung, das vorhandene wird schlecht bezahlt, und kommen Leute in das Gefängnis, die über viel Geld verfügen, so können sie alles bekommen. Ein großer Mangel besteht auch darin, daß die jungen Gefangenen mit den alten zusammen eingesperrt werden, dadurch wird die große Zahl der Rückfälle jugendlicher Personen verursacht, weil die jungen Leute gerade durch das längere Zusammensein mit den älteren Verbrechern erst von Grund aus verdorben werden. Um diese Uebelstände zu vermeiden, wäre eine durchgreifende Gefängnisreform, ein völliges Umbauen der Gefängnisse nötig. Zu einer solchen Reform würden jedoch ca. 80 Millionen Mark gebraucht, und das Geld ist nicht vorhanden, denn es wird statt hier, wo es so dringend notwendig ist, zu Militär, Marine, und ähnlichen Zwecken verbraucht. (Sehr wahr! v. d. Soz.) Wie es in solchen Gefängnissen aussieht, das habe ich erlebt, als ich mit Liebnecht und Hepper im Winter 1871 in Leipzig in Untersuchungsloft sah. Ich möchte jene Zeit nicht noch einmal durchmachen. Der Winter war besonders ein besonders harter; es wurde aber nur einmal, morgens früh um 5 Uhr gearbeitet, und wenn dann zur notwendigen Lüftung das Fenster geöffnet wurde, so war die Wärme auch zugleich verschwunden. Trotzdem ich mich den ganzen Tag in eine Decke wickelte, konnte ich es nicht verhindern, daß ich mit einem schweren Darmkatarrh zugog, und ähnlich ging es vielen Tausenden von Gefangenen in jenem Gefängnis. Heute bringt der „Vorwärts“ eine Kitz aus Dortmund, die genau dieselben Verhältnisse schildert. Ein Parteigenosse, der vom 22. Februar bis 15. März im Gefängnis gefessen hat, berichtet, daß während dieser ganzen Zeit nur fünfmal geheizt wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vom 1. März ab wurde überhaupt kein Licht mehr gemacht, so daß die Gefangenen von 6 Uhr abends bis morgens früh im Dunkeln zubringen mußten. Jahnspulver und Klosettspapier wurden mir als besondere Vergünstigung gewährt.

Wie es mit der Reinlichkeit in solchen Gefängnissen aussieht, geht daraus hervor, daß ich seiner Zeit in Leipzig an einem Tage 51 Nüsse gefangen habe. (Heiterkeit.) Abends wurden dann die Bettstühle hinausgebracht und mit denen der übrigen Gefangenen, die oft nicht so empfindlich gewesen waren, auf einen Haufen geworfen. Natürlich waren dann die Säcke, wenn sie wieder hereinbrachten, wieder voll von jenen braunen Tierchen. So sieht es in dem größten Teil der kleinen Gefängnisse aus und ich möchte dem Herrn Abg. Dertel wirklich einmal das Vergnügen gönnen, ein paar Monate in einem solchen Gefängnis zubringen zu dürfen. (Heiterkeit.)

Wie die Richter da drüben wünschen stets ein möglichst rückwärts- und gewaltthätiges Vorgehen. Man ist aber in der That immer mehr von den gramamen und harten Strafen abgekommen, ohne daß infolge dessen die Menschheit verderbter geworden wäre. In jedem Zeitalter hat es ja Leute gegeben, die über die zunehmende Sittlosigkeit gekümmert haben, aber trotzdem ist die Menschheit in ihrer ganzen Entwicklung höher emporgestiegen und dementsprechend auch dazu übergegangen, menschlichere Strafen für diejenigen anzusehen, die sich an der Gesellschaft oder einzelnen Individuen vergangen haben. Von den barbarischen Strafen des Mittelalters, dem Häuten, Vierteilen, Pfählen usw. sind wir jetzt ganz abgekommen und niemand wird behaupten, daß die Menschheit dadurch geschädigt wäre. Nach 1807 wurde als eine der ersten Reformmaßnahmen die Prügelstrafe in der Armee abgeschafft und nun soll sie in die Strafrechtspflege wieder eingeführt werden? Wie wunderbar gehen die Herren vor. Für Reichsangehörige wollen Sie die Prügelstrafe wieder einführen, während wir neulich aus dem Munde des Direktors der Kolonialabteilung gehört haben, in den Kolonien solle die Prügelstrafe demnächst wieder abgeschafft werden. Es ist ja wahr, daß sich in gewissen Epochen der Gesellschaft, oben wie unten, in den letzten Jahrzehnten eine gewisse Zunahme der Roheit bemerkbar gemacht hat. Aber hat; derartige Strafen in Vorschlag zu bringen, sollten Sie einmal über die Ursachen nachdenken, aus denen diese charakteristischen Eigentümlichkeiten hervorgegangen sind, und sollten Ihre Mähe aufwenden, um die Ursachen der Roheit zu verstopfen. Es ist gar kein Zweifel, daß die ganze gesellschaftliche Entwicklung, der täglich zunehmende Kampf ums Dasein, die Wirkung auf die Moral ausüben muß. Bei dem gegenwärtigen wirtschaftlichen System, infolge der mehr und mehr eintretenden Auflösung der Familie, bei der Zunahme der Frauenarbeit, bei der Notwendigkeit, daß die jungen Leute, sobald sie die Schule verlassen, hinausgehen und Stellung nehmen müssen, ist es klar, daß Unfälle, moralischer Art vorkommen und auf die Statistik der Verbrechen einwirken müssen. Ich erinnere auch noch an die traurigen Wohnungsverhältnisse in den Städten wie auf dem Lande, wo die Geschlechter ohne Unterschied des Alters zusammengepfercht leben, wo alles Schamgefühl zu Grunde geht. Das sind alles Ursachen, die dazu beitragen, und denen durch sociale Reformen und ein erweitertes Erziehungs-system entgegenzuarbeiten Ihre erste Aufgabe sein müßte.

Man hat für diese Zustände quasi auch die Sozialdemokraten mit verantwortlich gemacht. Man hat ja überhaupt uns Sozialdemokraten mit den Nordbreitern auf gleiche Stufe gestellt. Es ist gesagt worden, daß wir durch unser Auftreten und unsere Agitation auch an der Verwahrlosung breiter Schichten die Schuld tragen. Dem widerspricht die Statistik. Nach einer von mir aufgestellten Statistik bezüglich der Vergehen gegen die Paragraphen des Strafgesetzbuches, welche von Verwahrlosung und Gewaltanwendung gegen Beamte und von gefährlicher Körperverletzung handeln, fallen im Jahre 1897 auf 10 000 strafmündige Civilpersonen in Preußen durchschnittlich 267 Verstrafe. Nach der von jener Seite vertretenen Theorie müßten nun in den Bezirken und Orten, wo die Socialdemokratie besonders verbreitet ist, die bezüglichen Strafdelitte besonders zugenommen haben. In Preußen sind nun drei verschiedene Bezirke, die weit unter dem Durchschnitt stehen: Schleswig-Holstein, Hannover und Berlin, wo 186 Verurteilungen vorkommen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es folgt

Schlesien mit 323, Ostpreußen mit 332, Posen mit 362, Westpreußen mit 415 Verurteilungen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die höchste Zahl also da, wo die Socialdemokratie am aller-schwächsten vertreten ist. Im Königreich Sachsen, wo sich bei den letzten Wahlen die Majorität der stimmfähigen Bevölkerung für die Socialdemokratie entschieden hat, wurden von 10 000 straf-mündigen Personen wegen der vorhin erwähnten Verbrechen nur 147 Personen verurteilt. Den allergeringsten Stand der Kriminalstatistik hat also in Deutschland jenes rein social-demokratische Land. Auf das Königreich Bayern kamen sogar 457 Verurteilungen. Bayern hat also sogar noch Westpreußen über-trumpft. Ich meine, diese Statistik spricht Bände.

Andererseits ist es ganz falsch, wenn Sie die Dinge immer so darzustellen belieben — das war ja der rote Faden, der sich durch die Ausführungen des Herrn Homburg zog —, als wenn bei diesen Robeivergehen nur die untersten Klassen in Ver-tracht kämen. Das ist durchaus nicht der Fall. Wenn einmal die Prügelstrafe angewendet werden soll, so möchte sie natürlich auch die in den höheren Klassen, die sich solche Vergehen zu Schulden kommen lassen, treffen, ja diese erst recht. (Sehr richtig! links.) — Das namentlich in den Provinzen, die an und für sich schon durch die große Zahl von Verurteilungen hervorragten, solche Fälle gar nicht selten vorkommen, dafür will ich einige Beispiele anführen. Ich habe hier einen Fall, wo der Rittergutsbesitzer und Referententant Slessens in St. Polman seinen 80-jährigen Knecht mit einem zwei Zoll dicken Stock über den Kopf schlug, daß der Kreis zusammenbrach. Der Mann bekam für diese Robeheit 500 Mark Geldstrafe. (Hört, hört! bei den Social-demokraten.) Hätte das ein Arbeiter gekostet, ich wette darauf, er hätte ein paar Jahre Gefängnis bekommen. Eine Gutbesitzerin in der Spornauer Gegend ließ ihre 61-jährige Magd mit Stöcken prügeln und mit Steinen werfen. Die Folge war, daß die arme Alte am nächsten Tage starb. Für diese Robeheit wurde die Frau nur mit 3 Monaten Gefängnis bestraft. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Verächtlichen Sie nun noch die Mißhandlungen, die Unteroffiziere und selbst Offiziere gegen Untergebene sich haben zu Schulden kommen lassen, so werden Sie mir zugeben müssen, daß auch gegen andre Klassen mit der Prügel-strafe gedroht werden möchte, nicht nur gegen die unteren Klassen. Natürlich würde diese Strafmittel in erster Linie nur für die unteren Klassen gegeben sich herausstellen.

Der Herr Abg. Homburg hat dann noch auf die Vorgänge in der Siegesallee hingewiesen. Darüber ist ja merkwürdigerweise der Schleier des Geheimnisses gebreitet, obgleich ganz Berlin weiß, wo die Sünder zu suchen sind, nur die Staatsanwaltschaft weiß es offenbar nicht. Hätten die streifenden Arbeiter, wie ursprünglich angenommen wurde, die verurteilte That begangen, sie wären sofort ausgewiesen worden. Es sind aber andre Leute, Leute, die den herrschenden Klassen sehr nahe stehen. Da hat man auf einmal den Eifer verloren.

Ich will noch kurz auf die Studirenden hinweisen. Wenn sich das Arbeiter zu Schulden kommen lassen, was in fast allen Uni-versitätsstädten Monat für Monat an Verurteilungen und Gemeinheiten von den Söhnen der besitzenden Klassen, die sich dort als Studenten aufhalten, begangen wird, wie würde man da in der Presse nach einem Ausnahmefalle schreiben. In Göttingen hat am 1. Juni v. J. der Rektor der Universität am Schwarzen Brett besonders darauf hingewiesen, daß wegen der Ueberhandnahme der nächtlichen Stö-rungen neben den Polizeistrafen die akademische Behörde in jedem Fall noch Disziplinarstrafen verhängen werde. In Marburg wurde vor kurzem einem Hausbesitzer die ganze Häuserfront in etwa Mannshöhe mit menschlichen Excrementen beschmutzt und Thürhändler u. s. w. besonders mit diesem Schmutz bedacht. Kann man etwas Höheres, Gemeineres begehen, als hier von den Söhnen der Gebildeten, von der Elite der Nation begangen ist? Nachdem Sie gesehen haben, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, wird es Ihnen gegebenenfalls auch etwas angst werden, die Prügelstrafe ernsthaft und unparteiisch anzuwenden zu lassen. Sie wird aber nicht unparteiisch gehandhabt werden. Deshalb sind wir gegen die Prügelstrafe, aber auch schon aus allgemeinen menschlichen und Humanitätsrücksichten. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Hertel (L.):

Der Wunsch des Abg. Müller, ich möchte vor der Prügelstrafe bewahrt bleiben, ist ja freundlich, aber er zeugt doch von einem sehr geringen geistigen Bestand. (Lärm links.) Herr Bebel hat mir Gefängnisstrafe aus eigener Erfahrung gekannt. So lange die heutige Gesellschaftsordnung besteht, hoffe ich zu Gott. (Große Heiterkeit links.) Wenn Sie über den Ausdruck „Gott“ lachen, so ist das für mich ein Grund tieferer Erregung. (Erneutes Lachen links.) Es zeugt von großen stillen Tiefstand, daß im deutschen Reichstag über das Wort „Gott“ geredet werden kann. (Heiterkeit.) Also in der heutigen Gesellschaft hoffe ich das Gefängnis nicht kennen zu lernen, wenn ich aber den „Madderdaisch“, den Zukunftsstaat noch erleben sollte, dann ist es möglich, daß ich damit Bekanntschaft machen könnte. Dann wird es ja aber in den Gefängnissen sehr gemüthlich sein. (Heiterkeit.) Herr Bebel hat sich hier über die Kost in den Gefäng-nissen des weiteren ausgelassen. Ich habe nicht persönliche Erfahrungen in diesen Dingen, Herr Bebel weiß da besser Bescheid und ich bejehde mich. Einen Irrtum habe ich noch zu berichtigen. Ich sagte, in Sachsen werden noch Prügel ausgeteilt in Wiederholungs- und Mißfällen. Diese wohlthätige Einrichtung ist aber seit einiger Zeit beseitigt. Was die Ansicht des Herrn v. Buchla anlangt, in den Kolonien sei die Prügelstrafe nicht mehr nötig, so steht Herr v. Buchla in Widerspruch mit den meisten, die die kolonialen Verhältnisse kennen. (Hört! hört! links.) Es fällt mir auch nicht ein, die Prügelstrafe nur für das niedere Volk zu verlangen. Es sollen auch Arbeitgeber geprüft werden, die ihre Arbeiterinnen auf einen unethischen Nebenwerb hinweisen. Ich verbitte mir also, irgend welchen Zweifel an der Anfrichtigkeit dieser meiner Ueberzeugung zu hegen. (Lachen links.) Herr Bebel sprach von der Schandung der Denkmäler in der Sieges-Allee in einer Art, als ob er die Thäter genau kenne. Ich kenne sie nicht. Sind es aber Angehörige der höheren Geesellschaftsklassen, so würde ich für sie ebenfalls Prügel für die geeignete Strafe halten. Was nun die Studentenstreiche anlangt, so sind sie sehr verschieden. Herr Bebel hat ja nicht studiert, aber er möge seinen Parteifreund Dr. Schoenlant fragen, der wird ihm sagen, daß es sehr harmlose Studentenstreiche giebt. Herr Schoen-lant hat sicher — sein Gesicht spricht ja dafür — sehr viele harmlose Studentenstreiche verübt und ist doch noch ein ganz tüchtiger Genosse geworden. (Große Heiterkeit.)

Ueberrast hat mich, daß sich Herr Gröber gegen die Prügel-strafe erklärt hat. Seine Parteifreunde in der Kommission standen auf meinem Standpunkt. Ebenso hat es mich gerührt, daß Herr Baffermann im Namen seiner ganzen Partei gesprochen hat. Kurz vorher hatte mir ein nationalliberaler Abgeordneter gesagt, daß er meine Ansicht teile. (Heiterkeit.) Redner führt eine Anzahl Robe-itsverbrechen an, um die Notwendigkeit der Prügelstrafe zu begründen. Er schließt, die Prügelstrafe ist mit einer fortgeschrittenen wahren Humanität sehr wohl vereinbar. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Buchholz (fr. Sp.):

Erklärt sich gegen den Antrag Hertel. Es sei erfreulich, daß nur eine kleine Minderheit für die Prügelstrafe im Hause vorhanden ist.

Abg. Gröber (C.):

Herr Abg. Homburg meinte, ich hätte hier nicht mit demselben Feuer gesprochen, wie bei der lex Heinze. Ich muß aber ganz entschieden bestreiten, daß es mir mit meinen Ausführungen nicht bitter ernst gewesen ist. Auch die Behauptung des Abgeordneten Hertel, daß meine Parteifreunde in der Petitionskommission Freunde der Prügelstrafe seien, ist nicht richtig; sie werden hier für die Tagesordnung stimmen. Die hervorragendsten Strafanstalts-direktoren in Württemberg und Bayern sind Gegner der Prügelstrafe. Herr Bebel hat ja noch drei andre Autoritäten citirt. Die Zunahme der Robeitsverbrechen läßt sich aus der Verschärfung der sozialen

Gegensätze nicht erklären. Die Robeheiten der Studenten, die sich leider auch häufen, können aus diesem Gesichtspunkt nicht erklärt werden. Ich meine aber, aus der Kriminalstatistik lassen sich überhaupt nicht solche Schlüsse ziehen, wie sie Herr Bebel gezogen hat. Es sprechen da sehr die Stammeigentümlichkeiten mit. Wenn in Sachsen die Statistik niedrig ist, so beweist doch das noch gar nichts für die Güte der Sachen. Dort wird vielleicht mehr mit der Junge gefoltert, während sich in Bayern die Leute bekanntlich mehr körperlich messen. Näher kommt man der Wahrheit schon, wenn man Gleiches mit Gleichem vergleicht; also ich will mal sagen, innerhalb Bayerns Vergleiche zieht. In Bayern giebt es vier Oberlandesgerichts-Bezirke: München, Nürnberg, Bamberg und Augsburg. Ich habe einen ganz kleinen statistischen Versuch gemacht und die schwereren Körperverletzungen mit Messern und Waffnen (Heiterkeit) und anderen gefährlichen Werkzeugen zusammengestellt. Ein Maßstab gilt ja in Bayern nicht immer als gefährliches Werkzeug (Große Heiterkeit), aber doch außerhalb Bayerns. In München sind also im Jahre 1897 6700 Verurteilungen wegen solcher Robeits-vergehen erfolgt, das macht auf 100 Gerichtseingekerkerte 0.41 Proz. In Nürnberg gab es 4313 Verurteilungen oder 0.34 Proz., in Augsburg 2869 Verurteilungen oder 0.29 Proz., in Bamberg 3440 Ver-strafungen oder 0.28 Proz. In München und Nürnberg ist es also am schlimmsten. Gerade hier ist aber die Socialdemokratie am stärksten. Das wäre also das Gegentheil der Beweisführung des Abg. Bebel. Es fällt mir nun nicht im Traum ein, etwa eine der Bebelischen entgegengesetzte Schlussfolgerung zu ziehen, ich möchte nur dem Abg. Bebel raten, künftig vorsichtiger mit seinen Schlussfolgerungen zu sein.

Abg. Werner (Antif.) wird für den Antrag Hertel stimmen.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Ich stehe auch auf dem Standpunkt des Abg. Hertel, aber ich bitte, nicht etwa anzunehmen zu wollen, daß ich besonders begeistert für die Prügelstrafe bin. Ich verkenne durchaus nicht, daß sie auf den Prügelknaben verrohend wirken muß. Jedoch stehe ich auf dem Standpunkt, daß sich im Reichstag eine Majorität zur Einführung der Prügelstrafe nicht finden wird. (Abg. Singer ruft: „Schlichterweise!“) Wohl aber be-darf der Strafvollzug überhaupt dringend der Umgestaltung. Es geht nicht an, daß jugendliche Vurthen mit allen, gewiegenen Verbrechen zusammengepackt werden. Der Antrag Hertel wird nicht die Regierung zur Einführung der Prügelstrafe veranlassen, wohl aber sie darauf aufmerksam machen, daß eine Reform des Straf-vollzugs dringend notwendig ist. Herr Bebel hat ja nun eine eigentümliche Auffassung von der Prügelstrafe. Er will sie nur für die höheren Stände anwenden, denn denen gönnt er alles. (Heiter-keit rechts.)

Abg. Graf Stolberg (L.):

Herr Bebel hat in Bezug auf die Verurteilung der Denk-mäler in der Sieges-Allee behauptet, ganz Berlin wisse, von wem die Verurteilung ausgegangen sei, es seien Personen höherer Stände. (Sehr richtig! links.) Auch der Polizeipräsident wisse es. (Abgeordneter Bebel: „Das habe ich nicht gesagt!“) und deshalb hätten die Nachforschungen aufgehört. Eins ist nur möglich, entweder Herr Bebel weiß, was er behauptet, dann ist es seine Pflicht, der zuständigen Stelle Mitteilung zu machen, oder er weiß nichts Bestimmtes, dann sollte er hier nicht solche Vermutungen ansprechen. (Sehr richtig! rechts.) Herr Bebel hat erklärt, er sei bereit privatim Mitteilungen von den Namen zu machen. (Abg. Bebel: „Das habe ich nicht gesagt!“) Solche Privatmitteilungen gelten mir gar nicht. Seine Vermutungen lernen zu lernen, davon habe ich um so weniger ein Interesse, als sich ja bei den Be-ratungen des Militär-Etats früher oft genug herausgestellt hat, daß er mit seinen Vermutungen Unrecht hatte.

Abg. Bebel (So.):

Ich habe den Namen des Grafen Stolberg nicht in den Mund genommen. Damit sind alle seine Ausführungen hinfällig. Ich habe auch nicht gesagt, ich kenne die Personen, das ist mir nicht eingefallen. (Abg. rechts, Unruhe links.) Unterstellen Sie mir doch nicht etwas, was ich nie gesagt habe. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich habe nur ge-sagt, was in Berlin darüber gesprochen wird. Ohne diese letzte Provokation hätte ich das Wort überhaupt nicht mehr er-griffen. Doch will ich noch hinzufügen, daß es auch unrichtig ist, ich sei für die Prügelstrafe für die höheren Stände. Gegen diese Unterstellung verwehre ich mich auf das Entschiedenste. Schon dem Abg. Homburg gegenüber habe ich mich gegen eine gleichlautende Unter-stellung verwehrt. Ich habe ausdrücklich erklärt, wenn die Prügelstrafe eingeführt werden sollte, möchte sie alle treffen. Einer der Gründe, der uns veranlaßt, gegen die Prügelstrafe zu sein, ist der, daß sie sich, wenn sie eingeführt würde, nur gegen die unteren und nicht gegen die höheren Stände richten würde. Das ist ganz etwas anderes, als was Herr v. Kardorff und Herr Homburg mir in den Mund legen. Noch habe ich ein Mißverständnis der Herren Hertel und Gröber richtig zu stellen. Ich habe daraus hingewiesen, daß im preussischen Abgeordnetenhaus und im Herrenhaus behauptet worden ist, an der zunehmenden Verbreitung trage die Socialdemokratie die Haupt-schuld, und habe darauf erwidert: Wenn das wahr wäre, müßten in den Kreisen, wo die Socialdemokratie am meisten verbreitet ist, auch die meisten Robeitsverbrechen vorkommen. Die Statistik aber beweist das Gegenteil. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (L.):

Herr Bebel hat vorher gesagt: Ganz Berlin wisse, in welchen Kreisen die Thäter zu suchen seien. Wir rufen ihm darauf zu: Wir wissen es nicht. Ich weiß es nicht und meine Freunde wissen es auch nicht. Als ich eine Geberde des Erstaunens machte, sagte Herr Bebel: Ich bin bereit, es den Herren persönlich zu sagen. Ich verstand ihn so, als wolle er es mir persönlich sagen. Deshalb habe ich das Wort ergriffen. An sich fähle ich keinerlei Bedürfnis, mich an Herrn Bebel zu reiben.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Wenn Herr Bebel nicht des Grafen Stolberg, sondern meinen Namen genannt haben sollte, dann kann ich nur sagen, daß ich jedes Wort unterjäreibe, was Graf Stolberg hierüber gesagt hat. Wenn Herr Bebel behauptet, er hätte nie die Prügelstrafe empfohlen, so steht das im Widerspruch zu den Thatsachen. Es war im vorigen Jahre, bei den Verhandlungen über die lex Heinze im Jahre 1892 (Große Heiterkeit links), ja gewiß, im Jahre 1892. (Lärm links: Im vorigen Jahre?) Da sprach Herr Bebel zuerst conditionell von der Prügel-strafe; dann sagte er wörtlich: „Und doch wäre sie gerade hier im öffentlichen Interesse notwendig.“ (Hört! hört! rechts.)

Abg. Bebel (So.):

Herr von Kardorff hätte sich seine letzte Rede vollkommen er-sparen können. Wenn er vorher im Hause gewesen wäre, würde er wissen, daß Herr Homburg dasselbe Citat gegen mich zu benutzen versucht hat. Interessiert es ihn, so kann er ja meine Antwort in Neographischen Bericht nachlesen.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Ich halte es doch für sehr nützlich, wenn ich hier nochmals konstatirt habe, daß Herr Bebel positiv die Prügelstrafe verlangt hat. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag Hertel auf Ueberweisung der Petition als Material der Abänderung der Gesetzgebung wird gegen die Stimmen der beiden konservativen Fraktionen und der Antimiliten abgelehnt.

Der Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Eine Reihe Petitionen auf Sicherung des Welt-friedens, die von Volksversammlungen in München, Frankfurt a. M., Mannheim und Stuttgart aus Anlaß des Parnermanifestes einstimmig beschlossen waren, werden dem Reichstanzler debattelos zur Kenntnisaufnahme überwiesen.

Um 340 Petitionen verlangen einen wirksameren Schutz der Rußvögel.

Die Kommission beantragt sie dem Reichstanzler zur Berück-sichtigung zu überweisen.

Abg. Graf v. Bismarck (fr. Sp.) beklagt die endlose Verzögerung der wichtigen Angelegenheit.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird dem Antrag der Kommission gemäß beschlossen.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr (Erste Beratung der See-manns-Ordnung. Dritte Lesung des Etats).

Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Unfallversicherungs-Kommission.

In der Sitzung am Donnerstag wurde nach derselben Methode gearbeitet, wie am Tage vorher, das heißt, die bei Beratung über das Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz beschlossenen Verbesserungen wurden möglichst wieder herausgebracht. Zuerst kam die Bestimmung an die Reihe, daß die Entscheidung des Schiedsgerichts eine Rechts-belehrung über die Zeit zur Einlegung eines Rekurses an das Reichs-Versicherungsamt enthalten müsse. Gegen diesen Zusatz wendete sich die Regierung mit der Begründung, daß durch die Rechtsbelehrung die Arbeiter zur Einlegung des Rekurses geradezu angehindert werden würden und daß infolgedessen die Zahl der Rekurse eine bedeutende Steigerung erfahren müßte. Die Socialdemokraten wiesen darauf hin, daß dieser Einwand schon bei der Beratung des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes eingehend besprochen sei und daß trotzdem die Mehrheit der Kom-mission sich für den Zusatz erklärt habe. Entweder sei es dem verunglückten Arbeiter bekannt, daß er gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts Rekurs einlegen kann, und dann würde ja die Rechtsbelehrung nichts schaden, im andern Fall aber, daß nämlich die Arbeiter mit den Bestimmungen des Ge-setzes nicht genauer vertraut wären, müßte der Befehl der Rechts-belehrung geradezu zu einer Ausbeutung der Rechtsunkennntnis der Arbeiter führen. Das Centrum jedoch und der Abg. Köfide er-läuterten nach dem Einspruch der Regierung gegen den Zusatz, daß sie un-möglich werden, und so wurde dem vor wenigen Wochen von der Kommission beschlossene Zusatz wieder beifolgt.

Den zweiten Um-fall leitete sich die Kommission gegenüber einer Verschlechterung im Regierungsvorschlag, die bei der Beratung des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes gestrichen worden war. Es war nämlich verlangt worden, daß das Ruhen der Rente stattfinden solle einmal während der Zeit, in der der Berechtigte eine längere Freiheitsstrafe verbüßt, und zweitens, so lange der Berechtigte nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Bei der ersten Beratung dieser Bestimmung trat das Centrum für diese Verschlechterung ein, wurde aber überstimmt, da die Mehrheit der Kommission es für eine Ungerechtigkeit er-klärte, daß ein Arbeiter, der nichts anderes verbrochen habe, als daß er seinen Aufenthalt im Auslande genommen hat, mit dem Verlust der Rente bestraft werden soll. Dieses Verfahren wurde als eine Schmälerung der Freizügigkeit angesehen. Jetzt verlangte das Centrum, daß der von der Re-gierung gemachte Vorschlag wieder aufgenommen werden sollte, fügte aber hinzu, daß, abgesehen von besonderen Ver-günstigungen für die Grenzbezirke, die Berufs-genossen-schaft befreit sein soll, zu Complexen deutscher Staatsangehöriger, welche im Betrieb oder im Auftrag eines inländischen Arbeitgebers im Auslande beschäftigt sind, Ausnahmen zu machen. Selbst dem Staatssekretär des Innern Grafen von Posadowsky kamen diese Centrumsanträge denn doch zu bedenklich vor. Er regte deshalb an, daß man der Berufs-genossenschaft für alle Fälle die Befugnis er-theilen solle, an den im Auslande sich befindenden Arbeiter die Rente weiter zu zahlen. Das Centrum nahm diese Anregung auf und demüthigte sich, die Mehrheit auf seine Seite zu bringen mit der Behauptung, daß bei der Beratung der Gewerbe-Unfall-versicherung die Streichung der Verschlechterung nur durch einen Irrtum seitens der Mehrheit der Kommission erfolgt sei. Von social-demokratischer Seite wurde dies bestritten und zugleich darauf hin-gewiesen, daß auch die Kommission, welche sich vor zwei Jahren mit der Unfallversicherungs-Novelle zu beschäftigen hatte, dieser Ver-schlechterung ebenfalls nicht zugestimmt hätte. Die bürgerlichen Parteien aber beiziten sich, dem guten Rats des Centrums zu folgen und so wurde den im Auslande weilenden verunglückten Arbeitern die Rente während der Zeit ihres Aufenthalts im Auslande abgeprochen.

Infolge dieses Beschlusses ist ein inländischer Arbeiter, der ins Ausland geht, schlechter gestellt, als der Ausländer, denn der Aus-länder bekommt in diesem Falle eine Abfindung, die freilich nach der Vorlage der Regierung nicht mehr wie im alten Gesetz den vollen Betrag der kapitalisirten Rente, sondern nur für allemal nur den dreifachen Betrag der Jahresrente erreichen soll. Die Socialdem-okraten beantragten daher, daß erstens die Abfindungssumme gleich dem vollen Betrag der kapitalisirten Rente sein möchte und zweitens, daß nicht nur der ins Ausland gehende Ausländer, sondern auch auf seinen Antrag der Deutsche, der sein Vaterland verläßt, abgefunden werden möchte. Aber auch diese Anträge wurden abgelehnt, so daß die Schädigung des deutschen Arbeiters gegenüber dem ausländischen Arbeiter thatsächlich im Gesetz festgelegt ist.

Der dritte Um-fall endlich wurde erreicht bei der Kapital-abfindung der teilweise erwerbsfähigen Personen, die eine Rente von 20 oder weniger Prozent erhalten. Auch diese Kapitalabfindung war von der Kommission bei der Beratung des Gewerbe-Unfall-versicherungs-Gesetzes abgelehnt worden. Nach einer lang hin-gezogenen Debatte wurde sie heute beschloffen, trotzdem die Social-demokraten sich entschieden dagegen erklärt hatten, weil nach ihrer Ueberzeugung die Arbeiter doch schließlich die Geschädigten sein werden und trotzdem diese Bedenken von mehreren Mitgliedern der bürgerlichen Parteien als richtig befätigt wurden.

Am Freitag wurde der größte Teil der Sitzung in Anspruch genommen durch die Beratung über die Vermögensverwaltung der Berufs-genossenschaften. Schon bei dem Gewerbeversicherungs-Gesetz war hierüber sehr ausführlich verhandelt worden, da die Agrarier ein Vorkrecht für ihre Papiere haben wollten. Sie wurden damals mit ihrem Anspruchs abgewiesen. Es wurde jedoch ein nationalliberaler Antrag angenommen, daß die Bestände der Berufs-genossenschaften angelegt werden dürfen, ab-gesehen von den nichtbesicherten Wertpapieren in den auf den In-haber lautenden Faudbriefen deutscher Hypothekensanftienbanken.

Bei der Unfallverhütung veranlaßt die Regierung, einen neuen Um-fall der Kommission herbeizuführen. Für die Gewerbe-Unfall-versicherung hatte die Kommission beschlossen, daß die Genossen-schaft befreit und „auf Verlangen des Reichs-Versicherungs-amts verpflichtet“ sei, Unfallverhütungs-Vorschriften zu er-laffen. Die Regierung ersuchte nun die Kommission, die Verpflichtung auf Verlangen des Reichs-Versicherungsamts zu streichen. In diesem Fall blieb aber die Kommission ausnahms-weise fest und es wurde in die landwirtschaftliche Unfallversicherung dieselbe Bestimmung eingefügt. Die für das Gewerbe-Unfall-versicherungs-Gesetz schon beschloffen worden war.

Die Unfallverhütungs-Vorschriften erstrecken sich erstens auf Handlungen, die von den Unternehmern verlangt werden und zweitens auf das in den Betrieben von den Arbeitern zur Verhütung von Unfällen zu beobachtende Verhalten. Für die letzteren Fälle darf eine Strafe bis zu 6 Mark für das Zuwiderhandeln gegen die Vorschriften angeordnet werden. Die Socialdemokraten beantragten, daß für die ländlichen Arbeiter nur eine Bestrafung bis zu einer Mark vorgesehen werden darf. Die Löhne der ländlichen Arbeiter seien zum Teil so niedrig, daß eine Bestrafung mit 6 Mark weit über das vernünftige Maß hinausgehe. Die bürger-lichen Parteien geben zu, daß dieselbe Strafsomme für schlechter bezahlte Arbeiter natürlich härter sei, als für besser be-zahlte, jedoch sei das bisherige Verfahren das einfachste und eine Bestrafung der Arbeiter unbedingt notwendig auch zum Schutz ihrer Nebenarbeiter. Hierauf folgten längere Ausführungen

über das oft wunderlegte und leichtsinnige Verhalten eines Teils der Arbeiter. Die Sozialdemokraten wiesen als Antwort hierauf auf die bekannte Rede des deutschen Kaisers hin, in welcher betont wurde, daß für die angeblichen Unvorsichtigkeiten der Arbeiter vielfach in letzter Linie die mangelnde Aufsicht seitens der Unternehmer verantwortlich zu machen sei. Einige Herren hatten offenbar überhört, daß es sich hier um eine Rede des Kaisers handelte, denn sie wandten sich zum Teil sehr scharf gegen die Behauptung und waren dann nicht wenig entsetzt, als ihnen vorgehalten wurde, daß kein Geringerer als der deutsche Kaiser die Behauptung aufgestellt habe. Bei der Abstimmung wurde jedoch der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, so daß eine Geldstrafe bis zu 6 M. auch gegen landwirtschaftliche Arbeiter verhängt werden kann.

Nächste Sitzung Sonnabend. Beabsichtigt wird, die Sitzungen bis in die Osterferien zu verlängern, um außer der ersten Lesung des landwirtschaftlichen Unfallversicherungs-Gesetzes auch die zweite Lesung des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes und Mantelgesetzes zu Ende zu führen. In diesem Falle könnte in den Osterferien der umfangreiche Bericht über das Gewerbe-Unfallversicherungs- und Mantelgesetz hergestellt werden, so daß für die Beratung nach den Osterferien nur noch die zweite Lesung des landwirtschaftlichen Unfallversicherungs-Gesetzes und die erste und zweite Beratung der übrigen Nebengesetze bleibt.

Für das täglich erscheinende Parteiblatt in Stettin wird sofort ein zweiter Redakteur gesucht. 785
Offerten mit Gehaltsansprüchen und bisheriger Tätigkeit sind a. d. Verlag des „Sollboten“ in Stettin, König-Albertstr. 15, zu richten.

Dtsch.-Arantent. d. Buchbinder
und verwandten Gewerbe.
Hiermit machen wir bekannt, daß das revidierte Statut der Klasse vom Bezirks-Ausschuß genehmigt ist und am Montag, den 2. April d. J., in Kraft tritt.
Die neuen Statuten sind von diesem Tage an auf dem Kassendirektor Engelner 15 II (Gewerkschaftsgebäude) in Empfang zu nehmen. (270/14)
Der Vorstand.
Bernh. Jost, Vorsitzender.
Georg Bössler, Schriftführer.

Der Beschluß des Bezirks-Ausschusses lautet:
Genehmigt.
Berlin, den 14. Februar 1900.
Der Bezirks-Ausschuß.
C. 380/8. 99. Ratier.

Restaurant Nordfonia-Garten
zu den Wasserwerken.
Landsberger Chaussee 1.
Größerer u. schöner Saal u. Garten der Umgegend Berlins (Nordost). Umfaßt 1500 Personen und sieht dem geehrten Publikum sowie Vereinen zur gefälligen Verfügung.
3 verb. Kegelbahnen, Kaffeecke, Volksbelustigungen jeder Art.
38229* Karl Plepenhagen.

A. Stippekohls Restaurant
Göpenik, Schönerlindestr. 5.
Arbeiter-Verteilstal. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens geforgt.

Strand-Restaurant Müggelsee
zwischen Müggelsee u. Müggelturm.
Empfehle Fabriken, Vereinen und Korporationen für Sommervergügen u. Ausflüge meist großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Garten, genügende Nebenräume.
Belustigungen aller Art. Coullante Preise.
W. Degebrodt.
38758* „Strandblöcher“, Abend.

Brauerei G. Senz
Wrangelstrasse 13
(am Mariannen-Platz).
Mitglied des Rabattvereins „S-B.“
Weiß, Weizen, Rogg u. Weizenbier zum Selbstbrennen, bei reichlichem Maß, a Liter 10 Pf. Der Verkauf findet direkt in der Brauerei täglich von 6 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags statt. 39200*

Wo? ist der schönste Aufenthalt für Ausflüge und Partien? Auf der Insel **Pichelswerder** beim alten Freund.

Robert Müller & Co.
Altzschillen-Wechselburg, Agr. Sachl.
Holzschuh- und Holzpantoffel-Fabrik,
empfehlen alle Sorten
Federschuhe und Pantoffeln
mit Holzsohlen.
Grosse Arbeit. Gute, passende Fägen.
- Billigste Preise. -
die nur Wiederverkäufen zu Diensten stehen.
Illustrierte Preisliste gratis und franco.
Eigene Sägewerke. Lieferanten an Konsumvereine.

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 131.
Coulante H. & M. Lewent. Beamten
Sabl. Bed. ohne Anzahl.
Meinen verehrlichen Abnehmern empfehle:
Lössliche Frühstücks-Suppen
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
H. Bergau, NW. Rostockerstr. 41. Filiale: N.W., Huttonstr. 7.

Gardinen-Fabrik
von
Bruno Güther, 80 Grüner Weg 80, part.
(Eingang vom Platz) kein Laden.
Verkaufe in meinem seit 31 Jahren bestehenden
Special-Gardinengeschäft einen mit Patent-
Sogen (unzerreißbar), das Fenster 1.50 bis 50 Mark.
800 bis 1000 Weiche in Zwirn, Mull, Tüll und
engländer Gardinen 1-4 Fenster passend, spott-
billig um damit zu räumen. 140000*

Einsegnungs-Anzüge,

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.
Abonnet G. M., Duisburg, Rhein.
Wiederer Einleber. Wir bitten, doch in Zukunft keine Votet-fahrt-Marken mehr für die Rückantwort beizulegen, da Erhebung nicht immer bis zum kommenden Erten vorangelegt werden kann und nach demselben Votetfahrt-Marken wertlos sind.
A. R. Sie finden in der königlichen Bibliothek eine entsprechende Abteilung.
N. G. 1873. 397 Reichstags-Abgeordnete.
Bernau 1900. 1. Reim. 2. Solches Gesetz gibt es nicht. 3. Die Darlegung würde zu einer den Namen einer Zeitung weit überschreitenden nutzlosen literarischen Abhandlung führen. 4. Reim. - M. G. 12. Die Reim. müßten Sie in derselben Weise zählen oder portofrei unter Mit-sendung der Beleggebühr einleiden. Nehmen Sie sich das nächstemal einen Reagen mit und verflagen Sie den Restauranten, wenn er wieder beleidigende Redewendungen gebrauchen sollte. - J. W. K. 16a. Ihre Fragen sind zu verneinen. - Ernst Schulz 77. Nur 50 Pfennig. - B. in Kasel. 1. Reim. 2. Ja, aber der Ausgang der Sache läßt sich natürlich nicht sicher voraussagen. - S. P. 18. Ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Gewerbe-gerichts gibt es nicht, weil über ein Objekt von unter 100 Mark ent-schieden ist. Im übrigen hat das Gewerbegericht Sie dem Gesetz ent-sprechend verurteilt. Zuspätkommen, auch wiederholtes Zuspätkommen bildet keinen Grund für Abdingungslose Entlassung, es sei denn, daß aus dem Verhältnißverhältnis sich ergibt, daß das Zuspätkommen nicht aus Unmühe, sondern in der Absicht, seine Vertragspflichten zu verletzen, erfolgt war. Das

ergibt sich aus dem von Ihnen angelegenen Vorlaut des § 123 („Beharrlich“ und „weigeren“). Außerdem hat die gekündigte Arbeiterin das Recht, angemessene Zeit zum Aufsuchen einer andern Arbeitstelle zu verlangen. - Kiecemacher Rummelsburg. Das Niederlegen des Kranzes stellt keine strafbare Handlung dar. Ob die Behinderung der Niederlegung als strafbare Handlung zu erachten ist, ist möglich, zu erörtern. - Müller. Der Chef hat damit nichts zu thun, sondern den Hauswirt. - R. F. 1900. Soweit ersichtlich, sind Sie berechtigt den Schuppen abzureißen. - Gustav Sch. Durch den Austritt Ihrer Eltern aus der Landesfrist sind Sie nicht mit angetreten: Sie müssen selbst anstreichen. Brieftische Antwort zu erteilen lehnen wir ab. - J. 100. Sie müssen bezahlen.
J. R. 52. Wenn über die Kündigungskasse bei städtischen Gefinde nichts vereinbart ist, so ist die Kündigungskasse nicht eine zweidimensionale, sondern eine sechsdimensionale zum Erten des Quartals. Die Kündigung kann nicht selbständig von der Ehefrau, sondern nur von dem Ehegatten oder von der Ehefrau in Uebereinstimmung mit ihrem Mann ausge-sprochen werden. Das Gefinde kann, auch wenn es minderjährig ist, selbst kündigen; außerdem kann sein gesetzlicher Vertreter kündigen. - V. G. Adlershof. 1 und 2 ja. - N. B. Besten Honk und Gruß. - W. 34. 1. Ja, aber diejenige, mit der er Ehebruch getrieben hat, nur, wenn Dispens erteilt ist. 2 und 3. Reim. 4. Das ist möglich, aber nicht notwendig. 5. Ja. - M. R. 63. 1. Ja, 2. Reim, aber auf den Pflicht-teil können Sie gesetzt werden. 3. Reim. 4. Ja. 5. Reim. Jeder Inter-essent kann die Erbschaft und Abdruck des Testaments verlangen. 6. Ja. - Bruch 100. 1. Ja, für die ganze Zeit, innerhalb deren durch Nicht-bereitstellung der Arbeitskräfte usw. nicht gearbeitet werden können, hat der Arbeitgeber Lohn, abzüglich des etwa in der Zeit verdienten, zu zahlen. 2. Ja. 3. Innerhalb zwei Jahren; zweidimensional ist aber baldige Klage.

Grosse Fänge, Preise billig!
Cabliau, der so sehr beliebt, zum Kochen wie zum Braten sehr empfehlenswert ist,
pro Pfund **20-22 Pfg.**, im Ausschnitt **25 Pfg.** pro Pfund.
Schellfische in allen Größen pro Pfund **20-30 Pfg.**
Bratflundern, pro Pfund **20 Pfg.**
Rotzunge, pro Pfund **40-45 Pfg.**
sowie **Schollen, Austernfisch, Seelachs, Knurrhahn, Steinbutt, Heilbutt** etc. ebenfalls billig!
Delikatess-Fisch-Kotelettes
gebraten und mariniert, in Blechdosen von 3 Liter = 17 Pfd. Mk. 3,50,
4 Ltr. = 8 Pfd. Mk. 2,00, 2 Ltr. = 4 Pfd. Mk. 1,25
empfiehlt die **Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“**
in ihren 6 Verkaufsstellen:
Haupt-Filiale: Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Eogen 9-10.
No. III. Berlin NW., Linienburgerstrasse, Ecke Paulstr., Stadtbahnboog. 388, 9 (Centrallager).
No. IV. Im Schlesischen Bahnhof, Madalistr. 22.
No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulzendorferstrasse.
No. VI. Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz u. Ritterstrasse.

NB. Seefisch ist das billigste und beste Volksnahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend, nahrhaft und bekömmlich.
Wir beehren uns, ergebenst zur Anzeige zu bringen, dass sich von heute ab unser Bureau in dem eigenen neu erbauten Hause der Gesellschaft
Berlin W., Jägerstrasse 24
Postamt 56, Fernsprecher I. 2874,
befindet.
Hamburg-Bremer Feuerversicherungs-Gesellschaft.
Die Verwaltung für die Provinz Brandenburg.
Wilh. v. Feilitzsch.

Wo Kaffee getrunken wird, empfiehlt es sich sowohl aus Gesundheits- wie aus Sparsamkeits-Rücksichten, den wohl-schmeckenden Kathreiners Maizkaffee zu verwenden.

Hüte * *
trug der kolossalen Steigerung in der Quisfabrikation verlaufe noch zu den alten Preisen. 38272*
Otto Gerholdt,
Dresdenerstrasse No. 2,
Ecke Schillerstrasse.
Großes Lager in Schirmen, Mützen, Krabatten.

J. Brünn
(Bahnhof Börse) Gattecher Markt 4
Wegen Umbau meiner Geschäftsräume gelangen große Lager-behälde meiner 34612*

Teppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!
Tischzeug! Handtücher!
Fertige Wäsche!
zu sehr billigen Preisen zum
Ansverkauf!!

Verlangen Sie gratis u. franco meinen illust. Hauptkatal. über
Fahrräder
u. Fahrradartikel u. Sie wird sich überzeugen, dass ich b. bester Qualität, unt. 1 Jahr Garant. am billigst bin. - Wiederverk. ges.
Deutsche Fahrrad-Industrie,
Richard Driessen,
Hannover, Brühlstr. 4.

Falbe,
44. Elsassstr. 44.
Behandlung aller Haut- u. Gharleiden ohne Berufshörung. Sprechst. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9-3. Bei Vorlegung der Verbands-tatten 10 Proz. 39700*

Möbel-Offerte!
Wegen Aufgabe werden Kronenstr. 22, bei der Oranienburger-strasse, Hof-Fabrikmeister, Zimmer-Einrichtungen, sowie große Vorräte von eleganten wie einfacher Möbel, bedeutend unter dem Selbstkostenpreis verkauft!
Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-ziehen 1 M. Plomben 1.50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.
Möbel und **Polsterwaren.** Neueste Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 134500* Franz Tutzauer, Oranienstrasse 152.

Jeder Arbeiter
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose **Herkules** tragen
klein-Verant. Sehr starke Ware in
praktischen grauen u. braunen Streifen.
Hinten u. vorn am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Reithöhle u. Rapp-
nähte. Jede Leder-Blat-Zackchen,
die Hufe
(bei Entnahme von) **4 Mk. 50**
Gibt indigoblaues Jackett für
Machisthen, Monteur etc. 1 Mk. 90
Gibt indigoblaue Hose bis 1 Mk. 50
Prima Manchester Dole 8.-, 5.50, 3.50
Gebleitet. Manchester-Jackett 13.-, 9.-
Kerze, Mittel, gebleitet Dresse 2 Mk.
Raler-Rittel in Weizen-Mit. 2 Mk. 25
Mechaniker-Rittel (braun) 2 Mk. 40
Weißes Leder-Jackett, ge-
füttert, zweifelhig. 7 Mk. 50
Weiße Leder-Hose, Prima
Ware 3 Mk. 75

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseest. 21a. Brückstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 14te Jahralar-Preisliste 1900
über gesamte Verrens- und Anwen-
Verbindung (Mithage 1 Million) ist er-
schienen und wird kostenlos und portof-
rei zugelandt. 34572*
Berland von 20 Mk. mit franco. -
Bei Bestellung genügt Angabe der
Preis- u. Bandweite u. Schriftgröße.

ZAHNSCHMERZ hohler Zähne
besiegt sofort
KROPP'S
Zahnwatte
(20%
Carvacrolwatte
in plomb. Flasche
4 50. zu haben
in allen Drogerien,
Nimm keine
Nachahmungen!

Möbel
Spiegel u. Polsterwaren
recht zu soliden Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermeister
Rixdorf, Elchardstr. 116,
am Teufel.

Hans Kayser
Grüßter Bahnhof, Platz 6.
Ständige Bergbauwerke für
Press- u. Steinkohlen.

Laabs
Elsasserstr. 39.
Behandl. aller Haut-, Horn-
und Blasenleiden
ohne schädliche Mittel u. Gifte.
Sprechst. 9-2, 6-9.
Freitag und Sonntag nur 9-2.
Behandlungsarten Grunthigung.

neueste Favons in blau und schwarz Kammgarn u. Cheviot
Julius Lindenbaum,
Große Frankfurterstrasse Nr. 141, Ecke Fruchtstraße. 37400*

Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. 132/133.


Rosenthalerstr. 27/29 und 54.

Oranienstr. 53/54.

Herren-Garderobe

- Sommer-Paletots, Covert coat, in den neuesten Farben** 16,50, 25,50, 30 Mk.
- Havelocks, grau, braun oder grün meliert, Lodenstoff, mit voller Pelerine** 7,75, 12,75, 16,50 Mk.
- Jackett-Anzüge, modefarbige Buckskinstoffe, moderne Muster** 15, 21, 27 Mk.
- Beinkleider in den neuesten Mustern** 4,50, 6,-, 9,50 Mk.
- Joppen aus melierten Lodenstoffen** 2,75, 4,50, 6 Mk.

Anfertigung nach Mass in kürzester Zeit.



W i t t e i t:

Herrn A. Wurm, Barren.

Ich bescheinige Ihnen hiermit, daß sich Ihr „Magenarzt“ bei einem Mitgliede meines Handhats vorzüglich bewährt hat, indem er das Gefühl der Bülle und des Aufgeblähtheits des Magens wegnahm und den dauterliegenden Typpeit anregte.

Tag: ..., den 9/11 1899.

(gez.) Dr. med. E., Gemeindevorst.

Gratisproben werden, so lange der Vorrat reicht, in Deltafabrikwaren- und Drogenhandlungen abgegeben.

Wuchshaus in den Restaurationen.

Die beste Medicin. M. & W. Müllers Nordlicht



hat sich durch seine vorzüglich wohlthätigende Qualität in vielen Haushaltungen einen höchsten Platz erworben. Statt teuren Cognacs und ausländischer Viquenre nimmt man nach der Mahlzeit gern ein Glaschen Nordlicht-Magenwein als Verdauungsmittel.

M. & W. Müllers Nordlicht ist ein hochfeiner, alter Kornbrandtwein, mit goldenen Medaillen und Ehrentiteln prämiert, ist nur echt und unverfälscht zu kaufen mit Zuzugang im Glase versehenen Original-Flaschen, die mit untern Firmen-Labeln versehen sind, und mit untern geschützten blauen Etikette versehen sind, überall für 1 Mark inkl. Flasche käuflich, wo unter Platz anhängt.

Wann heutzutage Einer krank, nicht fehlet guter Rat, Sehr viele wölhn den Kneipp'schen Mann, den Allo-Homöopath, Ein Anderer schwärmt für Sympathie, ein Dritter für massiren Und Alle müssen oft dabei ihr Leben-dann verlieren. - Gesund und munter hohes Alter, bewirkt einzig und allein Ein Glaschen, zweie und so weiter, von M. & W. Müllers Nordlicht-Magenwein.

M. & W. Müllers Nordlicht a Originalliterflasche 1 Mark.

M. & W. Müllers Nordlicht-Magenwein feiner als Sals und Sals und Benedictiner, a Originalflasche 1,25 Mark.

M. & W. Müller, Nordhäuser Kornbrandtwein-Brennerei, Berlin SO., Waldemarstr. 29.

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, mit neuer moderne Zähen, prima Qualität 1,50 und 2,-

Die beliebtesten **Arbeitshüte** immer noch früher Varnimur, 1 n. 5. Jetzt Kaiserstrasse 25 A. **1 Mk.**

Große Betten 12 M. (Eberst, Unterst, zwei Köffen) mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Kallig, Berlin S., Wilmersmarch 46. Preisliste kostenlos. Diese Anerkennungs schreiben.

Cylinder-Hüte kauft man am billigsten direkt in der Fabrik.

Chapeaux clagues, welche und weisse Filz Hüte zu billigen Preisen bei **Max Radtke, Blumenstr. 39,** Ecke Andrastrasse (kein Laden).

Natur-Heilverfahren. Haut-, Horn- u. Blasenleiden, Frauenkrankheiten, Heilt jeder ohne Berufshilfe. R. Wagner, Ballstraße 2, 10178.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Gardinenhand Große Frankfurterstr. 9, parterre. 2110

Elegante vorjährige Herrenhosen, feines Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkauft Haus Germania, Unter den Linden 21 II.

Kanarienhähne meines vielfach prämierten Stammes von 6-20 Mark, gute Buchweizen, verkauft Redd, Köpenickerstr. 154 a. 288

Kanarienhähne, umjungehaltender billige Hühner, Schöneberg, Hansstr. 90. 7128

Kanarienhähne zur Geste, Lössschläger, gesunde kräftige Gesteinshühner, billig. Wader, Poststraße 84d, Einsamung 84. 26528

Gaafischer, Sportwagen, Javeloch 6,00, Dreifach 10,00, Gasdrücken 12,00, Gasplättchen, Schmelzer-Büchelpapier, rote billig. Teilzahlung, Poststr. 20/27, (kein Laden). 27358

Kanarienhähne und Weibchen verkauft billig J. Gwald, Schönfeldstr. 6. 3001K

Kinderwagen, fast neu, billig. Strebl, Brodamerstraße 31, IV.

Handwagen, passend für Tischler, zu verkaufen. Bergmannstraße 90, bei Karlow. 29538

Einigungs-Marken und Kaufkraft: Stempel liefert seit 22 Jahren für laufende Kassen und Vereine Braunholz, Hamburg, Drehbahn 45, Verlag sozialistischer Bücher. Müllersche Preislisten gratis und franco. Preisliste der sozialdemokratischen Partei 1898.

Wald - Blättchen billig zu verkaufen Alexanderstraße 12. 151

Mohoronic - Mischel Spiegel, Ziermaler, Mischel Kleiderpinsel, Zahnstocher, Spiegelständer, Küchenständer verkauft Anhalterstraße 20, Keller. 1068

Ruhbaumobel, ganze Einrichtung, auch einzeln, spottbillig. Köpferstraße 38, vorn II rechts. 101K

Ruhbaumobel, ganze Einrichtung, spottbillig, auch einzeln, Gartenstraße 32a, I und II. 1977

Möbel, bar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Köpenickerstraße. 2878

Teppiche mit Farbenleibern, farbiger großer Frankfurterstraße 9, parterre. 7118

Teppiche, Gardinen spottbillig. Wandstraße 12, parterre. 1118

Betten, Steppdecken spottbillig. Wandstraße 12, parterre. 1118

Remontiermaschinen, Regulatoren spottbillig. Wandstraße 12, parterre. 1118

Fahrräder, zu sofort billigen Preisen, auch Teilzahlung, Privat-Dankstr. 33. 59K

Fahrrad verkauft Groß, Alsterstraße 12, Charlottenburg. 1757

Fahrräder, erstklassige Marken, zwei Jahre Garantie, billig. Teilzahlung, Reparatur, Werkstoff, Landens und Gushier werden versehen. Gefährliche Räder, gut erhalten, billig. Carl Fischer, Wandstraße 9. 898

Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung, Voger vierhundert Jahre, räder, einjährige Garantie, liefern direkt Privat. Gebrauchte Fahrräder, sehr vorzüglich. Imperial-Fahrräderwerke, Diefenbachstraße 33. 1962

Fahrrad 15 Mark, Halbrammer 40 Mark, gut erhalten, verkauft Zimmer, Andrastr. 70. 28770

Herrenoberlauf spottbillig, Etalerstraße 126 parterre. 128

Goldwaren-Auktionen, spottbillig. Etalerstraße 126 parterre. 128

Zigarren und Musikautomat (großer) dringend verkäuflich. Restauration Alsterstraße 14. 615

Ruhmaschinen (ausländischer Systeme) ohne Anzahlung, sofortlich 1 Mark, 3jährige Garantie. Vollständige Anzahlung, Sandberger, Sandbergerstraße 35, Unterricht gratis. - Kein Laden. 688

Strickmaschinen, beste, auch Teilzahlung, Gekupf. Dreher, Engelstraße 20. 1016

Steppdecken am billigsten Privat Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Zeitungsgeld, weil alleinstehend, verkaufe mein, wegen Familienverhältnisse, belegen, 15 Jahre mit gutem Erfolg betriebenes Geschäft. Bitte anschließend Wohnung 1200, Preis mit Willard, Zählerapparat 500, Anzahlung 500 Mark. Erträge Comptoir Holzmarktstraße 40, Sonntag von 10-12. 1481

Kinderwagen billig zu verkaufen bei Gleditsch, Boedstr. 40. 1109

Neu einbände, 675. Buchhandl. Rosenthalerstr. 34. 1124

Möbel und andere lauten Möbel, langjähriger Preisverteilung zu wirklich billigen Preisen, und zwar: Tischspindeln 27, Tischspiegel 10, Zäulen, Spiegel 20,50, Trumeaux, gezeichnetes Glas, 50, hochlegante Paneele, Kängeren, Stofftaschen 25. Große Auswahl in Kleidermöbel, sowie vollständige Wohnungen - Einrichtungen. Dierichs, Mariannenstraße 7a.

Gründerzeit, Design, Karthaus, gute Brotstühle, Ledersessel, zu verkaufen. Näheres Besohlanhalt Kanthoferstraße 9. 735

Ein gangbares Restaurant Haus, halber zu verkaufen. P. Schulz, Schwarztopfstraße 15. 746

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik, 2 April praktischer Abendkurs; 4 April theoretischer Abendkurs. Jachow, Alte Jakobstraße 24. 615

Augenheiler, Köpenickerstraße 60, Wader jeder Art für sämtliche Krankheiten. 778

Handschuhe kauft Handschuhfabrik, Köpenickerstraße 61. 902

Möbel, alte, Schlafsofa kauft Vagard, Anhalterstraße 20. 1073

Buchbinder Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2887

Neuerlegtes Brodhaus, Bremen und andre wissenschaftliche Bücher kauft und beilicht Antiquariat Kochstraße 56 I. 802

Saal mit Bühne, Pianino, sofortlich, Vorderabte frei. Vereinszimmer mit Pianino vergiebt Volkwig, Lindenstraße 96. 415

12 Vereine finden schöne neu renovierte Vereinszimmer in Germania Restaurant, Schwedterstraße 23, 24. Saal und Garten zu Sommerfestlichkeiten, 500-1500 Personen fassend, zu vergeben. 5123

Vereinszimmer empfiehlt Vier, Alte Jakobstraße 110. 1288K

Vereinszimmer Einzimmer 24, Alsterstr. 64K

Vereinszimmer zu vergeben. Köpenickerstr. 4. 570

Erklärung Max Räder. Die über den Bevollmächtigten der Hülse Berlin IV, Allgemeine Kranken- und Sterbefälle, G. v. Hamburg, fürherden Gerichte erklären Unterschnete, nach eingehender Prüfung, für erlaubten. Karl Wienthal, Karl Kruse, Buse. 1149

Vermietungen.

Schlafstellen.

Zimmer Zimmerchen als Schlafstelle. Brandenburgerstraße 30, 31, vorn IV, links. 175

Ein möblierte Schlafstelle für Herren bei Müller, Köpenickerstraße 8, II.

Möblierte Schlafstelle (Herren), 2-3 Betten Grünerweg 82, 2 Treppen, Kleitz. 1700

Arbeitsmarkt.

Stellungsangebote.

Zuche für meine Metallgießerei einen Werkführer unter B. M. Postamt 18. 466

Ein tüchtiger Werkzeugmacher findet sofort dauernde Arbeit. Rembrandtstr. 10, Fabrik „Germes“, Haniel u. Haupt. 1008

Einige Vergolder, Verfertiger von lang. Gb. Reizlow u. Co., Köpenickerstraße 109 a. 715

Wissenshüterin im und auherem Hause verlangt Schaus, Pantow, Brandenburgerstraße 13, I. 798

Verkäuferin und Gehilfeninnen verlangen D. Burjel & Co., Brandenburgerstraße 17. 1108

Am Arbeitsmarkt durch befördernden Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Laeksieder, erste Kraft, zu der 10, 30

Oel- und Spritlackfabrikation genau erprobter Lebensstellung. Ausführliche selbstgeleitete Werke mit langjähriger Erfahrung an Rudolf Kasse, Frankfurt a. M. unter S. T. 1209.

Bis 10 M. Nebenverdienst löst leicht u. unabhängig für Personen jed. Standes, auch Frauen. Patentverwertung - Gesellschaft Wolfstein u. G. (Niedermärk. Bezirke). 1017

Spanner oder Cementarbeiter für Montierarbeiten. Leute, die in diesem Fach eingeübt sind, aber nur solche, können sich in der Zeit früh von 7 bis 9 Uhr, nachm. von 6 bis 8 Uhr melden bei **Boswau & Knuuer,** 122/70 Parodamerstr. 110.

Eine der größten Gummiwaren-Fabrik, Deutschlands sucht einen tüchtigen, erfahrenen **Meister** (Vorarbeiter) für die **Schlauch-Fabrikation.** Stellung dauernd bei gutem Verdienst. Off. u. Zeugnisabschriften unter **A. K. 113** an Haasenstein & Vogler, A.-G., Frankfurt a. M. 101, 9

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung 1. Wahlkreis! Den Parteigenossen zur gefälligen Nachricht, daß am Sonntag, den 25. d. M., vormittags 10 Uhr, die Besichtigung des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15, stattfindet. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Zweiter Wahlkreis. Genossen! Wie Euch bekannt ist, hat die letzte Generalversammlung des Wahlvereins eine Statutenänderung beschlossen. Danach soll der Kreis in Bezirke eingeteilt werden, um so eine leichtere und wirksamere Agitation zu erzielen. Diese Einteilung und Bezeichnung der Bezirke hat bis jetzt nicht in dem Maße erfolgen können, wie es für notwendig erachtet werden muß. Zum größten Teil ist die Ursache darin zu suchen, daß die Wohnungen der Mitglieder nicht genau festgelegt werden konnten und wir so verhindert waren, mit den einzelnen Mitgliedern Fühlung zu bekommen. Um diesen Mangel zu beseitigen, hat sich der Vorstand veranlaßt gesehen, einen neuen Weg einzuschlagen. Jedoch ist hierzu erforderlich, daß jedes einzelne Mitglied sich der Pflicht bewußt ist, den Vorstand bereitwillig zu unterstützen. Es liegen zu diesem Behufe auf jeder Zahlstelle 14 Tage lang gedruckte Karten aus, welche so eingeteilt sind, daß sie wichtige für die Agitation bestimmte Fragen enthalten und von jedem Mitgliede persönlich ausgefüllt werden müssen. Nach Ablauf dieser Zeit hofft der Vorstand Material in den Händen zu haben, auf Grund dessen endgültig die Einteilungen, welche in der Generalversammlung ausgesprochen worden sind, erfüllt werden können. Also Genossen, thut ein jeder seine Pflicht, damit keinem Mitglied der Vorwurf der Saumseligkeit, der Interesseloseigkeit gemacht werden kann! Der Vorstand.

Saumschulweg. Zu einer am Sonntag stattfindenden Flugblatt-Verbreitung werden die Genossen gebeten, sich zahlreich bei Staffeln um 8 1/2 Uhr einzufinden.

Ernter. Im Kurhaus ist am Sonntag eine Volksversammlung, in der Genosse Martwald über die Frauenfrage spricht.

Brig. Sonntag früh 7 Uhr, findet von Dorn, Bürgerstr. 4, eine Flugblatt-Verteilung statt. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Zu Ober-Schöneweide hält der Arbeiter-Bildungsverein heute abend 8 Uhr bei Köpfer seine Versammlung ab. Gäste haben Zutritt.

Reinickendorf. Am Dienstag, den 27. März, nachmittags von 4 bis 8 Uhr, findet die Stichwahl zwischen unserm Genossen Adolf Langer und dem Gegenkandidaten Herrn Grundner statt. Wir erwarten, daß jeder Einzelne seine Schuldigkeit thut und so viel wie möglich für die Wahl des Genossen Langer agitiert. Parteigenossen, die am Sonntag früh bei der Flugblatt-Verteilung helfen wollen, haben sich morgens 7 1/2 Uhr im Wirtschaftshaus „Tonne“, Nordbahnstr. 15, einzufinden. Wenn jeder seine Pflicht thut, muß der Sieg unser werden.

Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. Nachdem die Stadtverordneten-Versammlung hinsichtlich der Schulärzte ihren Beschluß vom 21. Dezember 1899 eine Auslegung gegeben hat, die von den Wünschen des Magistrats erheblich abweicht, so hat das Magistratskollegium in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, noch eine besondere Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung zu machen, um in dieser Angelegenheit die beiderseitigen Auffassungen klar zu stellen. Ferner beschloß das Kollegium, die gegenwärtige Bezeichnung des städtischen Waisenhauses mit Waisen-Depot zu beseitigen und an deren Stelle fortan die Bezeichnung „Waisenhaus Berlin“ — gegenüber „Waisenhaus Himmelsburg“ — zur Geltung zu bringen.

Unterstützungen aus Stiftungsfonds. Die Theresie Lehmannsche Stiftung hat den Zweck, in Berlin ortsangehörigen hilflosen Witwen und unverheirateten Personen weiblichen Geschlechts, welche keinen Ernährer haben und einen tadellosern sittlichen Lebenswandel führen, Unterstützungen zu gewähren. Die Verteilung der für die Zeit vom 1. Juli 1900 bis 1. Juli 1901 zur Verfügung stehenden Unterstützungen findet am 10. Juli d. J. statt. Die einzelnen Unterstützungen betragen 150 Mark und werden vierteljährlich pränumerando mit 45 Mark gezahlt. Bewerberinnen um Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihre Gesuche mit Angabe des Vornamens, des Tages und Orts ihrer Geburt an das Kuratorium der Theresie Lehmannschen Stiftung, Poststr. 16, bis spätestens 8. April d. J. einzureichen. Da die Stifterin bestimmt hat, daß die Unterstützungen der Hälfte der verfügbaren Mittel an christliche, zur anderen Hälfte derselben an jüdische Personen gezahlt werden sollen, haben Bewerberinnen zugleich auch ihre Religion anzugeben. Unberücksichtigt bleiben Gesuche von denjenigen Personen, welche von der Armenverwaltung oder anderweitig unterstützt werden, oder welche vorstehend erforderliche Angaben nicht enthalten.

Lokales.

Stadtschulrat Vertram auf der Anlagebank.

Wenn der oberste Leiter des Berliner Gemeindefchulwesens, Herr Stadtschulrat Vertram, in der Stadtverordneten-Versammlung das Wort ergreift, dann kann man fast immer mit Sicherheit darauf rechnen, daß er die städtische Verwaltung komplimentieren wird. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung hat er das glänzendste als je befragt. Beim Gemeindefschul-Etat wurden von sozialdemokratischer Seite verschiedene Klagen und Beschwerden vorgebracht, auf die der Herr Stadtschulrat so antwortete, daß die Antworten, die er gab, waren zum Teil so sonderbar, daß sie bei allen verständigen Pädagogen Verwunderung und Kopfschütteln hervorriefen.

Die schwerste Anlage bildeten die Ausführungen unsres Genossen Stadthagen über Schimpf- und Prügelpädagogik in der Berliner Gemeindefschule. Besonders eingehend beschäftigte sich Stadthagen mit der eigenartigen Erziehungsmethode eines bestimmten, von ihm nachhaft gemachten Gemeindefschullehrers. Niemand wußte die geradezu haarsträubenden Einzelheiten aus dem Bericht in der Freitag-Nummer. Hier hätte man erwarten sollen, daß auch Herr Vertram nur Worte der Verurteilung haben werde. Allein der Herr Stadtschulrat, der sonst mit unerbittlicher Strenge das dienstliche und außerdienstliche Verhalten der Lehrerschaft überwacht, erwies sich in diesem Fall als ein überaus wohlwollender Vorgesetzter. Er fand den nicht beneidenswerten Mut, die gerügten Ausführungen mit freundlicher Milde zu entschuldigen und fast zu beschönigen. Die Verteidigungsrede, die Herr Vertram dem von Stadthagen angegriffenen Lehrer hielt, war das Bestmögliche, was wir je aus dem Mund des Herrn Stadtschulrats gehört haben. Man hatte schließlich das Gefühl, daß nicht mehr nur der Lehrer, sondern auch der ihn schützende Schulrat der Angeklagte war. Herr Vertram machte auch, nachdem er anfangs den Heteren und Verächtlichen zu machen versucht hatte, zuletzt ganz den Eindruck, als ob ihm selber die Erkenntnis aufdämmerte, welche Rolle er spielte. Und die übrigen Magistratsmitglieder, die den zur Anlagebank gewordenen Magistratsrat zierten, schienen nicht über Lust zu haben, so weit wie möglich von dem sie so schwer kompromittierenden Kollegen abzurücken. Das Bemerkenswerteste an den Ausführungen Vertrams war die von ihm abgegebene Erklärung, daß in den Gemeindefschulen den

Eltern nicht das Recht zugestanden werden könne, die Umschulung eines Kindes zu verlangen, wenn sie das Kind durch den Lehrer falsch behandelt glauben. Ob diese Annahme einer solchen Behandlung sich bei näherer Prüfung als zutreffend erweist oder nicht, das liegt er ganz außer Betracht. Die Eltern sollen das Umschulungsrecht grundsätzlich in keinem Falle haben — auch dann nicht, wenn ihre Einwendungen gegen den Lehrer begründet sind; und es wird ihnen auch thatsächlich in keinem Fall zugestanden. Man vergegenwärtige sich, was das für solche Eltern bedeutet, die wegen der Dürftigkeit ihres Einkommens unter allen Umständen für ihre Kinder auf die Gemeindefschule angewiesen sind. Sie haben keine Möglichkeit, ein Kind einem ungeeigneten Lehrer zu entziehen. Das Kind würde vielleicht bei einem andren Lehrer die besten Fortschritte machen, ebenso wie es durchaus denkbar ist, daß derselbe Lehrer für andre Kinder geeigneter ist und sie zu fördern vermag; aber aus Rücksicht auf die „Disciplin“ — sagt Herr Vertram — müssen sämtliche Kinder bei demjenigen Lehrer bleiben, dem sie von den Schulbureaukraten zugewiesen worden sind. Mag dabei ein Kind jede Lust zum Lernen verlieren, mag es für sein ganzes Leben verurteilt werden — thut nichts; es bleibt bei dem Lehrer; falls die Eltern nicht zu dem Mittel greifen wollen (dessen Anwendung aber nicht jedem — z. B. nicht den kleinen Handel- und Gewerbetreibenden, den Beamten usw. — gleich möglich ist), in einen andren Stadtteil zu ziehen. Fälle, in denen Kinder durch falsche Behandlung seitens des Lehrers direkt in ihrem Bildungsgange beeinträchtigt worden sind, werden jedem unrer Leser bekannt sein, und mancher von ihnen hat es vielleicht in seiner Jugend an sich selber erfahren müssen. Auch in den Berliner Gemeindefschulen wird das oft genug vorkommen. Es heißt, daß manche Lehrer die wenig Erfolg versprechenden Kinder bei Gelegenheit der an jedem Semesteranfang wiederkehrenden zwangsweisen Umschulungen an andre Schulen abzugeben suchen. Um so mehr sollte auch den Eltern das Recht zustehen, ihre Kinder dem wenig Erfolg versprechenden Unterricht eines ungeeigneten Lehrers zu entziehen. Daß es ihnen nicht zusteht, dafür ist Herr Vertram persönlich nicht verantwortlich. Aber er begünstigt sich nicht damit, diesen Mangel einfach zu konstatieren, sondern er bittet ihn. Er billigt die Vorenthaltung des Umschulungsrechts, obwohl sie in ihrer Wirkung einer Vergewaltigung gleichkommt. Diese Wirkung trifft allerdings nur die Unbemittelten. Die Wohlhabenden spüren nichts davon, da sie sich ja die Schule für ihre Kinder ausfinden können. Würde Herr Vertram diesen Zustand auch dann billigen, wenn die Berliner Gemeindefschule wirklich das wäre, wofür er sie so gern ausgiebt: eine „allgemeine Volksschule“, eine gemeinsame Elementarschule für die Kinder der Reichen wie der Armen?

Von König Friedrich Wilhelm II., der im Volksmund der dicke Wilhelm genannt wird, giebt es außer dem Denkmal in der Sieges-Allee nur sehr wenige Bildwerke. Im Neuen Garten zu Potsdam, der nebst dem darin erbauten Marmorpalais eine Schöpfung dieses Königs ist, befindet sich ein Sandstein-Denkmal desselben. Ganz zwischen Gebüsch verborgen, ist dasselbe rechts vom Eingang des Gartens auf einem Rasenplatz am Heiligensee aufgestellt. Eine besondere künstlerische Ausführung ist an diesem Denkmal, das recht verwittert und mit einer grünen Patina überzogen ist, nicht zu merken. Das Denkmal hat keine eigne Gestalt. Ursprünglich hatte sich dasselbe der Kammerer Metz, der Gemahl der zur Gräfin Sichtenau erhobenen Maitresse König Friedrich Wilhelm II., meißeln lassen und zwar von einem Bildhauer aus Potsdam, Namens Brendel. Nieß stellte das Denkmal, das ihm nebst Sockel etwa 500 Thaler gekostet hat, in dem Garten seines in Potsdam vor dem Berliner Thor gelegenen Grundstücks auf und verkaufte später das Denkmal an König Friedrich Wilhelm III., der es verfertigt im Neuen Garten aufstellen ließ. Nicht dabei steht die Statue eines großen Hundes, ebenfalls aus Sandstein gemeißelt, der einst Friedrich Wilhelm II. einmal das kostbare Leben gerettet haben soll.

Tugendboldigkeit. Mit der Frage: „Was muß vom Staate zur Vermeidung der Prostitution geschehen?“ beschäftigte sich am Donnerstagabend eine vom Berliner Männerbund zur Bekämpfung der Unsitte veranstaltete Versammlung. Das Wort führte — das war die Ansicht des Hauptredners — sei die allgemeine Gebung der öffentlichen Sittlichkeit, insbesondere der Männerlebensweise. Wir empfehlen den Herren, soweit sie sich selber genügend in der Keuschheit trainiert haben, sich zunächst an jene christlichen Offizierskreise heranzuwenden, die in den bekannten Spielprojekten eine so reizende Rolle spielen.

Etwas über 8000 Berliner Fernsprecher-Teilnehmer, etwa ein Fünftel der gesamten Abonnenten, haben sich der „Verk. Ztg.“ zufolge für die Zahlung einer Grundgebühr und von Einzelgesprächsgebühren an Stelle der Waisengebühr vom 1. April ab erklärt. Es sind zum großen Teil Inhaber kleinerer und mittlerer Geschäfte, die die Zahlung einer Gesprächsgebühr besonders deshalb gewähnt haben, weil ihnen nach der neuen Fernsprechnetz-Ordnung gestattet ist, von denjenigen, die ihren Fernsprecher benutzen wollen, für jedes Gespräch 5 Pfennig sich erhalten zu lassen. Auch Metzger, verschiedene Rechtsanwalte und Privatpersonen, die selbst den Fernsprecher nur selten benutzen, einen solchen vielmehr haben anbringen lassen, damit sie von ihren Patienten usw. angerechnet werden können, machen von der neuen Zahlungsweise Gebrauch. Die Besitzer oder Pächter größerer Restaurationen, Hotels, Cigarrenhandlungen usw. haben sich dagegen für die Zahlung der Waisengebühr entschieden.

Nach vorläufiger Schätzung hat die Reichs-Postverwaltung nahezu eine Million Mark an die Angestellten der Postfahrts-Gesellschaft in Berlin als Entschädigung nach dem neuen Postgesetz zu zahlen. Die Entschädigung erreicht, wie geschrieben wird, in einzelnen Fällen eine beträchtliche Höhe. So erhält ein sogenannter Acquisiteur der Gesellschaft nicht weniger als 15 000 M. Bei den Unterbeamten der Postfahrt ist die Entschädigung geringer, beträgt aber bei der Mehrzahl stets mehrere Tausend Mark, abgesehen von den Beamten, die erst kürzere Zeit im Dienst sind. Nur etwa über 400 Bedienstete der Gesellschaft sind zu entschädigen, während 430 zur Reichs-Postverwaltung übergehen.

Menschenopfer für die Große Berliner. In einer schwierigen Lage befindet sich die Betriebs-Krankenkasse der Großen Berliner Straßenbahn, welche im letzten Jahre vermuthlich unter Einwirkung des geänderten Betriebssystems ganz enorm Unterstützungsbeiträge ausbezahlen hatte. Die Betriebsverwaltung versuchte in mehreren von ihr einberufenen Versammlungen eine Krüderung der Zahlungen herbeizuführen, doch wurden solche von den Vertrauensleuten der Kasse abgelehnt. Für Sonnabend, den 24. d. M., wird wieder eine Versammlung angesetzt worden, in welcher versucht werden soll, eine Erhöhung der Beiträge für Familienmitglieder der der Kasse angehörigen Beamten durchzubringen.

Ein untergeschobener Markgraf. Die „Verk. Ztg.“ schreibt: Von den asiamischen Markgrafen Adrast der Väre und Waldemar giebt es jetzt in Berlin je zwei Denkmäler, in der Siegesallee und an der Mühlendammbrücke. Die Figuren hier und dort haben keine Ähnlichkeit mit einander, am wenigsten die beiden Darstellungen des Markgrafen Waldemar. Welcher ist nun der echte?

Revisionen von Straßenbahnwagen haben in den letzten Tagen stattgefunden. Beamte der Polizeizei besichtigten das

innere der im Betrieb befindlichen Straßenbahnwagen, nahmen die auf den Sitzbänken ausgebreiteten Decken in Augenschein und untersuchten die Wagen auf ihre Sauberkeit. Was die Veranlassung zu diesem Vorgehen der Polizeibeamten gewesen, ist uns nicht bekannt, jedoch ist es das erstmal seit Bestehen der Großen Berliner Straßenbahn, daß derartige Revisionen erfolgten.

Die Wechsel-Unterschrift. Hinsichtlich der Unterschriftvollziehung unter Wechseln hat die Reichsbank einem Interessenten auf eine diesbezügliche Anfrage hin geantwortet, daß Wechsel, die mit sogenanntem Tintenstift vollzogen sind, grundsätzlich nicht zugelassen werden. Es sei zu schmerz, in jedem einzelnen Falle zu prüfen, ob die Unterschrift unentzifferbar ist.

Vier Kinder vom Erstlingsstode gerettet. Die Dobersteinschen Eheleute aus der Berlinerstraße 129 zu Charlottenburg, die im Zoologischen Garten beschäftigt sind, müssen morgens um 8 Uhr ihre Wohnung verlassen und ihre Kinder, drei Knaben und ein Mädchen, im Alter von 5 bis 13 Jahren, allein zurücklassen. So geschah es auch gestern, Freitagmorgen. Die Eltern hatten in der Maschine ein Kohlenfeuer angezündet, damit die Kinder sich ein Frühstück bereiten könnten. Um die Küche wärmer werden zu lassen, hob der 13-jährige Sohn Gustav den Kessel vom Feuer und verschloß den Abzugskübel. Während er sich dann daran machte, sich zu waschen und für den Schulbesuch anzuleiden, spielten die übrigen Kinder in der Küche herum. Als er sich darauf wieder an die Maschine begab, um das Frühstück fertig zu machen, wurde ihm unwohl. Rini sah er auch, daß seine Schwester nicht mehr miteinander spielten, sondern jedes für sich auf dem Fußboden lagen. Zum Glück hatte er noch so viel Kraft und Gelbesgegenwart, die Thür aufzureißen und um Hilfe zu rufen. Eine Nachbarin, Frau Hegenberg, eilte sofort herbei, zog dem Knaben, der auf dem Flur zusammenbrach, Wasser über den Kopf und trug dann schlenkig die drei andren Kinder, die nun schon reungs- und bewußtlos dalagen, aus der Küche heraus in ihre Wohnung. Hier wusch sie ihnen mit kühlem Wasser den Kopf, gab ihnen Thee zu trinken, danach Erbrechen erfolgte, und rief sie so ins Leben zurück. Der Junge war unterdessen so weit wieder hergestellt, daß er nach dem Zoologischen Garten laufen und die Eltern holen konnte. Diese zogen dann noch einen Arzt zu Rate, der auch für die andren Kinder jede weitere Gefahr beseitigte und für ihre vollständige Wiederherstellung die erforderlichen Anordnungen traf.

Durch Beschluß vom 25. Januar 1900 hatte die Stadtverordneten-Versammlung den Magistrat ersucht, mit den Besitzern derjenigen Grundstücke, welche zum Bau der beiden Brücken im Zuge der verlängerten Mantelstraße und Eisenbahnstraße gebraucht werden, wegen Erwerbung des Straßenslands thunlichst schnell in Verbindung zu treten. Dieser Anregung ist durch die städtische Tiefbau-Deputation bereits Folge gegeben worden, indem die Besitzer angefordert sind, ihre Preisforderungen anzugeben. Soweit solches Gelände in Betracht kommt, und dies ist bei der Brücke im Zuge der Eisenbahnstraße der Fall, idweiben mit den betreffenden Behörden bereits seit längerer Zeit Verhandlungen. Die Deputation hat als frühesten Zeitpunkt, an welchem mit dem Bau von Brücken begonnen werden kann, den 1. April 1901 ins Auge faßt. Für die Verlängerung der Mantelstraße sind mit königlicher Genehmigung bereits neue Bauzustimmungen erteilt worden, welche das Grundstück der Berliner Velvetfabrik von Wengers sowie das Hinterland der Cabanischen Färberei betreffen. Auf dem jenseitigen Ufer soll die neue Brücke ihren Eingang durch die Prachtstraße erhalten, welche zu diesem Zwecke um ein beträchtliches Stück vom Aufwärts verlegt wird. Auch für die neue Straßensuchtfestlegung ist die lgl. Genehmigung bereits erteilt worden. Die für die Weiterführung der Eisenbahnstraße seitens des Magistrats beabsichtigte Flußliniensfestlegung hat die königliche Genehmigung noch nicht erlangt, doch ist dieselbe wohl in nächster Zeit zu erwarten. Hier wird für die neue Straße ein Teil des Grundstücks der ehemaligen Schützenkaserne in Anspruch genommen, welche demnächst zum Abbruch gelangen und durch einen Neubau für das Pionier-Bataillon ersetzt werden wird.

Durch einen Magistratsbeamten überwacht werden die Arbeiten zur Freilegung der Grundmauern des alten römischen Rathauses. Seitens der städtischen Behörden wurde angenommen, daß bei den Niederlegungsarbeiten historische Funde gemacht werden würden, eine Voraussetzung, die sich bisher nicht erfüllt hat.

Die „Internationale Urania“, unter welchem Namen, wie wir bereits berichtet haben, Ende vorigen Jahres in Berlin eine „wissenschaftliche Theater-Gesellschaft“ sich gebildet hat, wird Anfang Mai mit dem Ausstattungsstück „Was aus Ende der Welt“ vor die Öffentlichkeit treten. Dieses neueste Bühnenwerk des Dr. Wilhelm Meyer wird im Volkstheater-Theater zur Vorführung gelangen. Der bekannte Begründer der „Berliner Urania“ hat versucht, seiner neuesten Schöpfung durch Einführung des Dialogs und einer Handlung eine vertieftere und wesentlich anregendere Form zu geben und damit das so lang geplante wirkliche und eigentliche „Theater der Naturwissenschaften“ geschaffen. Der Beginn der Vorstellungen wird noch näher bekannt gegeben werden.

Theater etc. Eine Truppe von Tognegern tritt von heute ab im Passage-Panoptikum auf. Die Gesellschaft besteht aus 25 Mädchen, 5 Knaben und 2 Kindern. Vorstellungen sind morgens 11 und 12 Uhr und nachmittags von 4 Uhr ab täglich. Die Spezialitäten-Vorstellungen erleiden keine Unterbrechung. — Emil Thoma's bezieht heute, Sonnabend, im Thalia-Theater seinen Wenzelsabend. Die Rolle des Wilhelm Spandau, die er auch heute abend in der Kadettenschule in Himmelsdorf spielt, hat er bisher über 90 Mal dargestellt. — Im Circus Schumann ist heute die 10. Aufführung von „Dr. Faust“ — Im Central-Theater geht als nächste Komödie am 31. d. M. ein dreifaches Bändel „Die Heiratstüftigen“ in Scene.

Feuerbericht. Freitagmittag kam im Bertheimischen Warenhaus ein unbedeutender Brand aus, der ohne Zuziehung der Feuerwehr durch die Angestellten mit Hilfe vorhandener Vorrichtungen beseitigt werden konnte. Alarmierungen nach Lindenstraße 101, Wasserhorststraße 47, Ulfedemstraße 26 und Soldinerstraße 88 erfolgten aus unbedeutenden Anlässen. Dagegen nahm ein Schaufensterbrand, der Donnerstagabend durch Unvorsichtigkeit in einem Polamentiergeschäft Wuffelstraße 52 entstand, die Wehr längere Zeit in Anspruch. Nicht nur der Inhalt des Schaufensters, sondern auch ein Teil der Lagervorräte wurde eingedampft oder durch Wasser stark beschädigt, so daß der verursachte Schaden immerhin erheblich ist.

Aus den Nachbarorten.

Neuer Sieg. Bei der Gemeinderatswahl in Mahlenbe z errangen unsere Parteigenossen einen bemerkenswerten Erfolg. Die von ihnen aufgestellten Kandidaten Schirmer und Kämpfer stiegen mit 12 und 15 Stimmen über ihre bürgerlichen Gegner, die 8, 2 und 1 Stimme erhielten.

In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung kam es am Mittwoch zu einer hochinteressanten sozialpolitischen Debatte, deren Verlauf von neuem den Beweis dafür erbrachte, daß die Vertreter der Bourgeoisie auch den bescheidensten Bestrebungen auf Verbesserung der Lage der Arbeiter feindlich gegenüberstehen. Unsere Vertreter hatten, wie bereits gemeldet, zu dem von Staatsanwalt beschlossenen Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter verschiedene Ab-

Änderungsanträge gestellt, die sich bezogen auf die gesetzliche Ver-
ordnung der Arbeiter zum Aufsteigen in eine höhere Lohnklasse, auf
Einführung des Neunstundentags, Bezahlung von Ueber-
stunden, Sonntags- und Nacharbeit, Fortzahlung des Lohns bei
Eingehung zu militärischen Übungen, Gewährung eines achtstägigen
Sommerurlaubs für jeden mindestens zwei Jahre im Dienste der
Stadt beschäftigten Arbeiter. Genosse Waake begründete die An-
träge an der Hand eines reichhaltigen Materials aus andern Ge-
meinden, besonders Frankfurt a. M. Er kritisierte in abfälliger
Weise die Beschlüsse des Staatsausschusses, die ein Hindernis
seien und einige Fragen herausgreifen, hingegen andre, deren
Regelung ebenso wichtig sei, völlig unberührt lassen. Die
Regelung der Beamtenverhältnisse sei mit großer Sorgfalt
in vielen Sitzungen erfolgt, aber für die Arbeiter
habe man nicht so viel Zeit übrig gehabt. So
stehe z. B. in der Vorlage kein Wort über die Kündigungsgesetze, über
Zuzahlung des Lohns, über Fortzahlung des Lohns bei plötzlicher
Verhinderung des Arbeiters und dergleichen. Die Arbeitsverhältnisse
der Gasarbeiter seien überhaupt nicht durch die Vorlage be-
rührt. In einzelnen wandle sich Redner besonders gegen die
Forderung des Magistrats, daß die Arbeiter eine Ueber-
stunde unentgeltlich zu leisten hätten. Er sei prinzipiell
überhaupt gegen Ueberstunden; wenn sie aber geleast
werden, dann müsse man sie auch bezahlen. Alle Anträge
bewege sich auf durchaus realen Boden, man möge nicht
beschränken, daß wir etwa über Nacht plötzlich in Chorlothenburg den
socialdemokratischen Staat errichten wollen. Für die Anträge müsse
jeder stimmen, der die socialen Aufgaben der Zeit begriffen habe.

Als erster Diskussionsredner wandte sich Justizrat Wagner,
ein Vertreter der ersten Wählerklasse, scharf gegen die socialdemo-
kratischen Anträge. Seine Rede war im Stil der Stummischen Reden
gehalten. Er bot um Ablehnung der Anträge; die Versammlung
möge dadurch zeigen, daß sie der socialdemokratischen Anregung und
Führung nicht bedürfe. Er werde sich dreimal bestimmen, ehe er einem
Antrage, der von den Herren Hirsch und Waake komme, zustimmen
würde, es komme ja auch weniger auf die sachliche Seite
als auf die Tendenz derartiger Anträge an. — Stadtverordneter
Dula von der Fraktion Alt-Charlottenburg erklärte, er
werde auch socialdemokratische Anträge sachlich prüfen. Diefen
Anträgen könne er fast unbedingt zustimmen. In Bezug auf die
Urlaubsfrage solle jedoch dem Magistrat das Recht gewährt werden,
den Arbeitern Urlaub zu erteilen.

Stadtv. Dr. Cräger (fr. Sp.) sprach sich für die socialdemo-
kratischen Anträge aus und kritisierte scharf das Verhalten des Stadts.
Wagner, aus dessen Worten nur die Furcht vor der Social-
demokratie spreche.

Oberbürgermeister Schusterhans erklärte, sachlich antworten zu
wollen, kam aber zur strikten Ablehnung der ersten drei Anträge,
weil auch die Beamten unbezahlte Ueberstunden leisten müßten und
ihnen auch kein Rechtsanspruch auf Hinausträgen in die höheren
Gehaltsklassen zustünde. Wie sich der Magistrat zu dem jährlichen
Urlaub für Arbeiter stellen werde, könne er noch nicht sagen,
er gebe der Versammlung anheim, durch eine Resolution den
Magistrat zu ersuchen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.
Den socialdemokratischen Stadtv. Waake und Hirsch war es ein
leichtes, dem Herrn Wagner die rechte Antwort zu geben. Nach
langer, zum Teil persönlicher Debatte wurde zur Abstimmung ge-
schritten. Das Ergebnis war die Ablehnung sämtlicher Anträge.
Für einen Teil derselben stimmte auch die Fraktion Alt-Charlotten-
burg; die freistimmigen stimmten für alle Anträge mit Ausnahme des
auf den Urlaub bezüglichen.

Ueber das Schöneberger Theaterprojekt gab gestern abend
im vorigen Haus- und Grundbesitzerverein Kreis-Vorstand
von welchem der Bauplan ausgearbeitet ist, ein umfassendes Bild.
Nach diesem Projekt soll das neue Schauspielhaus, das man
„Deutsches Volkstheater“ benennen will, am Rollen-
dorfer Platz auf einem an dessen westlicher Seite zwischen
der Maagen- und Mohrstraße liegenden und bis zur Rollendorfer-
straße durchgehenden Grundstück erbaut werden. Es soll mit seinem
Hauptausgang unmittelbar an den Rollendorferplatz gelegt und hier mit
einer imposanten monumentalen und architektonisch reich aus-
gestatteten Fassade versehen werden. Aus diesem Hohenbau soll
man durch ein weites Hauptvestibul in den Zuschauerraum des
Theaters gelangen, das drei Stänge hoch werden, 1000 Plätze er-
halten und, wie das ganze Theater, vornehm, doch nicht prunkvoll
ausgestattet werden soll. Als Leiter ist der frühere Direktor des
Berliner Theaters, Herr Praasch vorgesehen, und als finanzielle
Stütze des Unternehmens stellt der Redner sich ein „Stammpublicum“
vor, das durch das Uebel des Willehandels am Theater
interessiert ist. Die Stammabonnenten sollen nämlich das Recht
haben, ihren für 300 Vorstellungen gemieteten Sitz an fünf Tagen
der Woche mit 60 Pf. Aufgeld weiter zu verkaufen. Wenn nun aber
die Kategorie derer, die Aufgeld zahlen soll, bei der Gelegenheit doch
einmal alle wird?

Dalbors. Die letzte Gemeindevorstellung beschäftigte sich
mit dem Etat, der in Einnahme und Ausgabe mit 104 899,52 M.
abschließt; das Steueroll beträgt 31 788,95 M., für das im Bau
befindliche Schulhaus sind 56 237 M. angelegt. Die einzelnen Titel
sind fast durcheinander durch den Ausbau von Forstwalden bedeutend er-
höht. Das Gehalt des Gemeindevorstehers und Stadtschultheißen wird auf
deren Antrag aufgesperrt. Für den Schulbau sollen 52 000 M. bei
der Niederbauern Kreis-Sparkasse als Anleihe aufgenommen werden.
Zu Forstwalden sollen zum 1. April bezw. Mai drei Lehrer angestellt
werden. In der Arbeiterschaft des Orts erregt es Verwundern, daß
die Sitzungen der Gemeindevorstellung statt wie bisher Uhr sieben,
bereits Uhr vier beginnen sollen, so daß es den Arbeitern unmöglich
wird, an den Sitzungen als Zuhörer teilzunehmen.

Parte Rückblick. Die Gemeindevorstellung von Adlersho-
 hatte vor einiger Zeit ein Ortsstatut beschlossen, wonach an Mit-
glieder des Gemeindevorstandes und der Gemeindevorstellung
Arbeiten und Lieferungen für die Gemeinde nicht vergeben
werden sollten. Dieser Beschluß hat die Befähigung des Kreis-
ausschusses des Kreises Teltow nicht gefunden. Die Aufsichts-
behörde hält, abgesehen davon, daß es zweifelhaft ist, ob gesetzliche
Rechte und Pflichten eine ordnungsmäßige Verwendung erfahren
können, eine solche Bestimmung in der Form für zu weitgehend;
sie empfiehlt, an die betreffenden Mitglieder der Ortsverwaltung das
Erlauchen zu richten, sich „möglichst nicht“ an den Arbeiten
der Gemeinde zu beteiligen.

Eine Lunge hat sich am Donnerstag auf dem Vorriedersfelde
bei Potsdam ein Rekrut der 1. Eskadron vom 3. Garde- u. Manen-
Regiment tief in den Leib gestochen. Der Soldat führte
dort mit seiner Eskadron Springübungen aus und hatte die Lunge
deshalb in die Höhe gehalten. Sein Pferd verlor aber bei dem
Sprung, um gleich darauf jäh in die Höhe zu steigen, wobei sich
das untere Ende der Lunge tief in den Leib des Reiters, der mit
lauten Schreien auf der Erde stürzte, einbohrte. Der äußerst
schwer Verletzte wurde mit einem Krankenwagen vom 2. Garde-
artillerie-Regiment nach dem Garnisonlazarett gebracht.

Gerichts-Zeitung.

Der durch seine im Reichstag verlesenen Extravaganzen
wenig rühmlich bekannt gewordene Schriftsteller Adolph Brand
aus Neu-Rahnsdorf hatte sich gestern mit dem Schriftsteller Paul
Lehmann aus Berlin und dem Schriftsteller Reserendar a. D.
Dr. juris Hans Ewers aus Düsseldorf vor der zweiten Straf-
kammer am Landgericht wegen Verbreitung unzüchtiger
Schriften zu verantworten. Brand ist Redacteur und Ver-
leger der periodisch erscheinenden Druckschrift „Der Eigene“
und hat in diesem Blatte im September v. J. in Heft 4 und 5
längere Abhandlungen veröffentlicht und verbreitet, von denen die eine
von Lehmann unter dem Pseudonym „Lenen“ verfaßt und mit

dem Titel „Mein Antinous“ verfaßt, den unnatürlichen Verkehr
pervertiert veranlagte Menschen behandelte, während die andre von
Dr. Ewers verfaßt, unter dem Titel „Von der goldenen Käse“ ein
ähnliches Thema behandelte. Die Angeklagten haben, wie aus der
Urteilspublication hervorgeht, in der unter Ausschluß der Öffentlich-
keit geführten Verhandlung jedes Verschulden bestritten und be-
hauptet, daß die Abhandlungen nur für anormal veranlagte
Personen bestimmt waren, die daran sicher kein Vergnügen
genommen hätten oder genommen haben würden. Der
Gerichtshof fand aber nach Verlesung der inkriminierten
Schriften, daß die Artikel, der von Ewers verfaßt allerdings in ge-
ringerem Grade, geeignet seien, auch bei normalen Menschen Ekel
und Widerwillen zu erregen. Es könne nicht darauf ankommen, zu
welchem Zweck die Verfasser ihre Artikel an den Verleger eingesandt
hätten, es komme auch nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts
nicht darauf an, für welches Publikum die Artikel bestimmt waren,
es handle sich nur darum, ob sie im allgemeinen als unzüchtige
Schriften zu erachten seien und diese Frage habe bejaht werden
müssen. Demgemäß wurde Brand zu 200 M., Lehmann zu 150 M.
und Ewers zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Betrug, Urkundenfälschung und Unterschlagung wurden
dem Schreiber Richard Emil Schänl zur Last gelegt, der sich
gestern vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I zu verant-
worten hatte. Der erst 19 Jahre alte Angeklagte hat in recht ver-
schlagener Weise das in ihn gesetzte Vertrauen getrübt. Er war
Ende vorigen Jahres bei der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft
angestellt und dajelbst als Buchhalter thätig. Es lag ihm ob, die
Lohnaufstellungen für die Monteurs allwöchentlich zu fertigen.
Diese Aufstellungen hatte er dann einem der Monteurs der Ge-
sellschaft zur Unterschrift vorgelesen, nach Vollziehung der Unter-
schrift präsentierte er sie der Kasse und ließ sich die Beträge aus-
zahlen, die er dann an die Monteurs abzuführen hatte. Diese
Vertrauensstellung hat der Angeklagte in dreifacher Weise zu
seinem Vorteil ausgenutzt. Er fertigte Duplikat-Lohn-
aufstellungen an und legte das eine Exemplar dem einen, das
zweite einem andern Ingenieur zur Unterschrift vor. Da der eine
Ingenieur nichts davon wußte, daß dieselbe Aufstellung noch von
einem andern vollzogen wurde, unterschrieben sie beide. Der Ange-
klagte präsentierte dann beide Lohnaufstellungen, ließ sich an der
Kasse die Beträge doppelt auszahlen, lieferte letztere aber nur ein-
mal ab. Eine Reihe von Lohnaufstellungen hat er, nachdem sie von
dem dazu berechtigten Ingenieur unterschrieben waren, eigenmächtig
geändert und durch Eintragung höherer Beträge gefälscht. Schließlich
hat er auch Gelder, die ihm zur Ausführung an Gläubiger der
Gesellschaft übergeben worden waren, unterschlagen. Im
ganzen ist die Electricitäts-Gesellschaft um mehr als 1200 Mark
geschädigt worden. Da der Angeklagte nur wenig über
drei Monate seine Stellung inne hatte, so ergibt sich daraus, daß
er seine Veruntreuungen mit ziemlicher Invertoertheit ausgeführt
haben muß. Auch in diesem Fall waren lockerer Sinn und un-
berechtigte Genußsucht die Triebfedern des verbrecherischen Handelns
des Angeklagten. Aus diesem Grunde beantragte der Staatsanwalt
sechs Monate Gefängnis. Rechtsanwält. Reop. Meyer glaubte, daß
eine so lange Gefängnisstrafe für das spätere Fortkommen des
jungen Mannes, der nur aus jugendlichem Leichtsinne verurteilt,
bedenklich sein würde und hat, den geschädigten und reumütigen
Sünder milder zu beurteilen. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu
vier Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem
Monat Unterjuchungshaft.

Militärbestellungs-Prozess in Ebersfeld. Außer mehreren
Fällen, in denen Freimacherei der Art, wie sie die letzten Verichte er-
gaben, ans Licht kam, förderte die Verhandlung die folgende An-
sage des Untersuchungsrichters Landgerichtsrats Spieh zu Tage:
Strudberg ist ganz besonders lebendigen Vergelt gegenüber sehr
schönem aufgetreten, weniger schönend war er gegenüber verstorbenen
Kriegern. Eines Tags sagte Strudberg: er wolle mir im Vertrauen
eine Mitteilung machen. Ich erwiderte: ich sei zur Entgegennahme
jeder Mitteilung bereit, ich habe aber keinerlei Veranlassung, private
Mitteilungen entgegenzunehmen. Strudberg erzählte mir nun: Der
Civilvorsitzende einer Militärerkolnmission habe einen
Oberstabsarzt zum Souper geladen, diesen glänzend
bewirtet und ihm im Laufe der Unterhaltung vier junge Leute
genannt, die er gern frei haben möchte. Der Oberstabsarzt sei über
diese Vermutung sehr ärgerlich gewesen und habe ihm (Strudberg)
dies Vorkommnis erzählt. — Präsi.: Hat Strudberg dabei irgend
einen Namen genannt? — Zeuge: Nein, Namen wollte Strudberg
jählesterdings nicht nennen. — Präsi.: Was mag Strudberg
mit dieser Erzählung beabsichtigt haben? — Zeuge: Ich hatte
den Eindruck, als wolle Strudberg mir damit den Beweis liefern,
daß das Freimachen in allen Kreisen, selbst von hochgestellten Be-
amten betrieben wird. — Präsi.: Dichten Sie die Erzählung für
glaubwürdig? — Zeuge: Ich hatte keinen Anlaß, an der Wahrheit
dieser Erzählung zu zweifeln. — Präsi.: Der Civilvorsitzende
einer Militär-Erkolnmission ist gewöhnlich der Landrat, in
Ebersfeld der Bürgermeister. Strudberg bezweckte vielleicht mit der
Erzählung, den Beweis zu liefern, daß Oberstabsärzte für derartige
unehrenhafte Handlungen nicht zu gewinnen seien? — Zeuge:
Das ist auch möglich. — Vert. Rechtsanw. Kraß: Hat Strudberg
nähere Angaben über dies Vorkommnis gemacht? — Zeuge: Er
sagte: es wäre in einer Stadt geschehen, der Civilvorsitzende sei der
zweite Beigeordnete gewesen. — Vert.: Hat Strudberg die Stadt
genannt? — Zeuge: Nein. — Vert.: Ich bemerke, daß ich auch
mehrfach von dieser Erzählung gehört habe. Strudberg hat dabei
den Namen eines hochachtbaren Mannes genannt.
Strudberg hat erzählt: Der Civilvorsitzende habe in einem Jahre
an der Freimacherei sechzigtausend Mark ver-
dient; er (Strudberg) habe infolgedessen in diesem Jahre be-
deutend weniger Einnahmen gehabt. Der betreffende Civil-
vorsitzende ist der Herr Beigeordnete Dieze in Eber-
feld. Ich beantrage, diesen Herrn als Zeugen zu laden. Herr
Beigeordnete Dieze wird bekunden, daß die Erzählung des Strud-
berg eine gemeine Verleumdung ist. — Präsi.: Das hat aber
mit der gegenwärtigen Sache nichts zu thun. — Verteidiger:
Die gesamte Verteidigung hat aber, nachdem wir den Gerichtshof
den Strudberg nicht mehr körperlich vorführen können, ein sehr er-
hebliches Interesse an der Klarstellung dieses Falls, da daraus ein
Rückblick betrefse der Glaubwürdigkeit des Strudberg ge-
zogen werden kann. Ich beantrage außerdem, den Rentner Abraham
Jäger in Wiesbaden zu laden. Diefem hat Strudberg erzählt:
Beigeordneter Dieze habe für Freimachung in einem Jahre
60 000 M. verdient, er (Strudberg) habe infolgedessen in dem be-
treffenden Jahr bedeutend weniger Einnahme gehabt. — Verteidiger
Rechtsanwält Dr. Schweiger: Herr Landgerichtsrat, weshalb
haben Sie diese Erzählung, die doch für den Gang der Untersuchung
von großer Erheblichkeit war, nicht zu Protokoll genommen? —
Zeuge: Ich habe diese Erzählung zu Protokoll genommen, sie
steht in den Akten.

Einer irrthümlichen Rechtsauffassung hatte der 20jährige
Handlungsgehilfe Albert L. es zu verdanken, daß er sich gestern vor
dem Schöffengericht wegen Unterschlagung zu verantworten hatte.
Der Angeklagte wurde von einem Kaufmann, vorläufig auf einen
Monat, gegen ein Gehalt von 60 M. angenommen. Die Behand-
lung gefiel dem Angeklagten nicht. Als der 16. des laufenden
Monats erreicht war, benutzte der Angeklagte die Mittagspause,
während er sich allein im Geschäft befand, dazu, sich aus
der Kasse 82 M. anzueignen und dafür einen Zettel hinein-
zulegen mit dem Vermerk „82 M. Vorrausch entnommen. A. L.“
Als sein Chef ihn später abholte, fand er den Zettel und
war dann nicht besonders verwundert, als sein Angestellter nicht
wieder kam. Im Termin wandte der Angeklagte ein, daß er ge-
glaubt habe, völlig korrekt zu handeln, die 82 M., die er entnommen,
seien ihm rechtmäßig zugekommen. Der Staatsanwalt führte aus,
daß sich die Handlung des Angeklagten nicht als Unterschlagung,
sondern als Diebstahl kennzeichnen. Er beantrage 3 Tage Gefängnis.
Der Gerichtshof traute dem bisher unbescholtenen Angeklagten zu,

daß er sich in dem allerdings irrthümlichen Glauben befunden habe
er begebe nichts Strafbares. Er sei demnach freizusprechen.

Für Zeugen, Geschworenen und Schöffen ist ein Urteil von
Bedeutung, das der Strafkammer des Schöffengerichts gefaßt hat.
Der Baumrister Redow war einer gerichtlichen Ladung
nicht gefolgt, sondern hatte an das Gericht in Fort-
beweist, daß er vor einem bestimmten Zeitpunkt nicht ein-
treffen könnte. Er wurde deshalb in eine Geldstrafe genommen.
Demnach hat er das Gericht in einer Eingabe um die Nieder-
schlagung der Strafe und rechtsfertige sein Richterthum im Termin
damit, daß er wegen Abwesenheit den Eidenbruch nicht hätte
rechtzeitig erreichen können. Bei seiner späteren eidligen Ver-
nehmung mußte er jedoch zugeben, daß er wegen eines wichtigen
Geschäfts nicht zum Termin erschienen sei. Herr Redow
wurde darauf wegen Vergehens gegen den § 138 des Strafgeset-
buchs angeklagt und vom Schöffengericht zu einem Tage Gefängnis
verurteilt. Der genannte Paragraph bestimmt: „Wer als Zeuge,
Geschworener oder Schöffe berufen wird und eine unwahre That-
sache als Entschuldigung vorbringt, wird mit Gefängnis bis zu
zwei Monaten bestraft.“ Auf die Verurteilung des Angeklagten
sprach ihn das Landgericht frei, weil er die unwahre That-
sache erst nach dem Termin gemacht habe, um die Niederschlagung der Strafe
zu erzielen. Das Kammergericht hat indessen jetzt das Urteil
wieder aufgehoben und die Sache zu nochmaliger Ent-
scheidung an das Landgericht zurückverwiesen. Zur Begründung
wurde ausgeführt: Es sei ganz gleichgültig, ob die unwahre That-
sache in einem Gesinde um Einbindung von der Verpflichtung zum
Erscheinen oder zur Entschuldigung wegen des Richterthums be-
ziehungsweise wegen der Niederschlagung einer Strafe vorgebracht
werde. In jedem dieser Fälle finde § 138 Anwendung.

Aus Halle a. S. schreibt man uns vom 21. März: Dunkel
Polizeigeschichte in einer hier stattgefundenen Schöff-
gerichtsverhandlung gegen den Restaurateur Günther von hier
an das Tageslicht. Günther hatte dem Sittenwachmeister Reinhardt
Parteilichkeit im Dienst vorgeworfen und in einer Beschwerde an
den Regierungspräsidenten gefaßt, der Beamte lasse sich von au-
ßen stehenden Frauenpersonen freihalten zc. Insbesondere handelte es sich
um einen Fall, der sich vor Jahren im Volkshaus-Theater auf dem
Königsplatz zugetragen hatte. Da soll Reinhardt in angetrunkenem
Zustande von dem Sittenbeamten Reinhardt zum Saale hinaus-
geleitet worden sein. Verkwürdlich an der Sache ist, daß sich die
beiden Beamten des Vorgangs nicht mehr zu erinnern wissen.
Reinhardt behauptete, eine solche Sache sei einmal passiert, es
sei auch gesagt worden, daß der Beamte von einem zweifelhaften
Frauenzimmer einen Kuß bekommen habe, ob das aber Reinhardt
gewesen sei, das könne er nicht sagen. Der Vorsitzende bedauerte,
daß sich der Zeuge der Vorgänge so schlecht erinnere und stellte
fest, daß die Aussage gar nicht präzisieren könne. Der
Zeuge Tischlermeister Reimond behauptete, daß Wachtmeister Rein-
hardt gelegentlich eines Besuchs im Verbands der Holzarbeiter
nachts im Neuen Theater im angetrunkenen Zustande erschienen sei
und erst nach wiederholter Aufforderung und der Drohung mit einer
Angelie wegen Hausfriedensbruchs, das Lokal verlassen habe. Der
Staatsanwalt meinte, ein Sittenbeamter sei kein
Predigtandibat und beantragte gegen Günther zwei Wochen
Gefängnis. Das Urteil lautete auf 60 M. Geldstrafe oder zwölf
Tage Gefängnis.

Verfassungen.

Eine öffentliche Versammlung der in der Schrauben-
fabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand am 22. d.
bei Ottmann in der Rammstraße statt. Otto Käthe referierte
über den Anschlag der Berliner Schraubenfabrikanten an den Ver-
band deutscher Metallindustrieller. Neben würdige das terro-
rische Verfahren dieses Verbands und das in neuerer
Zeit hervorgetretene Bestreben der Rühnenmänner, überall
da die geschäftliche Arbeitszeit wieder einzuführen, wo neun
Stunden und noch weniger gearbeitet wird. Nachdem sich jetzt
die organisierten Schraubenfabrikanten jenem Verband angeschlossen
hätten, seien auch die Schraubendreher durch ihn bedroht. Bisher
hätten sie bei Differenzen stets mit den Fabrikanten vernünftig ver-
handelt, nunmehr würden aber die Rühnenmänner die Be-
dingungen diktieren. In beachten sei zunächst die Neuordnung der
Dinge bezüglich des Arbeitsnachweises. Die Schraubendreher
seien nicht genügend, den Arbeitsnachweis der Fabrikanten zu
bewirken. Um die Entlohnung der Arbeitsbeschleunigung könnten sie
sich ja nicht herumdrücken. Es genüge aber, wenn man sich das
„Meinlichkeitszeugnis“ erst anstellen lasse, nachdem man eine
Stellung ohne Vermittlung der Unternehmerweise erlangt habe.
Leiste also jeder passiven Widerstand, soweit die Arbeits-
vermittlung in Frage steht! — Dann habe man
damit zu rechnen, daß etwaige Kämpfe gegen früher viel
umfangreicher werden und länger dauern würden. Wenn man
an die Verichtigung von Mißständen gehen wolle, so müßten sich die
Kollegen noch enger zusammenschließen und jederzeit auf dem Posten
sein. (Lebhafter Beifall.) Die sehr lebhaft diskutierte Frage, ob
die Vertrauens-Kommission der Rühnenmänner vergeblich veriaßt
hat, mehrere Schraubenfabrikanten zur Abschaffung der neunstündigen
Arbeitszeit zu bewegen. Alle Redner sprachen sich im Sinne
des Referats aus. Bei der Besprechung der Arbeitsverhältnisse
in verschiedenen Betrieben kam die Firma Bunte in der
Neuenburgerstraße wie immer am spätesten weg. Ge-
richt wurde die Ueberstundenfrage vieler Kollegen bei
Siemens und Halske. Die Arbeitszeit soll dort 8 1/2 Stunden sein,
meistens wird aber 10 1/2 Stunden gearbeitet. Folgende Resolution
wurde einstimmig angenommen:

Die Versammlung verpfichtet alle Kollegen, unter allen Um-
ständen mit ganzer Kraft jede Verlängerung der Arbeitszeit zu be-
kämpfen und energisch für die Beseitigung der Ueberzeitarbeit einzu-
treten, sowie für die allgemeine Durchföhrung der neunstündigen
Arbeitszeit zu propagieren. Der sogenannte Arbeitsnachweis der
Rühnenmänner ist so viel als irgend möglich zu meiden. — Nach
der Abrechnung vom Wochenlohn hat das Fest einen Ueberschuß von
etwa 50 M. ergeben. Für den öffentlichen Fonds hat der Ver-
trauensmann 1155,80 M. eingenommen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am
10. März eine gut besuchte außerordentliche Generalversammlung ab,
in der Herr Dr. Brandenberg einen mit großem Beifall an-
genommenen Vortrag über den „18. März“ hielt. Von einer Dis-
kussion wurde Abstand genommen. Weiter erledigte die Versammlung
einige interne Vereinsangelegenheiten. Neu aufzunehmen ließen
sich 20 Kollegen.

Ueber die Lohnbewegung der Glaserleger wurde am
22. März in einer Versammlung dieser Branche verhandelt. Der
Vertrauensmann Vabersle teilte mit, daß bereits in zwei Firmen
mit 11 Arbeitern der Streik ausgebrochen ist. Der Vorsitzende der
Organisation ist von der Firma gemahregelt, wo er bisher be-
schäftigt war. Die Organisation wird geeignete Schritte unter-
nehmen, um diese Maßnahmen der Firma Willers und Woch rück-
gängig zu machen. Nach längerer Diskussion wurde sodann be-
schlossen, am Freitag, den 23. d. M., überall da, wo der Stunden-
lohn von 70 Pf. nicht gezahlt wird, die Arbeit einzustellen. Die
Streikenden haben sich vormittags im Bureau, Grenadierstr. 33 bei
Wüste, zu melden.

Die Lohnverhältnisse der Kupferschmiede war am Donner-
stag das Thema einer gut besuchten Versammlung. Karbowicz
berichtete über die mit den Unternehmern und Innungsmeistern ge-
pflogenen Verhandlungen. Bei der zur Ermittlung der Lohn-
verhältnisse unlangst ausgenommenen Statistik hat sich ergeben, daß
noch eine sehr erhebliche Zahl von Kupferschmieden den schon früher
vereinbarten Stundenlohn von 45 Pf. nicht verdient. Die Vertreter
der Unternehmer sowie der Obermeister Wülfert von der Innung,

Reumann als Vorsitzender vom Provinzialverband der Kupferschmelzmeister, sind einer allmählichen Lohnausbesserung für gekübte und ältere Arbeiter bis zu 50 Pf. nicht abgeneigt gewesen, wenn nur die Gehilfenschaft die Konkurrenz in der Provinz auch befehligen würde. Diefem Wunsch gegenüber bemerkte Kühne, daß man alle Kupferschmelzwerke, die in Provinzialstädten höhere Löhne forderten, nicht nur entlassen, sondern auch auf die schwarze Liste setzen hat. Zu Uebereinstimmung mit einer Resolution Kühne gelangte ein Antrag Witzeloff einstimmig zur Annahme, wonach vom 1. Juni dieses Jahres ab 47 1/2 Pf., vom 1. April 1901 bis auf weiteres 50 Pf. Stundenlohn gefordert beziehungsweise gezahlt werden sollen. Zum Schluß der Versammlung wurden alle Kupferschmelzwerke, zu den in nächster Zeit infolge der Lohnbewegung stattfindenden Versammlungen zahlreich zu erscheinen.

Der Centralverband der Maurer hatte am Donnerstag eine Versammlung der Abgeordneten einberufen, in der zu den Anträgen der Unternehmer, betreffend die Einführung der Streik-Klausel Stellung genommen wurde. Panzer machte auf die Gefahren aufmerksam, welche für die Bauarbeiter entstehen können, wenn die von Seiten der hiesigen Unternehmer bei den Baubehörden beantragte Einführung der Streik-Klausel in die Einmündungsbedingungen Entgegenkommen finden würde. Die Versammlung nahm folgenden Antrag an:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Möglichkeit des Entgegenkommens der hiesigen Baubehörden zu dem Ansinnen des Arbeitgeberbundes, in die abzuschließenden Bauverträge die Streik-Klausel aufzunehmen, wodurch eine große Ungleichheit im wirtschaftlichen Kampfe entsteht, welche dem Arbeiter die Ausübung seiner in §§ 132 und 133 der Gewerbe-Ordnung gewährleisteten Rechte illusorisch machen würde. Sie beantragt deshalb die Verbandsleitung, in Kürze eine große Versammlung einzuberufen, welche zu dieser Sache Stellung nimmt.

Eine längere Diskussion zeitigte ein Antrag, der nächsten einhelligen Versammlung zu empfehlen, die Streikfonds-Beiträge in Kürze auf wöchentlich 60 Pf. zu erhöhen. Schließlich gelangte der Antrag zur einstimmigen Annahme.

Die Maurer (lokaler Richtung) nahmen am Mittwochabend in zwei gut besuchten Versammlungen Stellung zu den Maßnahmen des Arbeitgeberbundes im Bauwesen. In der Versammlung in den Vorrußstraßen referierte Kater. Redner vertrat die Meinung, daß die Beiträge unter allen Umständen zu bekämpfen seien, da dieselben außer den Abwechslungen vom Einigungsvertrag auch noch der erste Schritt zur Einführung der vom Arbeitgeberbund angeführten obligatorischen Entlassungsbescheine seien, wie sich ganz unzweifelhaft aus einem Passus derselben ergibt. Der Redner behauptet dann weiter, daß die in der Tagespresse gebrachten Mitteilungen über die Ablehnung der Streik-Klausel seitens des Magistrats nicht den Tatsachen entsprechen. Es sei vielmehr in der betreffenden Kommissions-Sitzung mit 11 gegen 9 Stimmen beschlossen worden, mit dem Arbeitgeberbund wegen der Frage der Streik-Klausel in Unterhandlungen zu treten. Es trete nunmehr an die Arbeiter die Aufgabe heran, einmal festzustellen, ob der Magistrat berechtigt ist, in einer so wichtigen Frage eine so große Zahl von Interessenten, wie die Berliner Maurer, ohne weiteres unbeachtet lassen darf, lediglich um eine kleine Anzahl von Kapitalisten in jeder Beziehung schadlos zu halten. Hierzu nimmt die Versammlung nachstehende Resolution an:

Die 2c. Versammlung beschließt: Da sich die städtische Bau-Deputation herbeiläßt, durch eine Kommission mit dem Vorstand des Verbands der Baugeschäfte Berlin und Umgebung entgegen den früheren Erklärungen des Oberbürgermeisters und des Stadtbaurats Hoffmann in Unterhandlungen wegen Einführung der sogenannten Streik-Klausel einzutreten, haben die Arbeitnehmer-Vertreter der Arbeiter-Kommission des Maurer-Verbands sofort eine öffentliche Versammlung sämtlicher Maurer Berlin und Umgebung einzuberufen, um gemeinsam hierzu Stellung zu nehmen.

Denselben Standpunkt nahm die Versammlung im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 130, ein, in welcher Gehl das Referat übernommen hatte.

Der Verein der Tischler verhandelte am 22. d. M. über die Einigungs-Vorschläge zur Beilegung des Streiks. Dittich, der Delegierte des Vereins bei den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht, empfahl die Vorschläge des Einigungsamtes. In der Diskussion wurde allgemein eine ablehnende Stellung eingenommen und schließlich folgender Resolution zugestimmt:

Die Mitglieder des Vereins erklären, daß sie mit den Vorschlägen des Einigungsamtes in Bezug auf die Möbel-Tischler nicht einverstanden sind; jedoch treten sie da in Arbeit, wo ihre Forderungen voll und ganz bewilligt werden. Wo die Forderungen nicht bewilligt werden, sind die Kollegen, soweit sie verschiedenen Organisationen angehören, sich einig, die Arbeit weiter ruhen zu lassen.

Eine für Sonnabend geplante Versammlung ist überflüssig geworden, da der Verband durch seine Beauftragten in drei Versammlungen gleichfalls eine ablehnende Stellung eingenommen hat.

Der Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnenverein erstellte am 19. März die Wählerregelung eines Mitglieds in der Lummelburger Anilin-Fabrik. Man beschloß, bei der Direktion vorstellig zu werden, um die Wiederernennung des Gemahregelten zu erlangen.

Die Sattler, Tischler und Berufsge nossen hielten am Dienstag bei Spiegelberg, Sebastianstraße, eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in der Rechtsanwalt V. Frankl über: „Die wirtschaftlichen Schwächen im neuen bürgerlichen Recht“ referierte. Dem interessanten, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine längere sachliche Diskussion. Auf Antrag der Agitationskommission wurde sodann beschlossen, daß am 1. Mai vormittags in den Armintallen eine Versammlung und abends eine Feste in demselben Lokal für die Sattler und Berufsge nossen veranstaltet werden soll. Nach einer weiteren kurzen Debatte, in der festgestellt wurde, daß die von den Schriftführern eingehenden Berichte von der Redaktion des „Vorwärts“ wiederholt bedeutend gekürzt und teilweise gar nicht veröffentlicht worden wären, beschloß man, die Beschwerden der Prekommission des „Vorwärts“ zu unterbreiten.

Die Kartonnarbeiter und Arbeiterinnen hielten am Dienstagabend bei Feuerstein eine namentlich von den Arbeiterinnen sehr stark besuchte öffentliche Versammlung ab. Sehr eingehend beschäftigte sich dieselbe mit der Frage: Was beabsichtigt der neugegründete Verein der Kartonnfabrikanten? Im eingehenden Referat sowohl als auch in der ausgedehnten Diskussion wurde fast übereinstimmend die Meinung vertreten, daß schon die Namen der an der Spitze der Vereinigung gestellten Fabrikanten darauf schließen lassen, wessen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen von derselben zu versehen haben. Das wirtschaftliche Programm dieser Unternehmerorganisation bedente für die Arbeiter-Schaft dauernde Festlegung des jetzigen tiefen Niveaus der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Werden doch heute den Arbeiterinnen selbst in großen Betrieben Wochenlöhne von 3 bis 12 Mark gezahlt. Auch für die bisher bestdotierten Stellungen sind die Löhne fast ohne Ausnahme gesunken, die Erwerbslosen des 90iger Streiks sind nach und nach von den Fabrikanten befristet worden.

Nur ein Herr Schulz, der sich wiederholt und ostentativ als Inhaber einer bevorzugten Stellung vorstellte, belam es fertig, die Schuld an den heutigen verfahrenen Verhältnissen in der Kartonnfabrikation den Arbeitern, speziell den verheirateten Arbeiterinnen, zuwälzen. Die Fabrikanten sind nach diesem Herrn an den herrschenden Verhältnissen gänzlich unschuldig und setzen ebenso wie die übrigen Arbeiter unter der Unordnung, die nur allein von den verheirateten Arbeiterinnen in den Fabriken angeführt wird. Dem Herrn wurde eine geistige Abfertigung zu teil. Alsdann hielt Genosse Wille einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Bedeutung der Arbeiterorganisation, an dessen Schluß die Versammlung eine Resolution annahm, in welcher sich dieselbe mit den Ausführungen des

Referenten einverstanden erklärte und versprach, als Gegenmittel gegen die Unternehmervereinigungen eine starke Arbeiterorganisation zu schaffen.

Der Verband aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Berlin und der Umgegend beschloß in seiner Generalversammlung am 15. März, den ausgeperrten Holzarbeitern 300 M. zu überweisen. Ein weiterer Antrag Kräfers, den Kollegen seiner Gewerkschaft, soweit dieselben durch die Willkür der Holzindustriellen arbeitslos geworden sind, eine wöchentliche Unterstützung von 9 M. zu bewilligen, wurde ebenfalls angenommen.

Der Verband des technischen Bühnenpersonals hielt am 17. d. M. seine Mitglieder-Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der März-gefallenen durch Erheben von den Plätzen. Ein Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Frankl über das Bürgerliche Gesetzbuch wurde sehr beifällig aufgenommen. Alsdann bewilligte die Versammlung einstimmig 50 M. für die streikenden Holzarbeiter. Die Abrechnung vom Kassenbuch ergab einen Ueberschuß von 124,50 M.

Der Fachverein der Holz- und Bretterträger beschloß in seiner Sitzung am 18. März, den streikenden Holzarbeitern 200 M. zu überweisen. Sodann wurde das Mitglied Hünze zum zweiten Vorsitzenden gewählt und einige interne Angelegenheiten erledigt.

Der Verein der Zimmerer hatte am 18. März eine Versammlung abgehalten. Der Vorsitzende berichtete über den Ausstand der Holzarbeiter und gab bekannt, daß sämtliche Vorstände der lokalen Gewerkschaften beschlossen haben, die Ausständigen finanziell zu unterstützen. Vom 1. April ab gelangt eine Einheitsmarke von 55 Pf. zur Ausgabe, die vom Kassierer zu entnehmen ist. Hierauf hielt Genosse Rathwald einen Vortrag über die Bedeutung des 18. März.

Die Vergolder tagten am 19. März. Vor Beginn der Verhandlungen ehrte die Versammlung das Andenken der Märzgefallenen und des verstorbenen Mitglieds Sänisch. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Wagner, der über die Ursachen der Prekarität sprach. Es folgten alsdann interne Angelegenheiten zur Besprechung. Unter anderem wurde beschlossen, den Zugereisten unentgeltlich zwei Nachlager in der Herberge der Gewerkschaft zu gewähren.

In einer Versammlung der Astenmacher sprach am 19. d. M. Maurer Kater über die Ausperrung der Holzarbeiter. In Vereinsangelegenheiten wurden die Werkstatt-Vertrauensmänner aufgefodert, sich reger als bisher an den Sitzungen zu beteiligen, dieselben finden jeden Mittwoch nach dem 15. des Monats bei Bergmann, Breslauerstraße 28, statt. Im weiteren werden die Restanten aufgefordert, ihre Bücher bis 1. April in Ordnung zu bringen, da mit diesem Datum neue Bücher zur Ausgabe gelangen.

Die Vereinigung der Maler verhandelte am 19. März über die Einführung einer einheitlichen Verordnungsform. Mit großer Majorität gelangte folgender Antrag zur Annahme: Da eine einheitliche Verwaltung für Berlin durch die Bedingungen, welche die Filiale I stellt, in der heutigen Versammlung nicht geschaffen werden kann, so ist dieser Punkt von der Tagesordnung abzuweichen und ist das Scheitern der einheitlichen Verwaltung nur der Filiale I zuzuschreiben.

Der Verband der Maurer (Zahlfeste II) tagte am 20. März. Nach einem Vortrag des Genossen Lankow erledigte die Versammlung Vereinsangelegenheiten. Unter anderem wurde empfohlen, man möge die Errichtung von Neubäuden auf den Arbeitsplätzen fördern.

Charlottenburg. Am 18. März tagte hier eine Versammlung der Schneider und Schneiderinnen, in der nach einem Referat des Genossen Ritter über die Aufgaben der Gewerkschaften die Gründung einer Filiale des Schneiderverbands beschlossen wurde.

Stralsund-Nummelsburg. Am 18. März tagte hier zu Ehren der Märzgefallenen eine Versammlung, in welcher die Referentin Frau Reich in trefflicher Weise die Geschichte der Märzrevolution in Verbindung mit der modernen Arbeiterbewegung den Anwesenden darlegte. Sodann nahm man Stellung zur Reichsfeier, die von den Genossen in Stralsund und Nummelsburg gemeinschaftlich veranstaltet werden soll.

Stieglitz. In der am 18. d. M. tagenden Versammlung des Verbands der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter hielt Genosse Schubert einen Vortrag über die lex Heinze. Unter Vereinsangelegenheiten wurden den Vergarbeitern und den Holzarbeitern je 20 M. bewilligt.

Waidmannslust. Am Sonntagvormittag fand hier zur Feier des 18. März eine Volksversammlung statt. Leider war ein Referent nicht erschienen und mußten sich deshalb die Versammelten mit einer Vorlesung über die Bedeutung des Tages begnügen. Der Versammlung schloß sich ein gemüthliches Beisammensein an.

Rigsdorf. Die Holzarbeiter hielten am 19. d. M. eine Versammlung ab, in der mitgeteilt wurde, daß die Gewerkschaften von einer Parl. pro Woche der Verbandskasse überwiesen werden. Diese berichtete dann über den Ausstand und forderte zum regen Anschluß an den Verband auf.

Freiwirtschaftliche Gemeinde zu Berlin. Sonntag, den 23. März, vorm. 10 1/2 Uhr, in Kellers Reichshaus, Köpenicker Str. 20: „Feste der Jugendaufnahme“. Der Festvortrag hält Herr Dr. Bruno Wille: „Glorious Bruno und die Jugend“. Wille, Damm und Heren, sehr willkommen. — Die Versammlungen im „Englischen Garten“ fallen an diesem Tage aus.

Tischlerverein. Heute, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstraße 15: Versammlung.

Vermischtes.

Zur Konigler Nordstraße liegen neue Aufklärungen nicht vor. Der erste dortige Staatsanwalt sagt in einer amtlichen Bekanntmachung: „Hinsichtlich des getödeten und zerstückelten Ernst Winter aus Konig bezw. Brechlan ist bisher nichts ermittelt worden.“ Die verbreiteten Gerüchte sind nur geeignet, größere Verunsicherung beim Publikum hervorzurufen. Keine Notizung fanden dieselben durch die gestern vormittag beim Kantor der Synagogengemeinde bewilligte Hausdurchsuchung, obgleich dieselbe resultatlos war. Gestern abend wurde eine Abnahme des Mönchsees und der benachbarten Gebände unter Benutzung von Spürhunden (mehreren guten Jagdhunden) vorgenommen. Die Aufregung war eine vergebliche. — Ferner wird den „Danziger Neuesten Nachrichten“ aus Stargard, den 19. März, geschrieben: Eine mysteriöse Angelegenheit beschäftigt die hiesige Polizei. In der vorigen Woche verunglückte ein Mann, welcher in der Hand einen Kasten trug, wie ihn die Chirurgen zu haben pflegen, den Sohn des hiesigen Fabrikanten M. zur Begleitung nach dem Walde zu bewegen, indem er ihm hierfür 150 M. bot. Der Junge hat kingerweise das Anerbieten abgewiesen; auch ein zweiter Junge, den der Umbesamte ebenfalls unter Geldversprechung in obiger Weise ansprach, ging hierauf nicht ein. Tags darauf ist dann in Konig der furchtbare Mord an dem Teutoner Winter verübt worden. Die Art des Auftretens des Unbekannten giebt zum Nachdenken Anlaß. Die beteiligten Anaben sind in Bezug auf das genaue Signalment des Fremden polizeilich vernommen und dieses dem ersten Staatsanwalt zur Kenntnis zugeleitet worden.

Neuigkeiten als Versuchssubjekte. Der „N. Fr. Pr.“ zufolge machte auf der Klinik des Professors Korzynski in Lemberg ein Student im Auftrage des Assistenten Empirungen mit dem neuen Heilmittel Kolokint bei drei an Knochenweichung leidenden Frauen. Alle drei seien gestorben. Seitens der Staatsanwaltschaft sei eine Untersuchung eingeleitet worden.

Baukatastrophe. Aus Straubing wird eine schreckliche Baukatastrophe gemeldet. Bei dem Neubau des Justizhauses stürzte

ein Gerüst ein. Drei Arbeiter sind tot, elf schwer und sechs leicht verletzt.

Großfeuer. In Rennebeken bei Paderborn wurden durch Großfeuer 28 Gebäude eingeeignet. Viel Vieh ist dabei umgekommen. Angehelt wird ein Hund vernichtet.

Eine Giftmischerin stand am 23. März vor dem Schwurgericht zu Gleiwitz in der Provinz der Provinz Posen. Diese hatte am 14. Februar ihrer von ihrem Ehemann getrennt lebenden Schwiegermutter Frau Vogt eine mit Arsenik vergiftete Zorte geschickt. Frau Vogt, deren Tochter und noch zwei andere Personen, die von der Zorte aßen, erkrankten schwer und schwebten in erster Lebensgefahr. Die Angeklagte wurde zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die im Szilager Komitat gelegene Ortschaft Sibbo ist niedergebrannt. Von 350 Häusern ist fast keins unversehrt geblieben.

Revolverschereci. Aus Paris wird berichtet: Auf dem Boulevard St. Martin kam es gestern abend zwischen Vorübergehenden und Theaterbesuchern zu Streitigkeiten, wobei mehrere Schädel abgehoben wurden. Es wurden mehrere Personen verletzt, darunter eine schwer.

Die Pest. In San Francisco sind mehrere neue Fälle von Pestepidemie vorgekommen. Die Behörden suchen sie zu verhindern. — Aus Sdney, 22. März, wird gemeldet: Der Premierminister macht große Anstrengungen, die Pest auszurotten. Der größere Teil des Hafens und der Ausgeldburas ist unter Quarantäne gestellt worden und sechs Ärzte des Gesundheitsamts beobachten den Gesundheitszustand der Bürgerschaft.

Marktpreise von Berlin am 22. März 1900

nach Ermittlungen des lgl. Volkswirtschaftsministeriums		Schweinefleisch 1 kg		Schafschaf 1 kg	
*) Weizen	15,10	14, —	1,60	1, —	1, —
*) Roggen	14,20	13,70	1,60	1, —	1, —
Butter-Große	14, —	13, —	1,60	1, —	1, —
Butter gut	15, —	14,20	1,60	1, —	1, —
„ mittel	14,20	13,50	1,60	1, —	1, —
„ gering	13,40	12,80	1,60	1, —	1, —
Milchstroh	4,50	4, —	1,60	1, —	1, —
Heu	7, —	4,10	1,60	1, —	1, —
*) Gerste	10, —	9, —	1,60	1, —	1, —
*) Weizenroh	45, —	25, —	1,60	0,80	1, —
*) Weizen	70, —	30, —	1,60	1,20	1,20
*) Weizen, neue	7, —	6, —	1,60	1,20	0,80
Milchschaf, Reute 1 kg	1,00	1,20	1,60	1,20	1,20
do. Gemisch	1,20	1, —	1,60	1,20	1,20

*) Eintritt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftsminister — Kautschukpreise — und ausgeführt vom Folgebüro für den Doppelcentner.

Produktenmarkt vom 23. März. Getreide. Der gewaltige Umfang der argentinischen Weizenexportationen, welche die letzte Woche von mehr als 1/2 Millionen Quartars — etwa 120 000 Metzen — erreicht haben, läßt an heutiger Frühmarkt anfanglich einen abnehmenden Einfluß auf die Markteinstellung, und Weizen und Roggen setzten im Lieferungsstande 0,50 bis 0,75 M. unter gestern ein. Mittags erholten sich die Preise auf Deckung, höhere Produktionslagen aus Ostreich-Ungarn, sowie Schneegeschmelze und Nachschub im ganzen Norden Deutschlands. Rohmaterialien sowie nach mehrfachen Schwankungen leicht ermäßigte Schafschafpreise; die Pariser Börse war freilich halber geschlossen. Am heutigen Markt schlossen die Lieferungspreise gegen gestern gut abgerundet. Effektive Ware, besonders Roggen, war um 0,30 M. gestiegen, doch blieben die effizienten Umsätze nach wie vor beschränkt, da Okeren, wenn auch wiederum reichlich vorhanden, immer noch zu teuer sind. Dieser wurde eine Kleinigkeit besser bezahlt, Kälber lag unverändert.

Ein Spiritusmarkt wurden circa 15 000 Liter Wer loco zum unversehrten Preise von 48,00 M. gehandelt.

Kartoffelmarkt. Heutige Marktschließung 10,50 M., prima reine Kartoffelstärke disponibel und März 19,75 M., April-Mai 20—20,25 M. Kohlensteine prima Qualität disponibel und März 17,50—18,50 M. per 100 Kilogramm.

Briefkasten der Redaktion.

Maria. 1. und 2. Ja. — J. N. 10. Die Kaffe hat Ihnen die Markt-Gewinnlage zurückgelassen und anzuwenden, daß Sie auch vordem Rechenmittel waren. Wenn der Reicher die Kasse durch Ihre Beschäftigung gewonnen, werden Sie sich freuen, daß die Gewerkschaften. Der Umstand, daß die unterirdische Annäherung der Arbeiter früher und die Richtung ihn der Kasse gegenüber hauptsächlich macht, ändert an Ihren Rechten nichts.

Tempelhof 112. Nur wenn das Kind wirklich gekauft ist — M. 23. Die Wahl eines Reichstags-Abgeordneten bleibt so lange vorläufig gültig, der Abgeordnete ist so lange vollstän dig, bis das Plenum die Unzulässigkeit seiner Wahl andeutet. — J. N. 25. Den Stoff müssen Sie nach den geschlossenen Bestimmungen unentgeltlich zurückgeben. — M. D. 57. Im allgemeinen in 30 Jahren. — R. G. 100. Rein, es hat solches Rückforderungsrecht nur eine weibliche Person, die heiratet. — N. J. Rein. — C. Kornel. Schriftliche Antwort erstellen wir nicht. 1. Ein Junge wird die Wahrheit sagen, also wenn er gefragt wird, ob er bestraft ist, auch seine Strafen angeben. Gernst hat das, so hat er gut, vor dem Termin an das Gericht zu schreiben: „Ich bin im Jahre 10 und 10, das und das wegen so und so bestraft, ich bitte nach diesen Strafen mich im Termin meines Vortommens halber nicht zu befragen. Wegen Reineis bin ich nicht bestraft.“ Widdern wird ebenfalls ein Richter eine Frage wegen der Bestrafung stellen. 2. Das Kind ist hauptsächlich eine Bestrafung ist zwecklos. — Hagenow. Wenn gegen die Abänderung nicht protestiert ist, muß der Gehilfliche stehen, sonst nicht. — R. Hehe-Milancherstraße. Rein. — Walle. Wenn jemand, den Sie nicht kennen, Sie besucht und Sie erkräft hat, zu bestimmen: Ihre Kinder sind Schweine, weil sie nicht gekauft sind, sie leben und streifen wie die Schweine, so hätten Sie den ungewohnten Entschuldig sein müssen, Sie direkt dem Richter vorführen und dort Antrag auf Bestrafung wegen Verleumdung und Hausfriedensbruch stellen können. Haben Sie das unterlassen, so haben Sie nur über die Bestrafung bei der Staatsanwaltschaft zu befragen. Die Staatsanwaltschaft kann dann den Namen des Louissewirts erlernen und ihn anfragen. Sie kann aber auch ein öffentliches Zutritte als nicht vorliegend erachten und Sie auf den Weg der Beweismittel verwehren. Diesen Weg können Sie dann innerhalb 3 Wochen seit dem demnächstigen Besuch einlegen; den Strafprozess müssen Sie aber innerhalb 3 Monaten seit demselben Tage einlegen. — S. D. 71. Eine geleihete oder sonst gültige Zange für Gebrauchsgegenstände giebt es nicht. Es werden hier 6 bis 15 M. in der Regel 10 M. für eine Entbindung, 20 M. bis 2 M. für jeden Besuch für angewiesen erachtet. Sind bestimmte Züge vorhanden, so sind diese bindend. — G. N. 100. 1. Rein. 2. Einseitig vorgeblich Sachen vorhanden sind, ja. 3. Sie können einen angemessenen Betrag abgeben. — Stelle. Der Danzburger, lassen der Mietvertrag nicht das Gegenteil besagt. — W. D. 55. 1. Ja. 2. Rein, er kann nur auf Schadenersatz klagen. 3. Ja. 4. Ja. — Wite Schleife. Rein. — G. N. 99. J. N. Treckwitz, Ja. — Stralsund. Bis zum 18. Lebensjahre. — Vorrat. Rein, erheben Sie innerhalb einer Woche Widerspruch und zahlen Sie dann die von Ihnen allerdings leider mit Recht verlangte Summe. — C. Rein. — R. G. 8. Ja, er kann aber anderweitig werden. — G. G. Wenn die Forderung für einen Gewerbetreibenden geltend war, so ist die Forderung verfallen, sonst nicht. — R. S. Das kann verneint werden. Eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts über die Anrechnungsfähigkeit der Verleumdungsbeiträge bei Berechnung des Einkommens liegt u. W. nicht vor. In Ihrem Fall dürfte die Anrechnungsfähigkeit anzunehmen sein, da es sich um einen als Verleumdungsbeitrag vollständig genehmigten Verband handelt. Teilen Sie das Endergebnis der Reclamation und dann mit. — H. B. Nur Geduld.

Witterungsüberblick vom 23. März 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Witterung	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Witterung
Stettin	769,0	0	4 wolken	Danzburg	772,0	0	1 heiter
Breslau	769,0	0	5 wolken	Paderborn	770,0	0	1 bewölkt
Berlin	768,0	0	5 wolken	Ster	750,0	0	4 bewölkt
Hildesheim	762,0	0	1 Regen	Köln	769,0	0	4 bewölkt
München	762,0	0	4 Regen	Paris	762,0	0	1 wolken
Wien	766,0	0	3 wolken				

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 24. März 1900. Kühl und vorwiegend trübe mit Niederschlägen und ziemlich frischen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 24. März.
Opernhaus. Der Dämonenhüter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Jugend von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Probekandidat. Anfang 7 1/2 Uhr.
Essing. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Freilicht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Rachm. 8 Uhr: Ueber unsre Kraft.
Neues. Im Gril. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Gebildete Menschen. Anfang 8 Uhr.
Weiten. Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residens. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ensen. Der Millionenbauer. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Puppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Der Riesenbäuer von Troisdorf. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung: Räuberhölle und die gerade Braut.
Belle-Alliance. Cigarettenmädchen. Hierauf: Ein Studentenstreik. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Dichter und Bauer. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Häuber. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung: Der Rattenfänger von Hameln.
Wilhelm. Die Cirrus-Fee. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Die verheiratete Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die neue Verzin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sängerkorps. Anfang 8 Uhr.
Vollg. Spezialitäten. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
 Sonnabend, abends 8 Uhr: **Gebildete Menschen.**
 Sonntag, abends 8 Uhr: **Der Probekandidat.**
 Montag, abends 8 Uhr: **Gebildete Menschen.**

Belle-Alliance-Theater.

4. Wallner des Wiener Operetten-Theaters (Wieder ohne Männer).
 Direktion: Gethov-Grüneke.
 Sum 4 Male:
Cigarettenmädchen.
 Operette in 1 Akt v. Gethov-Grüneke. Hierauf zum 4. Male:
Ein Studentenstreik.
 Operette in 1 Akt v. Gethov-Grüneke. Anfang 8 Uhr.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe.
 (La Poupée).
 Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Dornonou und Sturges. Musik von Ed. Audran.
 Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée).**
 Sonntag, abends 8 Uhr zu halben Preisen: **Die Fledermaus** von Joh. Strauß.

Metropol-Theater.

Täglich um 9 Uhr 30 Min.:
Verkehrte Welt!
 mit der hochoriginiellen
Weiber-Parade.
 Vorher:
Das große März-Spezialitäten-Programm:
 Die 8 Diamants,
 Deltorelli-Trio, Fred Gillet,
 Sandor-Trio, Les Rissots,
 The Daytons, Mary Wolf etc.
 Anfang an Wochentagen um 8, an Sonntagen um 7 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.

Im Reiche des Indra
 und
8 erstklassige Spezialitäten.
 Beginn der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Vorverkauf von 10-2 Uhr im Theater sowie beim „Invalidendank“ und „Künstlerdank“.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
 Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“
 Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Von Sonnabend, d. 24. d. M. ab:
35 Togo-Neger
 (28 Mädchen, 5 Männer, 2 Kinder.)
 Vorstellung um 11, 12, 8 1/2, 4 1/2, 5 1/2, 6 1/2, 7 1/2, 9 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

165. Friedrichstr. 165.
 Im glänzend restaurierten Theatersaal:
Vorführung lebender Photographien in Lebensgröße. Der englische Riese
 nur noch kurze Zeit.
 In der Schreckenskammer **Heinze, der Mörder.**

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
 Täglich: **Miscelaneerfolg!**
Benefiz für Emil Thomas. Im Himmelhof.
 Thomas, Zehlfischer, Heimwending, Junkenmann, Paulmüller.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen und folgende Tage: **Im Himmelhof.**

Wilhelm-Theater.

Dresdenerstr. 96.
Eröffnung:
 Sonnabend, den 24. März 1900:
Die Cirkus-Fee.
 Operette in 3 Akten von E. Fisch. Musik von S. Scheidtscholer.
 Billetverkauf von heute ab im Theaters-Bureau.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Bismarckstr. 22.
 Sonnabend, den 24. März:
Frühlings-Fabel-Fest.
 Grosse Extra-Vorstellung der so erfolgreichsten erfindungsgeliebten **Kunst-Spezialitäten.**
 In Berlin noch nie dagewesene **14 dressierte Ziegen.**
 Um 8 1/2 Uhr: Direktor Wilhelm Prebel in der Berliner Volks-Operette **Die neue Herrin.**
 Nach Schluß der Vorhehanna, Frühlings-Tanz. — Preisvorstellung. Einen Preis erhalten die drei elegantesten Frühlings-Damenkostüme und die drei schönsten Frühlings-Herrenkostüme. — Belüftung der Vorstellung Frei-Tanz.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Vorverk. v. 11-1 Uhr. Ehren-Vorjugelacten und Guckheine gültig.

Carl Weiss-Theater

Or. Frontenrstraße 132.
 Heute nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung: **Mädelzahl** und die **geraubte Prinzessin.** Galerie 10 Pf. 2. Parterre und 2. Rang 30 Pf. 1. Parterre von der 17. Reihe und 1. Rang 30 Pf. 1. Parterre 50 Pf. Loge 60 Pf. — Abends 8 Uhr: **Der Mienenkönig von Transvaal.** Vorsugsbillets haben Gültigkeit.

Reichshallen-Restaurant.

Täglich: **Konzert** des Reichshallen-Orchesters.
 Mittwoch, 28. März: **Benefiz-Konzert** für den Kapellmeister Herrn Courths. Gewöhnliches Navitäten-Programm! U. a.: **Reichshallen-Ceister**, neues **Polka** von Meniel, „Kicher-Lottchen“, **Silmoreske**, „Benefiz-Polka“ von Courths etc.

W. Noacks Theater.

Strassenstr. 16.
Mutter und Sohn.
 Schauspiel in 4 Akten (5 Bildern) von Charlotte Birch-Pfeiffer.
 Neben Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
 Heute Sonnabend: **Keine Vorstellung.**
 Sonntag, den 25. März:
Hoffmanns Norddeutsche Sängerkorps
Wir von der Kavallerie.
 Nach der Solire: **Tanzkränzchen.**

Central-Verband der Maurer Deutschlands

(Filiale Berlin II.)
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 21. März 1900, der Kollege
Ernst Hobjel
 im Alter von 51 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Neuen Jüdischen-Friedhof in Schöneberg statt.

Paul Schulz

Am 20. März verstarb unser Kollege
Paul Schulz
 nach langem Krankenlager im Alter von 38 Jahren.
 Die Beerdigung findet Sonntag, den 25. März, nachm. 3 Uhr, von der Charité aus statt.
 Ihre ihrem Andenken.
 Um rege Beteiligung der Kollegen bitten
 137/1 **Die Verbandsleitung.**

Todes-Anzeige.

Am Donnerstag, den 23. d. M., verschied plötzlich unser Kollege
Wilhelm Kliem (Seppel).
 Ehre seinem Andenken! [786]
 Die Kollegen d. Werkstatt P. Telchert.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Wilhelm Kliem
 am 22. März verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen-Kreuz-Kirchhofs zu Mariendorf aus statt. Um rege Beteiligung der Kollegen ersucht
 81/16 **Die Ortsverwaltung.**

Cirkus Schumann.

Heute Sonnabend, den 24. März, abends 8 Uhr:
18. Grande Soirée High-Life
 anlässlich 50. Aufführung von
Dr. Faust.
 Eine romanlich-phantastische Handlung in drei Akten von Hofballmeister A. Stens.
Gala-Programm.
 Die hervorragendsten Nummern des reichhaltigsten Repertoires, sowie Kostüme der neu engagierten Künstlertruppe. Direktor **Albert Schumann** anerkannter und bewährter Original-Direktor. Ein musikalisch. Entree von **60** Tante.
 Sonntag: 2. gr. Vorstell. Nachm. 3 1/2 Uhr: Im Weihnachtsbazar, abds. 7 1/2 Uhr: Dr. Faust. In beiden Vorstellungen: Ein musikal. Entree von **60** Tante. Nachm. 1 Kind frei.

Arbeiter-Radfahrer-Berein

„Berlin“
 Morgen 7 Uhr nach
Zehlendorf, Laute, Bernau
 (ca. 70 Kilometer).
 Start: **Schuhmacher Thor.**
 Nachm. 1 Uhr: **Prenslauer Thor.** nach **Bernau (Eggen).**

Otto Wetzels & Co.

Mechanische Schuhfabrik mit Dampftrieb.



Wir übernehmen bei unserm Fabrikat die weitgehendste Garantie.

Unsre Verkaufsstellen in Berlin befinden sich:
32. Landsberger-Strasse 32.
6. Dresdener-Strasse 6.
52. Wilsnacker-Strasse 52.

Unsre Preise sind deutlich auf der Sohle ausgestempelt. — Direkter Verkauf ohne jeden Zwischenhandel.

für Güte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. [37583]
 Knabenstühle 1-3 R.
 Herrenstühle,
 weich 1,75-5,50
 fest 2,00-3,50
 Cylinderhüte
 4,00-11,00
 Chapeaux claque
 8,00-10,00
 im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert
 Gut-Fingros-Gelbfalt
 Waldemarstr. 14. part.
 Kein Laden.

Unsinn ist Viel Geld

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin).
 Morgen Sonntag, vormittags 9 1/4 Uhr, im Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstraßen-Ecke:

Bersammlung sämtlicher Vertrauensmänner.

Verbandsbuch mit Vertrauensmännerkarte legitimiert.
 Mittags 11 1/4 Uhr in demselben Lokal:

Außerordentliche General-Versammlung.

Zu dieser Versammlung legitimiert das Verbandsbuch.
 Tagesordnung in beiden Versammlungen:
Stellungnahme zu den Vorschlägen des Einigungsamts.

Achtung! Einsetzer.

Unsre Versammlung kann der General-Versammlung wegen am Sonntag nicht stattfinden. Die Mitglieder werden ersucht, am Sonntag mit Verbandsbuch im Feen-Palast zu erscheinen.
 Montag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, in Feuersteins Festhallen, Alte Jakobstr. 75
Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher
 Berlins und Umgegend.
 Tages-Ordnung:
 1. Allgemeines über unsere Bewegung. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
 4. Kollegien! Wir machen Euch darauf aufmerksam, daß in dieser Versammlung der am 4. März anerkannte Minimallohn-Tarif gedruckt zur Ausgabe gelangt. Erscheinen aller Kollegen in Pflicht. Aufnahme neuer Mitglieder.
Die Kommission.

Cirkus Busch.

Nur noch kurze Zeit!
 Heute Sonnabend, 24. März 1900, abends 7 1/2 Uhr: **High-Life-Eveing.**
 (Neu! Neue Debüts!)
 Zum 1. Male: Signorina Artisselli, Weltkämpferin. Signor Artisselli als Jongleur. Außerdem: Solo-Spiele in Pferde-Bicycle-Einheitsgymnastik. Freigeist. Die weiße Dame. Die Camorra.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sängerkorps**
 Anfang:
 Sonntag 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.
 Entree 50 Pfennig.
 Vorverkauf 40 Pf.

Arbeiter-Radfahrer-Berein

„Berlin“
 Morgen 7 Uhr nach
Zehlendorf, Laute, Bernau
 (ca. 70 Kilometer).
 Start: **Schuhmacher Thor.**
 Nachm. 1 Uhr: **Prenslauer Thor.** nach **Bernau (Eggen).**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
 Sonnabend, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Konferenzen:
 für den Norden bei Dicke, Adlerstraße 123.
 für den Osten bei Wiedemann, Zornborferstraße 53.

Versammlung der Former und Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Agster** über: Arbeiter-Krankheiten. 2. Diskussion. 3. Renoual der Agitationskommission. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Beschiedenes.
 Dienstag, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenerstraße 45:

Versammlung der Gold- u. Silberarbeiter und Berufsgenossen.

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Agster** über: Die Socialdemokratie in ihrer Stellung zur Kunst und Wissenschaft. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Beschiedenes.
 Dienstag, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, in der „Gambrius-Bräuerei“, Wallstraße 91:

Versammlung für Charlottenburg.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Bandert** über: Inter-nahmerverbände und Arbeiterorganisationen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Beschiedenes.
 Alle Kollegen, welche noch im Besitz von Pokalfahrt-Karten und Couverts sind, werden ersucht, dieselben bis Sonnabend, 31. März, an das Bureau, Lindenstraße 39, zurückzugeben.
 111/19 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Märkischen Hof, Admiralsstraße 18c.)
Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Wagner** über: „Kerzliche Ehrengerichte und die frankten Arbeiter.“ 2. Unsere momentane Lage. 3. Beschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht.
 146/4 **Der Vorstand.**

Verband der Sattler u. verwandter Berufsg.

Filiale IV. Militär-Effekten-Branche.
 Heute Sonnabend, den 24. d. M., abends 9 Uhr, in den **Arminhallen**, Kommandantenstraße 20:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Ratkowski über Prostitution. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes. — Bitte willkommen.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bitten **Der Vorstand.**

Achtung! Maurer. Achtung!

Am Sonntag, den 25. März, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Brüder, Waldemarstraße 75:
Mitglieder-Versammlung
 des Centralverbandes der Maurer etc. für den Süd-Osten.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Theodor Metzner** über: „Der Wert der verkürzten Arbeitszeit.“ 2. Diskussion. 3. Beschiedenes. 137/2
 Guten Besuch erwartet **Die Verbandsleitung.**

Elektrotechnik!

Am 6. April, abends 8 Uhr, beginnen folgende neue **Abendkurse der „Elektra“**
 Kursus für Elektromonteur etc.
 Kursus für Werkmeister und Elektrotechniker.
 Praktischer Kursus für beide.
 Prospekte gratis und franco. — Zeugnis. Stellung.
 Anmeldung im Bureau 4002L

Neu! In dem Möbel- und Polsterwaren-Magazin

von **Wilhelm Müller, Gerichtstraße Nr. 10, am Schiplag**
 kompletter bürgerliche Wohnungseinrichtungen, sowie einzelne Möbel, Polsterwaren und Teppiche zu nicht erhöhten Preisen auch auf Teilzahlung.